

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,30 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Entgegengenommen in die Post-Verwaltung. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Infections-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltenen Kolonien oder deren Raum 60 Bg., für politische und gewerkschaftliche Vereinskassen und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Bg. (gültig für festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. 7-Bengeld und Schlussstellenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bürgerliche Verzweiflung.

London, 5. März 1912. (Fig. Ver.)

Die bürgerliche Welt atmet wieder erleichtert auf. Aus allen Leitartikeln klingt es einem heute morgen entgegen: Gott sei Dank! Asquith hat in der Rede an die Bergarbeiterdelegierten nicht von der Einführung des Minimallohns in allen Versen gesprochen.

„Es ist nicht meine Gewohnheit,“ sagte Herr Asquith, „mich in geheime Liebesleien dieser Art mit dem Sozialismus einzulassen.“

Mit diesem Geständnis hat der Premierminister alle Freunde des Profits versöhnt, und man verzeiht ihm gern, daß er in seiner mit großer Spannung erwarteten Erklärung nichts anderes brachte als eine zusammenhängende Darstellung der Verhandlungen, die zwischen der Regierung und den streitenden Parteien stattgefunden haben.

Täglich tauchen Meldungen auf, nach denen das Ende des Streiks nahe sein soll. Diese Nachrichten sind jedoch aus der Luft gegriffen. Tatsache ist, daß eine Einberufung der Bergarbeiterkonferenz, die allein über Friedensbedingungen zu beschließen hat, noch nicht in Erwägung gezogen worden ist. Und so lange nicht Mittel und Wege in Vorschlag gebracht worden sind, wie den Bergarbeitern der geforderte Minimallohn gewährt werden kann, wird die Bergarbeiterkonferenz nicht zusammentreten. Der Vorstand der Föderation hält sich seit heute wieder in London auf, um etwaige Vorschläge der Regierung oder der Unternehmer zu prüfen.

Die Arbeiterpartei hat im Parlament eine Resolution über den Streik eingereicht, die wahrscheinlich demnächst diskutiert werden wird. Sie lautet!

„Dieses Haus bedauert die Handlungsweise der Kohlenbesitzer und Zwischenhändler, die neuerdings den Konsumenten die Kohlenpreise nur zu dem Zwecke erhöht haben, um Vorteil aus einer nationalen Krise zu ziehen und sich auf Kosten der Allgemeinheit künstlich hinaufgetriebene Profite zu sichern; er ist der Ansicht, daß diese Ausbeutung des Publikums ein Motiv ist, das Teile der Arbeitgeber bewegt, den mächtigen Forderungen der Arbeiter Widerstand zu leisten; weiter ist dieses Haus der Ansicht, daß ein Komitee ernannt werden sollte, das prüfen und berichten soll, wie in Zukunft die Allgemeinheit gegen eine derartige Handlungsweise zu schützen ist.“

Es heißt, daß die Arbeiterpartei die Regierung zu bewegen sucht, eine Minimallohnvorlage für den Bergbau einzubringen, ohne die Löhne darin festzusetzen. Die Festsetzung der Löhne müßte dann durch eine Konferenz geschehen. Vielleicht die Regierung darauf ein, so wäre damit der allgemeine gesetzliche Minimallohn, eine der ersten prinzipiellen Forderungen der Arbeiterpartei, der Verwirklichung beträchtlich näher gebracht. Die Vorlage würde der Regierung aber wenig helfen, denn ihre erste und alleinige Sorge ist die, die Bergarbeiter zu bewegen, möglichst schnell die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Ruhe und Besonnenheit, mit der die Bergarbeiter ihren Kampf führen, wirkt auf ihre Gegner aufreizend. Mit wenigen Ausnahmen ist jetzt die bürgerliche Presse den Bergarbeitern feindselig gesinnt. Die reaktionären Blätter können kaum noch Worte finden, um ihrem Zorne gegen die Arbeiter Ausdruck zu verleihen. Dabei passieren ihnen manche drollige Entblätter. So schreibt der „Daily Telegraph“ heute:

„Etwas Kühleres als die politische Unbarmherzigkeit eines Vorgia, etwas Wilderes als die zerstörende Wut eines Attila muß die Leute beselen, die ein Land — ihr eigenes Vaterland — in vollem Bewußtsein einer allgemeinen Verachtung verbluten lassen können.“

Und weiter heißt es: „Wenn nicht der Bergarbeiter eine eigene Psychologie hat, die von denen, die die moralische Verantwortung studieren, noch nicht erforscht worden ist, so wird diese Feiertagslaune sehr bald — vielleicht ist sie es schon — durch das Bewußtsein getrübt werden, daß die Rot jeden Tag größer und lauter wird.“

Und all diese bewegenden Worte nur, weil sich der Bergarbeiter vorige Woche nicht hat düpiert lassen.

Vorige Woche war die gesamte Presse scheinbar auf Seiten der Bergarbeiter. Heute überbieten sich dieselben Blätter in verlebenden Ausdrücken über die Bergarbeiterschaft. Die Reaktionen schreien nach einer Tat, einer großen Tat, einer starken Tat. Diese Kraftmeierei ist aber nicht ernst zu nehmen. Von den Vorschlägen, die gemacht worden sind, um den Streik zu beenden, verdienen besonders folgende Erwähnung. Herr Garvin schlägt im „Observer“ die Einführung des gesetzlichen Minimallohnes für den Bergbau vor, verbunden mit Konfiszierung der Gewerkschaftsgelder, sollten die Arbeiter streifen. Der Nationalökonom Hobson verlangt in der „Nation“ die Verstaatlichung der Bergwerke. Der Uebermännermann Harold Cox schlägt im „Nineteenth Century“ vor, Arbeiter aus anderen Industrien unter dem Schutze der Polizei und des Militärs in die Bergwerke zu schicken. Ein Vorschlag, dem alle Leidenbestatter zustimmen werden. Das Organ der Juristen „The Law Journal“ möchte das Streikrecht der Arbeiter in gewissen Industrien beseitigen. Aber alle diese und ähnliche Vorschläge scheitern am Ziele vorbei; denn die Frage, wie der britische Arbeiter zu bewegen ist, recht bald wieder Kohlen zu produzieren, wird durch keine der vorge schlagenen Lösungen auch

nur berührt. Höchstens könnte die unmittelbare Verstaatlichung der Bergwerke das Ziel erreichen; aber daran ist bei der Zusammenkunft des Parlaments nicht zu denken. Die einzig praktische Lösung ist die, daß man den Bergarbeitern den verlangten Minimallohn gewährt. Die Lösung läßt sich hinauschieben, aber nicht umgehen!

Aber wer da nicht hat...

Die preussische Steuerkommission hatte sich in ihren beiden letzten Sitzungen am Dienstagabend und Mittwoch auch mit einigen Anregungen und Anträgen zu beschäftigen, die eine steuerliche Vorsehung der nichtbesitzenden Schichten, namentlich der Arbeiter, betrafen. Und da stellte sich alsbald heraus, daß die Mehrheit der Dreiklassenmänner, die sich doch so bereitwillig gezeigt hatte, besitzenden Schichten Steuererleichterungen zu verschaffen, selbst solche, die mit einer großen Benachteiligung der Staatskasse verbunden waren, schleunigst wieder überaus zugeknöpft wurde, als es sich um Steuererleichterungen für gewöhnliche Proleten handelte.

Das sozialdemokratische Mitglied der Kommission äußerte zunächst den Wunsch, daß man künftig generell die Zahrgelder, die der Weg zur Arbeitsstelle und zurück auch innerhalb des Wohnortes erfordere, abzugsfähig mache. Die Judikatur sei schwankend. Während man früher den Abzug zugelassen, habe man in der letzten Zeit nur bei bestimmten Arbeiterkategorien, z. B. Bauarbeitern, den Abzug zugelassen. Der Generalsteuerdirektor behauptete dagegen, daß die Zahrgelder schon jetzt als abzugsfähig behandelt würden, womit sich trotz des sozialdemokratischen Einspruchs die Kommission zufrieden gab. Der Generalsteuerdirektor irrte aber. Die Verurteilungskommissionen haben sich vielfach auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt, und für die Jensten mit einem Einkommen unter 3000 M. pro Jahr ergibt sich ja leider nach § 43 des Einkommensteuergesetzes das Mittel der Verurteilung an das Oberverwaltungsgericht nicht. Es wird deshalb in der zweiten Lesung auf diese Frage zurückzukommen sein.

Ein sozialdemokratischer Antrag forderte dann, daß bei der Steuerveranlagung das steuerpflichtige Einkommen der Ehefrau, soweit es nicht den Betrag von 600 M. übersteige, außer Ansatz bleibe. Den Einwendungen, daß dadurch reichen Leuten ein unbedenklicher Vorteil zugewendet werden könnte, begegnete der sozialdemokratische Redner sofort dadurch, daß er den Antrag durch ein Amendement nur auf Jensten mit einem Gesamteinkommen von nicht mehr als 2100 M. beschränkte. Auch das half nichts — die ganze Tendenz paßte offenbar der Mehrheit nicht, und so wurde denn dieser Antrag abgelehnt. Als es galt, den Glohetrottern, den Diplomaten mit Ministergehältern Steuervergünstigungen zu verschaffen, als es sich um das Dreihundert-Millionen-Gesetz für den Grundbesitz handelte, war man freigiebiger. Wer da hat, dem wird gegeben, aber wer da nicht hat...

Uebrigens wurde auch ein freisinniger Antrag, der, von ähnlichen Gesichtspunkten wie der sozialdemokratische Antrag ausgehend, die Einkommen der Ehegatten getrennt versteuert wissen wollte, gegen dieselbe keine Minderheit, drei oder vier Stimmen, abgelehnt.

Ebensowenig Gnade fanden ein sozialdemokratischer und ein Zentrumsantrag, die Beiträge zu Berufsvereinen, die auch sozialen Versicherungszwecken dienen, vom steuerpflichtigen Einkommen abzugsfähig zu machen. Das sei etwas ganz Neues, so debuzierte man, daß man Beiträge zu Vereinen, die nicht ausschließlich Versicherungszwecken dienen und denen gegenüber klagbare Ansprüche der Versicherenden nicht beständen, für abzugsfähig erklären wolle. Dann mühten ja auch die Beiträge zu Unternehmerverbänden abzugsfähig sein. Vergebens wurde von den Rednern der Sozialdemokratie und des Zentrums entgegnet, daß es das Unternehmertum längst verstehe, seine Beiträge irgendwie im Betriebskostenkonto unterzubringen und daß gerade deshalb die Arbeiter es als aufreizend empfänden, ihre Beiträge zu so eminent sozialen Organisationen nicht abziehen zu dürfen. Das Ende vom Liede war, daß beide Anträge mit starker Mehrheit abgelehnt wurden!

Während so den nichtbesitzenden Klassen jede Steuererleichterung versagt wurde, scheint es, als ob den Bergherren wieder einmal ein Steuererleichterung zugedacht sei. Die Regierungsvorlage schlägt nämlich vor, bei Bergwerken einen jährlichen Abzug von 3 bis 6 Proz. der Jahresförderung für Verminderung der „Substanz“ zuzulassen. Das rheinisch-westfälische Unternehmertum hat sich einmütig mit dieser neuen Art der Abschreibung einverstanden erklärt, während die schlesischen Berggroßen Einwendungen dagegen erhoben. Die bedingungslose Zustimmung der rheinisch-westfälischen Grundbesitzer sowie die Erklärung des Regierungsvortreters, daß diese Art der Abschreibung für die Bergwerksbesitzer durchaus günstig sei, läßt stark vermuten, daß in der Tat den Interessen des Grundkapitals reichlich Rechnung getragen werden soll. Das sozialdemokratische Kommissionsmitglied, das das ganze System der Substanzverminderung für etwas Sonderbar erklärte, forderte deshalb von der Regierung die nötigen Unterlagen zur Beurteilung ihrer Berechnungsweise. Der Generalsteuerdirektor lehnte das jedoch als „unmöglich“ ab. Der sozialdemokratische Vertreter erwies seine Forderung als durchaus möglich, allein er blieb damit in der Kommission ohne Resonanz.

Natürlich: wenn es sich um Unternehmerinteressen handelt, sind Nachprüfungen und detaillierte Nachweise vom Uebel; handelt es sich aber um Forderungen zugunsten der Nichtbesitzenden, so muß gründlichst nachgeprüft werden, ob sich die Forderungen nicht unter irgendeinem Vorwand vereiteln lassen!

Der Krieg.

Maßregeln zur Verteidigung der Dardanellen.

Konstantinopel, 5. März. Der Kriegs- und der Marineminister sowie der Minister des Innern hatten eine längere Besprechung über die zu ergreifenden weiteren Maßnahmen zur Verteidigung der Dardanellen. Der Kriegsminister konferierte auch mit dem Minister des Meeres. Es verlautet, daß die Regierung auch Verteidigungsmaßnahmen für Smyrna und die Inseln des Archipels ins Auge faßt. Die Pforte teilt offiziell mit, daß von morgen an die nächtliche Durchfahrt von Schiffen durch die Dardanellen untersagt ist. Das Blatt Terdjiman-i-Hakikat will wissen, daß die Pforte in Verantwortung der sonderbaren Schritte der Mächte erklärt habe, daß sie, selbst wenn Italien einen Angriff auf die Dardanellen oder gar auf Konstantinopel unternähme, den Frieden zurückweisen werde, der nur möglich sei, wenn Tripolis türkische Provinz bleibe. Diese Antwort soll endgültig sein.

Die türkische Presse gegen den Frieden.

Konstantinopel, 6. März. Die gesamte türkische Presse führt fort, immer entschiedener gegen die Friedensidee Stellung zu nehmen. Die anscheinend vom auswärtigen Amt inspirierte „Jeni Gazetta“ erklärt, die Pforte könne sich nicht auf Verhandlungen auf der Basis der Annexion einlassen. Es verlautet, das Finanzministerium verhandle mit der Ottomanbank wegen Aufnahme eines Darlehens von einer Million Pfund gegen Schatzbons.

Die italienischen Verluste bei Derna.

Rom, 5. März. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) In dem Kampfe bei Derna am 3. d. M. sind, wie jetzt genau festgestellt ist, auf italienischer Seite acht Offiziere und 52 Mann getötet, 13 Offiziere, darunter einer schwer, und 164 Mann, davon 29 schwer, verwundet worden.

Die offizielle italienische Verlustliste.

Rom, 4. März. (Fig. Ver.) Das Militärwochenblatt veröffentlicht heute die erste Liste der Offiziere und Soldaten, die im italienisch-türkischen Kriege im Kampfe gefallen oder nach ihrer Verwundungen erlegen sind. Im ganzen sind nach diesem Verzeichnis 37 Offiziere gefallen und einer ist verschollen. Von den Soldaten sind 499 tot und 323 verschollen. Die Leuten gehören zum großen Teil dem 11. Bersaglieri-Regiment an, das in Scharaschatt so schwere Verluste erlitten hat.

Die offizielle Liste gibt durchaus nicht ein erschöpfendes Bild der Verluste an Menschenleben, die der Krieg Italien gebracht hat. Es fehlen zunächst alle die, die inneren Krankheiten erlegen sind, und die Zahl dieser soll allein für Cholera über 500 betragen. Weiter sind in der Liste nur die Gefallenen und Verschollenen einbezogen, deren Persönlichkeit zweifellos festgestellt wurde. Das Kommando teilt ausdrücklich mit, daß sich nur die Namen auf der Liste befinden, für die eine zweifelhafte Identifizierung möglich war. Es ist nicht recht einzusehen, daß dieser Vorbehalt auch für die Namen der Verschollenen gelten soll. Wenn das Kommando von noch nicht identifizierten Verschollenen spricht, so muß man annehmen, daß Truppeneinheiten ins Gefecht geführt worden sind, ohne daß man eine vollständige Aufzeichnung aller Soldaten hatte, die sie zusammensetzten. In anderem Falle wären doch die Verschollenen ohne weiteres zu identifizieren gewesen.

Durch die Fortkämpfung der an inneren Krankheiten Verstorbenen bleibt die Zahl der Opfer hinter der zurück, auf die man gefaßt war. Immerhin ist sie noch hoch genug, obwohl sie sich nicht auf die letzten und ziemlich blutigen Kämpfe erstreckt. Die Angehörigen der Gefallenen erfahren übrigens den Tod nicht erst durch die Verlustliste, sondern sind schon vorher direkt oder durch den Bürgermeister ihres Ortes von dem Verlust in Kenntnis gesetzt worden.

Die Revolution in China.

Die Regelung der republikanischen Verfassung.

Peking, 5. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Delegierten aus Nanjing erklären, daß die Erklärung der Republik in Nanjing und die Bildung des Kabinetts in Peking stattfinden soll. Juansschikai werde sich im September nach Nanjing begeben.

Vier Delegierte der Regierung in Nanjing sind aus Peking wieder in Nanjing eingetroffen. In ihrer Begleitung befinden sich zwei von Juansschikai ernannte Delegierte, die in Nanjing die Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung fortsetzen sollen.

Die Anleiheverhandlungen.

Peking, 6. März. Die Verhandlungen Juansschikais mit der internationalen Finanzgruppe zur Aufnahme einer großen chinesischen Staatsanleihe nehmen ihren Fortgang. Eine aus russischen und japanischen Finanzleuten zusammengesetzte Gruppe hat sich bereit erklärt, der neuen Republik ein Kapital von 100 Millionen Taels gegen eine vierprozentige Verzinsung vorzustrecken. Eine Anzahl chinesischer Großfinanziers wird Juansschikai den Betrag von 10 Millionen Taels bis zum Abschluß der Verhandlungen mit der russisch-japanischen Finanzgruppe vorstrecken.

Frauenwahlrecht in China!

Die französische Feministin Dr. Pelletier, die dem „insurrektionellen“ Flügel der gemäßigten Partei angehört, hat vom Sekretär des Dr. Sunghaijen folgenden Brief erhalten:

Hankow, 16. Februar.

Nadamel Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß für die Provinzialversammlung von Canton vier Frauen als Mitglieder gewählt worden sind. Ich hoffe, daß die Tatsache von Interesse für Sie sein wird.

Die Diplomaten wollen keine Sendung republikanischer Truppen nach dem Norden.

London, 6. März. Die „Times“ meldet aus Peking vom 5. März: Antschunghui, der Minister des Auswärtigen im Kabinett zu Peking, hat dem diplomatischen Korps in Peking seine Absicht mitgeteilt, zur Wiederherstellung der Ordnung Truppen zu entsenden. Das diplomatische Korps ist der Meinung, daß die Entsendung von Truppen aus dem Süden die Verwirrung nur vermehren werde, zumal Berichte aus Kiuksiang und anderen Orten im Jangtse-Tal erkennen lassen, daß die Truppen im Süden ebenso disziplinlos sind wie die im Norden. Die Delegierten aus Hankow erkennen die Unangemessenheit jenes Vorschlages an.

Große japanische Truppensendungen.

London, 6. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Tientsin von gestern: 800 Mann japanische Truppen trafen heute früh in Chingwantao ein, wofür sie von Port Arthur durch Transportschiffe gebracht worden waren. Vier Kreuzer mit diesen Truppen werden in Tientsin um Mitternacht erwartet. Weitere 500 Mann japanische Truppen haben Rakden auf der Straße nach Tientsin verlassen.

Bernünftige Ansichten.

Chicago, 5. März. Der Kabinettssekretär des Krieges, Stimson, erklärte hier in einem Interview, der er sich mit Bezug auf China oder Mexiko chaubinistisch äußern würde, würde für die Niederwerfung ungezählter Scharen von Ausländern in diesen Ländern verantwortlich sein. Stimson fügte hinzu: Sobald China oder Mexiko erst einmal auf den Gedanken kommen, daß unsere Heere ihr Land an sich reißen wollen, statt unsere Landsleute zu beschützen, werden sie an den Ausländern Rache nehmen.

Die Soldatenmenterei.

Peking, 5. März. In Pootingfu sind die britischen und amerikanischen Tabakvorräte im Werte von 10 000 Pfund Sterling und alle japanischen Gebäude von den Reuterern geplündert worden. Die Japaner haben in den Missionen Zuflucht gefunden. Ein Sonderzug mit französischen und japanischen Truppen ist nach Pootingfu abgegangen, um die Franzosen und Japaner nach Peking zu bringen. Auf besonderes Ansuchen schienen die Japaner alle Fremden in Schan-hai-wan. Mehrere Gruppen Reuterer, die nach Peking zurückkehrten, um mit der Plünderung wieder zu beginnen, wurden festgenommen und hingerichtet. Polizei und Gendarmerie halten sich bewundernswürdig. Ein Privattelegramm meldet, daß 2000 Mann gemeutert und Kiuksiang im Jangtsetale geplündert haben.

Die Lage in Tientsin.

Tientsin, 6. März. Die Befehlshaber der fremden Truppenkontingente haben in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, die Polizei in Tientsin selbst in die Hand zu nehmen. Die Bestimmungen des Vertrages von 1902 sind wieder in Kraft getreten, demzufolge die chinesischen Truppen sich der europäischen Niederlassung auf nicht mehr als sieben Meilen nähern dürfen. Die Chinesen dürfen nach 10 Uhr abends ihre Häuser nicht mehr verlassen. Die chinesische Bevölkerung hat sich an den Bischof gewandt und sich darüber beschwert, daß die chinesische Polizei sich vollständig unzuverlässig zeigt und sich auch an Unruhen der letzten Tage beteiligt hat. Seit gestern ist es zu keinen Zusammenstößen zwischen Kaiserlichen und Republikanern mehr gekommen.

Ermordung eines englischen Missionars.

Peking, 6. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Auf einer Reise, die der anglikanische Bischof von Nordchina, Dr. Scott, in Begleitung der Missionare Day und Hughes am 2. Februar von Pootingfu durch seine Diözese angetreten hatte, kam es am 4. März zu Streitigkeiten mit Aufständischen, die den Wagen und die Zugtiere der Missionare mit Beschlag belegten wollten. Hierbei wurde Missionar Day von den Soldaten erschossen, Hughes und Dr. Scott blieben unverletzt.

Chinesenunruhen in Singapore.

London, 6. März. Aus Singapore wird gemeldet: Während der Feier des chinesischen Neujahrsfestes kam es in dem Hafenviertel zu großen Ausschreitungen, die in der chinesischen Stadt vor dem Hofhaus ihren Anfang nahmen. Eine Anzahl republikanischer Kulis versuchte, den chinesischen Landsleuten, die sich der Befolgung des nach von der Kaiserinwitwe erlassenen Populäres widersetzten, gewaltsam die Straße abzuschneiden. Aus diesem Anlaß kam es zu blutigen Zusammenstößen, bei denen eine Anzahl Chinesen getötet und mehr als 30 schwer verletzt wurden. Die englische Eingeborenenpolizei mußte einschreiten und konnte nur mit Mühe die Ruhe wieder herstellen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März 1912.

Bergarbeiterstreik, neuer Mittelstand, Fortbildungsschulen und so weiter.

Aus dem Reichstag, 6. März. Noch immer dreht sich die Spule der Debatten über das Gehalt des Staatssekretärs des Innern und endlose Neben haben sich ab. Dabei gilt ein Erfahrungssatz: Je länger die Rede, desto kürzer das Interesse. Zwei Nennmänner produzierten sich in der gestrigen Sitzung, Herr Behrens von der Wirtschaftlichen Vereinigung der auch durch den „Terrorismus“ der bösen Sozialdemokratie nicht zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Ausnahmegesetzes befehrt werden kann, und — zum zweiten Male schon! — Herr Giesberts, der mit nachdrücklichen Worten auf den Ernst der Lage im Bergbau hinwies, sich aber doch nicht verneinen konnte, gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften mit plumpen Provokationen ausfällig zu werden. Zwischen durch lud der Reichsparteiler Dr. v. Derhagen sein Sprüchlein gegen die Warenhäuser ab und Genosse Siebel besaßte sich in einer wirkungsvollen und wohlwollenden Rede mit der Frage des „neuen Mittelstandes“, der lediglich ein mittelbarer Stand sei, tat dar, wie zwischen Prinzipalen und Angestellten sehr oft das militärische Vorgesetzten- und Untergebenenverhältnis herrsche, und verlangte die Regelung eines einheitlichen An-

gestelltenrechts. Nachher sprach der Nationalliberale A. D. I. F. über den kaufmännischen Mittelstand und für den Hansabund und erwies sich für einen Reuling als ein recht geschickter Redner, der dem Zentrum und der Rechten manchen gut-singenden Stieb erteilte. Zum Schluß trat, ehe der Pole Dombel zu einer in der allgemeinen Unruhe untergehenden Polemik gegen die „Schleifische Zeitung“ das Wort nahm, der Fortschrittler Kerscheneiner, der bekannte Münchener Fachschulmann, als ein heillosen Ideologe auf, der in seinen sicherlich von freibürgerlichem Geiste getragenen Ausführungen als Ziel aller Politik ein Maximum von unabhängigen Existenzen verlangte, und der Weg dazu sei die Erziehung in einer brauchbaren Fortbildungsschule — der Geist von Sankt Manchester war es, der aus einem professoral und pädagogisch angelegten Kopf sprach.

Deute 1 Uhr: Fortsetzung der Debatte.

Ueber die neuen Flottenforderungen

glaubt die „Kölnische Volkszeitung“ folgende Mitteilung machen zu können:

Die Wehrvorlagen sind bereits den einzelnen Mitgliedern des Bundesrats zugegangen. Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner gestrigen Sitzung damit beschäftigt. In den nächsten Tagen dürften sie schon halbamtlich veröffentlicht werden. An den Reichstag sollen sie dann samt den Dedungs-vorlagen noch vor Ostern gelangen. Die Wehrvorlagen werden in ihrem jetzigen Bestand im Bundesrat kaum mehr eine wichtige Abänderung erfahren. Die Flottenvorlage ist gegenüber dem ursprünglichen Plan wesentlich herabgesetzt worden. Sie bringt das dritte aktive Geschwader, das gewonnen wird durch Verzicht auf das Reserveflottenslaggschiff, durch Verzicht auf die Materialreserve (vier Linienfahrzeuge, vier große und vier kleine Kreuzer) und schließlich durch den Neubau von drei Linienfahrzeugen und zwei kleinen Kreuzern. Eine entsprechende Vermehrung des Personal der Unterseeboote und der Luftschiffe kommt hinzu. Die Ausgaben dafür betragen mit 15 Millionen Mark, steigen aber in den folgenden fünf Jahren bis zur Höchstsumme von 48 Millionen Mark. Auch im Reichstag dürfte diese Marinevorlage wenig Widerstand mehr finden. Ueber die Notwendigkeit der Marinevorlage hört man recht verschiedene Ansichten.

Diese Mitteilungen stimmen durchaus mit dem überein, was auch bereits in anderen Zentrumsorganen gemeldet worden war. Danach sollten die Ausgaben für die Flotte sich auf durchschnittlich 30 Millionen jährlich beziffern. Auch der Durchschnitt der von der „Köln. Volkszeitung“ mitgeteilten Ziffern ergibt ja eine Vermehrung der jährlichen Flottenausgaben von rund 30 Millionen Mark. Zu diesen 30 Millionen für die Flotte sollen dann noch 50 bis 60 Millionen jährlicher Ausgabe für Land- und Luftmilitarismus und eine einmalige Ausgabe von 100 Millionen kommen!

Großindustrielle Steuergegner.

Die Taktik der Zentrumspolitiker, neue Steuern zur Deckung der durch die geplanten Heeres- und Marinevermehrungen entstehenden Ausgaben für unnötig zu erklären und durch allerlei Finanzkünsteleien zu beweisen, daß in den nächsten Jahren der Staat mit großen Überschüssen abschließen wird, stößt bei den Stollen- und Eisenmagazinen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auf inniges Verständnis. Ganz begreiflich. So wenig wie die Zentrumsführer wünschen die betreffenden Großindustriellen, daß die Reichsverschaffungssteuer erhöht oder erweitert wird; und auch eine Reichseinkommen-, Reichsvermögens-, Dividenden- oder Lantiensteuer, die ihre gefüllten Taschen etwas erleichtern würde, erscheint ihnen höchst unpraktisch und verwerflich. Den ganzen Betrag aber, der zur Deckung der beabsichtigten Militärausgaben erforderlich ist, ohne weiteres durch neue indirekte Steuern der großen Volksmasse aufzubürden, geht in Anbetracht der heutigen politischen Lage nicht gut an. So helfen sich die Industriekönige damit, daß sie an die Regierung die Anforderung stellen, vorläufig die sogenannte Deckungsfrage zurückzustellen und sich einstweilen mit der Einbringung der Heeres- und Flottenvorlagen zu begnügen. Stellt sich dann später heraus, daß die Mittel nicht reichten, kann man ja eine neue Anleihe aufnehmen oder, falls sich inzwischen die politische Lage geändert haben sollte, eine neue Reichsfinanzreform nach dem Rezept der früheren machen.

Die „Rhein-Westf. Ztg.“, das Wochenblatt, findet denn auch in schönster Uebereinstimmung mit der liberalen Presse, daß es zurzeit völlig überflüssig sei, sich wegen der Deckungsfrage den Kopf zu zerbrechen, denn durch ein wenig Sparsamkeit bei anderen Ausgaben könne die schönste Bilanz im Reichshandhalt hergestellt werden. Von einem „unserer allerbedeutendsten Großindustriellen“, dessen Name, wie das Zentrumsorgan berichtet, Welturf hat, läßt sich das Scharfmacherblatt folgende schöne nationale Gefühlsdörnerung schreiben:

„Ich möchte davon absehen, mich für oder gegen eine bestimmte Steuer auszusprechen, weil ich der Auffassung bin, daß neue Steuern überhaupt vermieden werden müssen. Die Summen, welche für unser Heer und unsere Flotte erforderlich sind, müssen meines Erachtens auf anderem Wege aufgebracht werden, und zwar durch Einschränkung der Ausgaben und Einführung größter Sparsamkeit auf allen Gebieten unserer Repräsentation und Verwaltung. Die letzte große Steuerreform wurde durch einen lauten und ausführlich behandelten Appell an die Einschränkung und Sparsamkeit eingeleitet, ich vermag aber nicht festzustellen, das nennenswertere irgendwie geschehen ist, um diese von der Regierung sich selbst und dem Lande gestellte Aufgabe auszuführen. Nach meiner Auffassung werden für reine Reueherlichkeiten, die mit der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, der Stärke und Tüchtigkeit unseres Heeres und unserer Flotte nichts zu tun haben, in jedem Jahre ungeheure Summen verausgabt. Ich erinnere nur daran, was die Paraden, neuen Uniformen und sonstigen Ausstattungsgegenstände, deren Notwendigkeit absolut nicht erwiesen ist, alles Lofen, wieviel Geld bei den großen Stapelläusen und anderen ähnlichen Anlässen verausgabt wird, und alle diese Ausgaben, die der Steuerzahler aufzubringen hat, sind doch durchaus unproduktiv. Ueber die Tüchtigkeit unserer Verwaltung will ich kein Wort verlieren, aber es wußt darauf aufmerksam gemacht werden, daß, wenn sie nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten und Grundsätzen eingerichtet und geführt wird, in fast allen ihren Zweigen an Menschen und Geld sehr große Ersparnisse gemacht werden könnten... Wofür es aber insbesondere bei kriegerischen Verwidlungen führen soll, wenn der Bürger gehalten oder gezwungen ist, aus der Hand in den Mund zu leben und nichts mehr zurückzuliegen, ist nicht abzusehen. Denn ein Krieg, der heute ausbricht, kostet immenses Geld. Nehmen wir nur mal an, es händen 2 Millionen Mann einschließlich Offiziere, Verpflegungs-

mannschaften usw. im Felde, und jeder Mann koste einschließlich Pferd und Kriegsmaterial 10 M. pro Tag, was sicherlich eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, so macht das auf einen Tag 20 Millionen Mark, oder auf einen Monat 600 Millionen, also über eine halbe Milliarde Mark aus. Woher sollen wir dieses Geld nehmen, wenn der Staat nur Schulden und der Bürger keine Ersparnisse hat? Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Falle eines Krieges, zumal wenn er gegen England geführt wird, das uns mit seiner großen Flotte die Versorgung unserer Industrie mit Rohstoffen, wie Erz, Baumwolle usw., und die Ausfuhr unserer Erzeugnisse, wie Eisen, Textilwaren, Kohlen, Kalk usw., ab schneiden kann, die Fabriken stillliegen müssen und weder für die Werke Einnahmen noch für die Arbeiter Löhne vorhanden sind.“

Der Gedanke, daß es, falls alle diese Bedenken richtig sind, am besten wäre, die neuen Militärforderungen rundweg abzulehnen, kommt dem weisen Großindustriellen von Welturf anscheinend gar nicht. Er verlangt mehr Soldaten und Schiffe, aber sie dürfen nichts kosten, wenigstens den großen Kapitalisten nichts. Er hat auch nichts gegen einen Krieg mit England, aber die deutsche Großindustrie darf dadurch nicht geschädigt werden. Ob Hunderttausende von Proletariern dabei verbluten — ist nebensächlich.

Giesberts gegen Erzberger.

Selbst ein Mitglied der Zentrumsfraktion, Herr Giesberts, sieht sich veranlaßt, im roten „Tag“ gegen das Erbein seines Fraktionskollegen Erzberger Stellung zu nehmen, der da unter Ueberhebung der Reichseinkommen und der Ueberhäufte der letzten Jahre mit Leidenschaft den Standpunkt vertritt, daß man getrost alle möglichen militärischen Forderungen bewilligen könne, ohne zugleich die Deckungsfrage aufrollen zu müssen.

Herr Giesberts weist der roten Darstellung des Herrn Erzberger gegenüber darauf hin, daß es sich ja doch nicht nur um Deckung der militärischen Forderungen handle, sondern auch noch um eine ganze Reihe anderer Ausgaben. So müsse das Besoldungsgesetz der Reichsbeamten zum mindesten für die Post-, unterbeamten und mittleren Beamten eine notwendige Ergänzung finden. Auch die Erhöhung der Mannschafslöhne für die Soldaten sei noch nachzuholen, ebenso die Befriedigung der dringenden Wünsche der Altersgenossen. Spätestens vom Jahre 1915 ab werde dann eine weitere Belastung des Staats hinzutreten durch Mehrausgaben für die Invaliden- und Altersversicherung infolge der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre. Bevor man also daran denke, aus den vorhandenen Steuermitteln Militärvorlagen zu decken, werde man erst die hier erwähnten Aufgaben erfüllen müssen, die eine jährliche Mehrausgabe von 50 bis 60 Millionen erforderten.

Außerdem sei auch Bedacht darauf zu nehmen, daß die durch die Finanzreform bewerkstelligte „Sanierung der Reichsfinanzen“ keinen Schaden erleide. Man dürfe doch nicht vergessen, daß die Reichsfinanzreform eine ganz ungewöhnliche steuerpolitische Maßnahme gewesen sei, deren Nachwirkungen bei den Reichstagswahlen noch so deutlich zu verspüren gewesen wären. Zum mindesten müsse doch mit der gegenwärtigen Schuldenwirtschaft dauernd gebrochen werden. Niemand werde es verstehen, wenn etwa die neue Militärvorlage „aus Steuern auf Tabak, Kaffeebohnen und Zündhölzchen“ gedeckt werden sollte.

Sei es möglich, die Ausgaben derart zu beschränken, daß ihre Kosten ohne neue Steuern gedeckt werden könnten, ohne die sonstigen Aufgaben des Staates zu gefährden und die Schuldenlast illusorisch zu machen, so sei das die „glücklichste Lösung“. Sei das aber nicht möglich, so wäre es ein Fehler, nicht neue Einnahmequellen für die neuen Ausgaben zu suchen. Die „Steuerfanatiker“ früherer Zeit sollten jetzt nicht in den entgegengesetzten Fehler der „Steuerflüchtigen“ verfallen, wenn es gälte, eine „wirksame Besitzsteuer“ zu schaffen.

Herr Giesberts möchte also im Gegensatz zu Herrn Erzberger die Fäden des Herrn v. Jedlich wandeln und den schwarzblauen Vlod zur Bewilligung irgendeiner Erbschaftsteuer überreden, um dadurch das Odium der Reichsfinanzreform des Schnapshocks loszuwerden und den Wählern Sand in die Augen zu streuen.

Es wird sich zeigen, ob diese Richtung „staatsmännischer Besonnenheit und Klugheit“ im Zentrum den Sieg davontragen wird, oder die Erzbergerische Richtung, die den Junkern zusehe selbst auf das Feigenblatt einer Erbschaftsteuer verzichten will.

Der Appell an den Minister.

Ein Fall, der in der Parlamentsgeschichte ohne Beispiel dastehen dürfte, ist aus dem preussischen Junkerparlament zu verzeichnen. Der Präsident Freiherr v. Erffa hat sich an den Minister v. Treitschke gewandt, um seine Hilfe in Anspruch zu nehmen gegen die widerwärtige Budgetkommission. Die Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus sind noch Aufsieht des Präsidenten nicht mehr auf der Höhe und erheischen dringend einige technische Verbesserungen. In den Etat des Abgeordneten-hauses war auch ein Betrag von 14 800 M. zum Umbau der Aufzugsanlagen eingestellt. Begründet wurde diese Forderung damit, daß die Fahrgeschwindigkeit nicht mehr den Anforderungen entspreche und daß die Kurbelsteuerung als gänzlich veraltet durch die Druckluftsteuerung ersetzt werden müsse. Die Budgetkommission hat nun aber diese Forderung gestrichen und zwar, wie der Präsident in seinem Schreiben ausführt, deshalb: weil ein Mitglied der Kommission bei den Dispositionen Erhebungen eingezogen hatte und dort befehrt wurde, daß die alte Kurbelsteuerung besser sei, als die vom Ministerium vorgeschlagene Neueinrichtung. Der Präsident Freiherr v. Erffa bittet nun den Minister, er möge bei der Beratung des Budgets im Plenum mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß die gestrichene Summe wieder in den Etat eingesetzt wird.

Der Minister wird natürlich gern bereit sein, diesen Wünschen zu entsprechen. Aber es ist immerhin keine alltägliche Erscheinung, daß der Präsident eines Parlaments die Hilfe eines Ministers anrufen muß. Im preussischen Abgeordnetenhaus kommen ja so viel Wertwörter vor, daß man sich eigentlich über gar nichts mehr wundert. Aber dieser neueste Fall dürfte doch geeignet sein, wieder einmal die Aufmerksamkeit auf dieses Dreiklassenhaus zu lenken, wenn auch vielleicht nur in der Form, daß den Abgeordneten wieder einmal reichlich Stoff geliefert worden ist.

Sind Flottenverein und Wehrverein politische Vereine?

In den letzten Wochen ist in der Presse mehrmals die Frage erörtert worden, ob der Flottenverein und der neugegründete Wehrverein politische Vereine sind, und es war hinzugefügt worden, daß die Regierung der Ansicht zuneige, daß die genannten Organisationen als politische Vereine zu betrachten sind. Demgegenüber versichern nun die „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß eine Absicht, den Deutschen Wehrverein, den Flottenverein und andere vaterländische Vereine als politisch zu erklären, amtlicherseits nicht bestche.

Diese Auffassung wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden werden. Vor einigen Tagen erst hat ein Bericht in Dresden die Fiktion einer Generalisat...
Vor einigen Tagen erst hat ein Bericht in Dresden die Fiktion einer Generalisat...
Vor einigen Tagen erst hat ein Bericht in Dresden die Fiktion einer Generalisat...

Die deutsche Zarenpresse lügt weiter.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat die Fälschung, die wir ihr wegen ihrer Haltung zum Prozeß der unschuldig verurteilten Dumabaabgeordneten erteilten, stillschweigend hinhinnehmen müssen. Nun greift sie aber, ihrer Natur getreu, zu weiteren Lügen und Fälschungen. In ihrem gestrigen Abendblatt behauptet sie, „daß auch die Liberalen in der russischen Reichsduma nach eingehender Untersuchung der Angelegenheit sich auf den Standpunkt stellen mußten, daß die Verurteilung jener früheren Dumamitglieder zu Recht erfolgt sei“. Diese Behauptung ist eine faustdicke Lüge. Es war gerade der Moskauer Abgeordnete Tschlenko, ein Mitglied der konstitutionell-demokratischen Partei, der in seiner Rede in der Duma vom 17./30. Oktober v. J. die Tatsache aufdeckte, daß die Kommission der zweiten Duma, die die Anklage gegen die sozialdemokratische Fraktion zu prüfen hatte, zu der einmütigen Überzeugung gelangt war, daß es sich hier nicht um eine Verchwörung der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Staatsgewalt, sondern um eine Verchwörung der „Czara“ (polnische Polizei) gegen die zweite Reichsduma handelte. Als Berichterstatter jener Kommission, deren Beschluß durch die sofortige Sprengung der Duma und durch den Staatsstreich des Zaren beantwortet wurde, war Herr Tschlenko über die Vorgänge in jener Kommission auf das genaueste unterrichtet, und es ist bloß zu bedauern, daß er 4 1/2 Jahr über diese Angelegenheit geschwiegen hat. Daß er bei seinem Hervortreten völlig im Einklang mit seiner Partei gehandelt hat, geht daraus hervor, daß die konstitutionell-demokratische Dumafraktion für die diesbezügliche sozialdemokratische Interpellation in der Duma eintrat und gemeinsam mit den Sozialdemokraten und den radikalen Bauernabgeordneten den Kampf gegen die Vergeßlichkeitsüberlegenheit der Reichsrechtspartei der Duma führte. Mit dieser Lüge ist es also nichts, wert, „Deutsche Tageszeitung“ sie steht's mit der weiteren, die zur Verteidigung der erbärmlichen Behauptungen in der Sonnabendnummer in die Welt gesetzt werden sollen?

Das „tolerante“ Zentrum.

Es ist noch in frischem Gedächtnis, welchen Frevler das Zentrum mit der Wahlfreiheit der Beamten getrieben hat. Bei der Nachwahl in Düsseldorf im Herbst vorigen Jahres hat es diejenigen Beamten denunziert, die in der Stichwahl sich der Stimme enthalten hatten. Das war eine „Begründung“ der Sozialdemokratie; die Beamten hätten so wollte es das Zentrum, unter allen Umständen für das Zentrum stimmen müssen, und weil sie es nicht taten, wurden sie denunziert. Bei den Wahlen im Januar hat das Zentrum in ärgerlicher Schamlosigkeit die Beamten, die nicht im Sinne der schwarzblauen Reaktion wählen würden, der Verlegung des Dienstes beschuldigt; es hat einen Staatsanwalt, der als nationalliberaler Kandidat sich auf die Stichwahlbedingungen verpflichtete, der Beachtung der Justizbehörde empfohlen — das selbe Zentrum, das in früheren Zeiten, wo es selber noch unter der Ungunst von oben zu leiden hatte, nicht genug über Imparität, über Zurücksetzung und Vergewaltigung katholischer Beamten jammern konnte, und das auch jetzt noch dernehmlich lärm schlägt, wenn irgendwo einem Beamten in den eigenen Reihen aus politischen Gründen zu nahe getreten wird.

Vor einigen Tagen brachten liberale Blätter in Danzig die Mitteilung, daß ein dortiger Eisenbahn-Obersekretär nach Magdeburg verlegt sei, wobei hingewiesen wurde auf die politische Wirksamkeit des Verlegenden im letzten Wahlkampf. Darauf äußerte das „Wesph. Volksblatt“, das Danziger Zentrumsorgan, die Meinung, daß die Verlegung aus politischen Gründen geschehen und als Maßregelung aufzufassen sei. Das Blatt wandte sich an die Eisenbahndirektion und erhielt von dieser die Antwort, daß die Verlegung im Interesse des Dienstes erfolgt sei. Darauf schreibt das ultramontane Blatt:

„Offenbar wissen die Hintermänner der liberalen Presse mehr als sie jetzt verraten haben. Sie wollten nicht mehr verraten, aber doch im Interesse ihrer Partei andeuten, daß der Beamte, der sich in Danzig herausnimmt, sich als Zentrumsmann und Gegner der liberalen Partei zu betätigen, aus Westpreußen herauszuheben. Als im Oktober vorigen Jahres die liberale Partei ihre Weisheit gegen den Eisenbahnsekretär Dettlaff richteten, sagten wir sofort, daß der Feldzug den Zweck habe, die Zentrumsanhänger unter der Beamenschaft loszupfechen zu machen. Herr Dettlaff ließ sich aber nicht lospfechen machen und jetzt verweist die liberale Presse triumphierend auf seine Verlegung. Sollte die liberale Partei die Verlegung eines politischen Gegners betreiben und erreicht haben?“

Trifft es zu, daß der Beamte wegen seiner Tätigkeit für das Zentrum verlegt, d. h. gemahregelt worden ist, so wird das von keinem gerecht Denkenden gebilligt werden. Welches Recht hat aber eine Partei, sich über den Fall zu beschweren, die, wie das Zentrum, selber den ärgsten Terrorismus gegen abhängige Existenzen zu üben pflegt?

Was Matthias Erzberger die katholischen Jungfrauen lehrt.

Einseitigkeit ist nicht die schwache Seite des Herrn Erzberger. Es gibt wenige Gebiete des öffentlichen Lebens, auf denen dieser berühmte Zentrumspolitiker sich nicht betätigt. In letzter Zeit ist seine weitverbreitete Tätigkeit um eine neue bereichert worden: Herr Matthias hat sich als Schulmeister für die weibliche katholische Jugend etabliert. In der Januarnummer der in Münster i. W. erscheinenden Zeitschrift „Die christliche Jungfrau“ unternimmt er es, die katholischen Jungfrauen über die Ziele der sozialdemokratischen Bewegung aufzuklären. Bisher hat er noch auf keinem der vielen Gebiete, auf denen er sich schon betätigt, die an ihn gestellte Erwartung erfüllt, er tut es auch auf diesem neuen Felde seiner Tätigkeit nicht. Er schreibt nämlich wörtlich:

Die Sozialdemokraten wollen die Religion überhaupt ausschalten aus dem Menschenleben; höchstens in der Stube zu Haus soll sie noch ein kümmerliches Dasein fristen; aber nicht in der Schule, in der Gemeinde, im Staate. Das soll religionslos und damit sehr schnell sittenlos gemacht werden; tritt doch die Sozialdemokratie auch für die freie Ehe ein, wodurch das ganze weibliche Geschlecht unter die brutale Gewalt des männlichen

Geschlechts kommen würde und Sitten- und Schamlosigkeit freien Laufpaz hätten.

Unsere katholischen Jungfrauen wehren sich gegen eine solche Herabwürdigung, weil sie wissen, wie die katholische Kirche ihren Stand schätzt, schätzt und achtet.

Wahlvorbereitungen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Die durch die Landtagsauflösung geschaffene ernste Situation hat den Landespartei-Vorstand veranlaßt, auf kommenden Sonntag einen außerordentlichen Landesparteitag nach Stadtilm einzuberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Landtagswahl. 2. Kandidatenfrage. 3. Abrechnung von den letzten Wahlen. 4. Bericht der Ortsgruppen. 5. Presse.

Giastio der preussischen Aufseherpolitik.

Welche unsinnigen Resultate die Bekämpfung der sogenannten polnischen Gefahr gebiert, sieht man aus der Polenbewegung in Ostpreußen. Im Kreise Stettin, der etwa 60 000 Hektar umfaßt, waren 1900 etwa 7800 Hektar in polnischer Hand, 1911 aber 9225 Hektar. Die polnische Bevölkerung betrug 1900 bei 26 000 Einwohnern 3575, im Jahre 1911 aber bei einer Einwohnerzahl von 28 125 bereits 4585 Köpfe. Im Kreise Rauenburg befinden sich jetzt 3500 Hektar in polnischem Besitz gegenüber 1800 Hektar im Jahre 1900. Im Kreise Stolp gab es 1910 noch keinen polnischen Besitz, im Jahre 1911 aber schon 129 Hektar. Die Zahl der polnischen Einwohner betrug in diesem Kreise 1900: 98, 1905: 116 und ist im Jahre 1911 auf 815 Einwohner gestiegen.

Ein nächtliches Kasernenbild.

Vor dem Kriegsgericht der 9. Division in Glogau standen vor einigen Tagen die beiden Kanoniere Wojczyk und Sobieczki vor der 1. Batterie des Jägerbataillon-Regiments v. Dieckau (Schlesisches) Nr. 6. Beide hatten sich an einem Sonntag schwer betrunken und waren, ohne Urlaub zu haben, bis nachts 12 Uhr ausgeblieben. Als W. dann in seine Stube kam, lang er laut, was ihm zunächst von dem in derselben Stube liegenden Obergefreiten Sobieczki verboten wurde, worauf W. erwiderte: „So siehst Du aus, Du freiwilliger Geist, Du willst Rekruten schlagen.“ Daraufhin sprang der Obergefreite Sobieczki aus dem Bett, sah den Kanonier W. an der Kehle und ohrfeigte ihn. Nachdem das Licht ausgelöscht war, sind drei Obergefreiten über W. hergefallen und haben ihn schwer mißhandelt. Als der Unteroffizier vom Dienst durch den Lärm herbeigelockt erschien, ließ dieser in der Stube wieder das Licht anzünden, wobei er sah, daß W. im Gesicht stark blutete. Der Mißhandelte, der nun wieder den Obergefreiten Sobieczki erkennen konnte, ergriff einen Schemel und ging damit diesem zu Leibe. Der Schemel konnte ihm aber rechtzeitig entzogen werden, worauf er zum Seitengewehr und zu einem Messer griff, um sich damit auf seinen Feind zu stürzen. Sobieczki applizierte dem W. dafür noch eine Ohrfeige und verhielt sich dann durch eine Tür. Unteroffiziere und Mannschaften aus anderen Stuben erschienen ebenfalls auf dem nächtlichen Kampfplatz, darunter auch Sobieczki, der mit W. geknöpft hatte. Auch er wollte sich auf den Obergefreiten stürzen, wurde aber daran gehindert.

Diese Vorgänge hatten für die beiden Kanoniere Wojczyk und Sobieczki ein Nachspiel vor dem Kriegsgericht. W. behauptete feil und fest, er sei vom Obergefreiten Sobieczki zuerst geschlagen worden und dann erst habe er sich verteidigt, keinesfalls aber in der Absicht, gegen den Vorgesetzten tötlich vorzugehen, sondern nur, um weiteren Angriffen vorzubeugen. Der Obergefreite S. bestritt zwar, zuerst geschlagen zu haben, blieb aber als Urheber der Prügelei unbestritten. Der Anklagevertreter beantragte trotzdem gegen Wojczyk vier Jahre und gegen Sobieczki zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte: von der Anklage des tötlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten werden beide freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß der bezw. die Obergefreiten den Kanonier W. zuerst schwer körperlich gemißhandelt haben. Wegen Verletzung von Vorgesetzten dagegen wird W. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Trunkenheit im Dienst muß S. mit vier Wochen strengem Arrest büßen.

Wird nun Anklage wegen Mißhandlung von Untergebenen gegen die an der nächtlichen Prügelei in der dunklen Kasernenstube Beteiligten Obergefreiten erhoben werden?

Schweiz.

Wahlerfolge und Proporz.

Zürich, 4. März. (Fig. Ber.) Bei der Nationalratswahl im März der Züricher Seekreise erhielt der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Witz, 6325 Stimmen gegen 3408 am 20. Oktober 1911 bei den Hauptwahlen, also um rund 3000 Stimmen mehr, während sein sozialistischer Gegenkandidat mit 6238 Stimmen um 1020 weniger erhielt als sein verstorbenen Vorgänger vor vier Monaten. Der gewählte Agrarier Kellstab, ein millionenreicher Großbauer, hat offenbar doch abschreckend auf die vielen noch rüstständigen Arbeiter gewirkt und sie in das sozialdemokratische Lager getrieben.

In drei Wochen findet im gleichen Wahlkreis eine abermalige Erziehungswahl in der Nationalratswahl statt, für die die Bürgerlichen bereits den Advokaten Dr. Obinga in Gorgen als ihren Kandidaten aufgestellt haben. Dieser Advokat gehört zu den schlimmsten Schamlosen und Arbeiterfeinden im Kanton Zürich und er war auch einer der schlechtesten Väter des vor mehreren Jahren geschaffenen Antikreisgesetzes.

Im 4. Kreise der Stadt Zürich hätte beinahe unsere Partei zum erstenmal auf eigener Kraft bei der Kantonsratswahl gestiftet, indem ihr Kandidat 1897 und der bürgerliche Gegenkandidat 1407, also nur 10 Stimmen mehr erhielt. Da keine Wahl zustande kam, also ein zweiter Wahlgang stattgefunden hat, besteht die Möglichkeit für die Erringung eines Sieges in diesem Wahlkreis.

Im Kanton Genéve ist man im Begriff, den kommunalen Proporz für alle Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern einzuführen. Es sind die sozialdemokratischen, katholischen und konservativen Minderheitsparteien die zusammen gegen die Opposition der Radikalen dem politischen Fortschritt die Bahn freimachen.

Frankreich.

Die Wohnungsreform auf dem Marsch.

Der schwächliche Vorschlag des Seine-Präfekten, die Wohnungsreform mit 80 Millionen abzulösen, hat den Fortgang der erbitterten Bewegung nicht gehindert. Die Gemeinderatskommission für Beschaffung billiger Wohnungen hat bei den zuständigen Ministern und der Kommission für soziale Fürsorge innerhalb der Kammer Würdigung ihrer Bestrebungen gefunden. Es soll ein Gesetz vorgelegt werden das den Gemeinden das Recht gibt, zu Wohnungszwecken Anleihen aufzunehmen, Grundstücke zu erwerben und zu bebauen. Die Kommission selbst hat gemäß dem Vorschlage des Genossen Brunet sowohl der Aufnahme einer Anleihe als der Summe von 200 Mil.

Frank nach eingehender Diskussion mit allen gegen eine Stimme zugestimmt. Damit ist die Reform natürlich noch nicht im Hafen. In der Kammer wie namentlich im Senat dürfte das zu erlassende Gesetz noch manchen Schwierigkeiten begegnen. Und im Gemeinderatsplenum werden die Interessenten des Wohnungswunders auch nicht unberührt lassen, um den Plan Brunets zu Falle zu bringen oder doch möglichst unwirksam zu machen. Immerhin wird, wie Brunet betont, eine Körperkassa, die zur Bloßen Verschönerung der Stadt 900 Millionen bewilligt und die Enteignung vieler Grundstücke genehmigt hat, dem dringendsten Bedürfnis der Volksmassen gegenüber nicht verfahren dürfen.

England.

Der Polizeikampf gegen die Frauen.

London, 5. März. Die Polizei drang heute abend in das Hauptquartier des sozialpolitischen Frauenverbandes von London ein, verhaftete mehrere der dort anwesenden Frauen und besetzte die Räumlichkeiten mit Beschlag.

Türkei.

Die türkische Wahlkampagne.

Aus Konstantinopel schreibt uns Parvus:

Die Wahlkampagne ist nun in vollem Gange. Uebersehen lassen sich die Ergebnisse nach nicht; wohl aber unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die politische Zerschlagung, die zur Auflösung des Parlaments geführt hatte, nunmehr erst recht an allen Ecken und Enden um sich greift.

Die Auflösung war ein Triumph des „Komitees“ und verführte dessen Anhänger. Der gelungene Streich verblüffte, die furchtsamen Elemente dachten sich und erwartungsvoll sah man den Dingen entgegen, die nun kommen sollten. Andererseits ließ die Regierung auf allen ihr zugänglichen Wegen verbreiten, daß sie nunmehr Reformen vornehmen werde. Sie hat es ja zuletzt zu einer stehenden Redensart gemacht, daß das Parlament das Haupthindernis der Reformen geworden sei. Jetzt, da sie diesen Vorposten losgerissen war, da wollte sie auf dem Wege der Verordnungen, die allerdings einer nachträglichen Bewilligung des Parlaments bedürfen, rasch Reformen durchführen, um das Parlament vor vollendeten Tatsachen zu stellen. Nun ist aber schon Zeit genug verstrichen, seitdem das Parlament nicht mehr tagt, und von Reformen ist nichts zu merken. Auch hat sich die öffentliche Meinung von ihrer ersten Befürzung erholt, und die Wogen der Opposition beginnen schon wieder, das Komitee und die Regierung zu überfluten.

Ein wichtiger Nachfaktor bleibt allerdings in den Händen des Komitees: es hat die Regierungsgewalt und den Regierungsapparat bei den Wahlen in seinen Händen. Das bedeutet überall viel, in den Balkanländern aber erst recht.

Das kann aber nicht verhindern, daß die Organisation des Komitees sich innerlich zerlegt. So tauchen jetzt an allen Ecken und Enden Parlamentskandidaturen der Komiteepartei auf. In einzelnen Wahlkurien stehen sich ein Duzend und mehr eigener Kandidaten der Partei „Union und Progrès“ gegenüber. Es ist eine vollständige Auflösung aller Parteidisziplin. Das Zentralkomitee scheint jeden Einfluß verloren zu haben. Die lokalen Gruppen stellen ihre Kandidaten auf; jeder, der über ein halbdutzend Anhänger verfügt, hofft zu realisieren; die Mandatjäger sind zu einem Geschäft und zu einem Sport geworden, — und der Einfluß der Zentralorganisation scheint sich nur darauf zu beschränken, daß all diese Leute sich für „Union und Progrès“ erklären.

Daß das Komitee mit Hilfe des Regierungsapparats eine Majorität bei den Wahlen zusammenzubringen wird, ist wohl sehr wahrscheinlich; sicher aber ist, daß es diese Majorität noch weniger wird zusammenhalten können, als die des aufgelösten Parlaments.

Die Verlegenheit des Komitees wird auch durch die Verfolgungen dokumentiert, welche die Behörden gegen das Kriegsgesicht gegen die Leute der Opposition unternehmen. So wurde Genosse Donaraya in Saloniki auf offener Straße verhaftet, ins Gefängnis geworfen und dann per Schub nach Konstantinopel gebracht, von wo man ihn weiter nach der bulgarischen Grenze schaffen wollte. Es gelang allerdings in Konstantinopel, ihn freizubekommen, jedoch nur unter der Bedingung, daß er nicht nach Saloniki zurückkehre. Donaraya ist in Bulgarien geboren, er hat sich aber in aller Form das osmanische Bürgerrecht erworben. Er war unter anderem einer der ersten, die mit der Befreiungsarmee nach Konstantinopel zogen, um mit den Waffen in der Hand die junge Konstitution gegen den Staatsstreich zu schützen. Der Grund ist die Ersetzung der Arbiträrorganisation in Saloniki und die energische Wahlkampagne, die von der Sozialistischen Föderation geführt wird.

Das selbständige einflussreiche Komitee unserer Partei, die in Saloniki bereits über bedeutende Massen verfügt, erweckt steigende Befürchtungen und Erbitterung in den Reihen des Komitees. Deshalb die Repressalien und Kackaste. Rufen wird natürlich Donarayas Ausweisung nicht das geringste; denn die Organisation in Saloniki steht schon längst so fest, daß sie auch ohne die Mitwirkung des einzelnen auskommen kann; dagegen schaffen die Verfolgungen eine gewaltige Erbitterung der Arbeitermassen, die sich gegen das „Komitee“ lehrt. Die Situation ist aber so, daß unsere Partei bei den nächsten Wahlen in Saloniki, trotz der ungünstigen Wahlkreiseinteilung, dem indirekten Wahlrecht und anderen Schikanen, zu einer ausschlaggebenden Kraft werden kann.

Bulgarien.

Das Proporzionalwahlrecht.

Sofia, 6. März. Die Sobranje hat den Gesetzentwurf betreffend die Einführung des Proporzionalwahlrechts für die Sobranje im ganzen angenommen.

Marokko.

Die „Friedensarbeit“ des französischen Protektors.

Paris, 6. März. Aus Casablanca wird gemeldet: Zwei Kompagnien, die einen Aufklärungsmarsch südwestlich von Suf el Neba unternommen hatten, wurden von Leuten des Andjers Stammes angegriffen. Die Eingeborenen wurden nach hartnäckigem Kampfe mit beträchtlichen Verlusten in die Flucht geschlagen; auf französischer Seite wurden zwei eingeborene Soldaten verwundet.

Amerika.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Mexiko, 6. März. Die Zapatisten haben die Stadt Atlixco eingenommen; bei dem Kampfe wurden 30 Mann der Regierungstruppen und 18 Aufständische getötet. In der Nähe von Torreón fielen Regierungstruppen in einen Hinterhalt, wobei sie 50 Mann verloren.

New York, 6. März. Nach einer Meldung aus Guahaquil ist General Julia Andrade, der Kommandeur von Guahaquil, gestern abend in Quito von seinen Soldaten ermordet worden.

Gewerkschaftliches.

Zur deutschen Bergarbeiterbewegung.

Die ablehnende Antwort des Verbandes der Grubenarbeiter lautet:

„Wir müssen es ablehnen, uns zu den gestellten Forderungen zu äußern, denn nur der nach dem Gesetz gewählte Arbeiterausschuss ist berechtigt, die Wünsche der Belegschaften vorzubringen.“ Aber auch die Arbeiterausschüsse sind von den einzelnen Gruben auf die von den Ausschüssen eingereichten Forderungen eine meist ebenso kurze, profanatorische Antwort zuteil. Die meisten Belegschaften werden überhaupt nicht antwortend. Das Verhältnis zwischen Grubenverwaltung und den Bergarbeitern ist deshalb ein sehr gespanntes. In den nächsten Tagen wird von den Bergarbeitern die Entscheidung gefällt werden. Den Besingtonen der Organisationsleitung wird allgemein Folge geleistet.

Während auf Zeche Kaiserstuhl die Belegschaft vollständig angefahren ist, ist der Streik auf Zeche Scharnhorst noch nicht beendet, nur wenige Arbeiter sind angefahren.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hält Ende dieser Woche eine allgemeine Generalversammlung für das Ruhrgebiet ab, um die Situation im Ruhrgebiet zu besprechen.

Im Saarrevier sprachen in christlichen Bergarbeiterversammlungen Giesberts, Behrens und Jmbuch. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, worin die Bergarbeiter der preussischen Staatsgruben das Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Vergetats um eine entsprechende Lohnsteigerung bitten, da die Durchschnittslöhne im Saarrevier wesentlich niedriger als im Ruhrgebiet seien, während die Leistungen der Saarnappen nicht zurückständen. — Wenn die Christlichen ihre Lohnforderung dem preussischen Dreiklassenparlament anvertrauen, werden sie sicher schwere Enttäuschungen erleben.

Dass die evangelischen Arbeitervereine es den Christlichen in der Warnung vor dem Streik mindestens gleich tun müssen, versteht sich am Ende. Die Leitung des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine warnt seine Mitglieder dringend vor einer Beteiligung an ungenügend begründeten, daher aussichtslosen Ausständen, durch die die Sache der Arbeiter nur geschädigt werde. Die deutschen Arbeiter hätten keine Veranlassung, zugunsten der deutsch-feindlichen englischen Industrie oder der Agitationsbedürfnisse der sozialdemokratischen Partei sich an einem Streik zu beteiligen.

Am Montag, den 4. März, traten bekanntlich die Belegschaften der Zeche Kaiserstuhl und Scharnhorst in den Ausstand. Darüber herrscht in der Zentrums- und in der christlichen Gewerkschaftspresse große Freude. Sie schrieb von anarcho-sozialistischen Einflüssen, von einem anarcho-sozialistischen Putz usw. Und diese Meinung ging in die gesamte bürgerliche Presse über.

In der Streikversammlung der Belegschaft der Zeche Kaiserstuhl, die am gleichen Tage stattfand, wurde durch den Vertreter des Bergarbeiterverbandes nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Agitatoren des christlichen Gewerksvereins ein Interesse daran hätten, solche Putze zu veranlassen und ein geschlossenes Vorgehen der Bergarbeiter zu vereiteln. Auch wurde bekanntgegeben, dass schon am Sonntag der Besatz des christlichen Bergarbeiterverbandes, Schneider aus Serne, erklärt hatte:

„Montag oder Dienstag werden die Belegschaften von Kaiserstuhl in den Ausstand treten, dafür garantiere ich!“

Diese Äußerung war sehr auffallend. Es fanden sich auch Montag früh vor der Einfahrt auf der Zeche 4-5 geheimnisvolle Gestalten ein, die mit Depeschen operierten, die vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes und der polnischen Berufsvereinigung ausgehen sollten, und die zum Streik aufforderten. Auch das war recht eigenartig. Nun scheint Licht in dieses geheimnisvolle Dunkel zu kommen. Es wird jetzt folgendes bekannt:

In der Nacht zum Dienstag wurde das christliche Gewerksvereinsmitglied Steinbill dabei angetroffen, wie es auf der Zeche Tremonia in Dortmund im Wäschraum einen Anschlag aufhängte, worin zum sofortigen Streik aufgerufen wurde. Das kennzeichnet die Stimmung der christlichen Gewerksvereinsmitglieder! Die Gewerksvereinsführer gaben sich alle Mühe, ihre Mitglieder eilend zum Streikbruch zu verleiten, und die Mitglieder fordern über die Köpfe ihrer Führer hinweg zum sofortigen Streik auf! Sie wollen das Verhalten ihrer Leitung vereiteln. Wäre es auf der Zeche Tremonia gelungen, die Belegschaft vor der allgemeinen Parole in den Ausstand zu heben, dann hätte die Zentrums- und christliche Presse gegen die Bergarbeiter gemacht. Das ist ihr Hauptzweck.

Das Verhalten dieser Presse ist geradezu gemeingefährlich. So schrieben die Selsenkirchener Zeitungen und die „Tremonia“ vom 3. März:

„Auf der Zeche Kaiserstuhl kam es zu Kämpfelein, und gerade die jüngeren Bergleute waren es, die in großer Zahl den Eingang besetzt hatten und den Arbeitwilligen den Eingang versperrten. Die verstärkte Polizei schaffte später Ordnung. Verwundet fielen aus der Menge der Streikenden auch Schüsse.“

Nun bringt die „Tremonia“ vom 6. März folgenden Bericht:

„In unserer gestrigen Notiz über den Streik war gesagt worden, bei Gelegenheit des Ausstandes auf Zeche Kaiserstuhl sei vereinzelt geschossen worden. Aus amtlicher Stelle wird nun mitgeteilt, dass durch polizeiliche Ermittlungen bisher nicht festgestellt worden ist, dass von den Streikenden am gestrigen Tage Schüsse abgegeben worden sind. Insbesondere hat keiner von den in Frage kommenden Polizeibeamten einen Schuss gehört.“

Also nicht einmal gehört hat die Polizei die Schüsse! Damit ist die Zentrums- und christliche Schießerei totgeschlagen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sie von der Zentrums- und christlichen Presse außerhalb des Ruhrgebiets noch weiter verbreitet wird. Im übrigen herrscht im Ruhrrevier völlige Ordnung und Ruhe.

Berlin und Umgegend.

Die Direktion der Allgemeinen Berliner-Omnibus-Gesellschaft sendet uns folgende Zuschrift, die sie „Berichtigung“ nennt: „Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft hat von ihren Direktoren, Präsidern, Vorstehern und sonstigen Maschinenarbeitern nicht verlangt, dass sie nicht mehr im Afford, sondern im Lohn arbeiten sollten, sie hat dieses Verlangen vielmehr nur an einen einzigen, von dem Hofe Usedomstraße nach dem neu eingerichteten Hofe Insamunder Straße verlegten Dreher gestellt, weil dort zunächst Affordarbeiten nicht vorhanden und nur eine Drehbank zu besetzen war. Sie hat auch die Löhne nicht so reguliert, dass die Arbeiter im Höchstfalle 0,70 M. pro Stunde verdienen sollten, es ist vielmehr den Arbeitern ausdrücklich versichert worden, dass der Höchststundenlohn wie bei den Vorarbeitern 0,75 M. für die Stunde betrage.“

Die Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft hat keinen der Streikenden aufgefordert, für 46 M. Wochenlohn zu verrättern an ihren Kollegen zu werden, vielmehr hat sich ein Dreher freiwillig für einen Wochenlohn von 46 M. zur Arbeitsleistung angeboten, und darauf ist ihm erklärt worden, dass unter denselben Verhältnissen auch sein Freund eintreten könne. Die Direktion hat mit keinem Wort durchblicken lassen, dass man eventuell den Vater des einen Drehers, welcher schon über zwanzig Jahre bei der Gesellschaft ist und im Alter von 70 Jahren steht, nicht mehr gebrauchen könne. Mit keinem Wort ist von dem Vater des Drehers, wie dieser in einem an die Omnibus-Gesellschaft gerichteten Schreiben selbst bezeugt, die Rede gewesen. Die Gesellschaft oder einer ihrer Vertreter oder Angestellten hat nicht gedroht, den alten Vater arbeitslos zu machen, wenn der Sohn kein Lump werden will.“

Obgleich die Direktion der Omnibus-Gesellschaft und die Aufnahme ihrer Zuschrift dadurch zu erleichtern suchte, dass sie uns mit eventueller Strafandrohung drohte, haben wir uns doch die Zeit genommen, die Leitung des Metallarbeiterverbandes über die Sache zu befragen. Dort erteilte man uns folgende Auskunft:

Das Personal der Reparaturwerkstätte auf Hof Usedomstraße benachrichtigte die Leitung ihrer Berufsorganisation, den Deutschen Metallarbeiterverband, dass die Arbeiter in dem Neubau Insamunder Straße nicht mehr in Afford, sondern in Lohn arbeiten sollten. Sie sollten gemäß einer Erklärung der Direktion, mit der sie selbst, die Arbeiter, verhandelt hätten, 70 Pf. pro Stunde als Höchstlohn erhalten. Bis dahin hatten sie in Afford bis 85 Pf. verdient. Die Direktion lehnte indessen einen höheren Lohn als eben 70 Pf. ab. Daraufhin setzte sich der jetzige Streikleiter mit der Direktion telefonisch in Verbindung, erhielt aber die Antwort, die Direktion habe mit ihm nichts zu tun. Er ersuchte deshalb die Kommission in der Usedomstraße, doch noch mal mit ihrer Direktion Rücksprache zu nehmen, ob die Angelegenheit sich nicht doch noch in Güte würde regeln lassen. Ein Herr Schmidt aus dem Betrieb hat dann auch die Kommission empfangen und ihr, angeblich im Auftrage der Direktion, erklärt: die Direktion sei für die Kommission nicht zu sprechen, es bleibe bei dem, was sie gesagt habe. Die Folge dieser Antwort war, dass nun der Streik erklärt wurde.

Als die 22 Maschinenarbeiter in den Streik getreten waren, teilte in der ersten, am 4. März abgehaltenen Streikversammlung der Dreher Poetsch folgendes mit: „Kollegen, ich habe Euch eine Mitteilung zu machen. Als ich heute morgen im Betrieb war, um meine Sachen zu holen, hat die Betriebsleitung mich aufgefordert, doch zu arbeiten und bot mir einen Wochenlohn von 46 M. Die Betriebsleitung sagte mir noch, ich sollte meinen Kollegen D und E ebenfalls herüberreichen und ihm sagen, dass auch er 46 M. Wochenlohn erhalten solle. Ich will gleich bemerken, dass mein alter Vater über 20 Jahre im Betrieb beschäftigt und pensionsberechtigt ist. Ein Angestellter der Omnibusgesellschaft sagte mir auch, dass mein Vater, wenn ich nicht wieder anfangen zu arbeiten, eventuell Schaden haben könnte.“

Das waren die Worte, die der Dreher Poetsch vor seinen 22 Kollegen gesprochen hat. Als diese ihm zuredeten, ihnen doch nicht in den Rücken zu fallen, antwortete er: „Ich will mir's noch überlegen.“

An demselben Tage ging der Streikleiter mittags wieder nach dem Streiklokal. Da trat auf der Straße Poetsch an ihn heran und sagte, er habe es sich überlegt und fange nicht an, doch wolle er zu der Firma gehen und ihr diesen Beschluss mitteilen. Angeblich hätten dort zwei Herren von der Betriebsleitung mit ihm gesprochen, von denen der eine ihm zugerufen habe, doch wieder zu arbeiten, während der andere sagte: „Ach, reden Sie ihm doch nicht zu, das hat ja doch keinen Zweck.“ Ferner habe einer noch erklärt: „Wenn Sie nicht anfangen, dann kann ich Ihnen nicht garantieren, dass Sie nach dem Streik wieder Arbeit erhalten.“ Wie gesagt, alles nach Aussage des genannten Poetsch.

Er ist dann bis Montag im Streik geblieben und hat am Dienstag als Arbeitwilliger angefangen.

Wenn nun die Direktion mit einer Berichtigung kommt, so mutet das eigenartig an, um so mehr, als sie die Schuld daran trägt, dass die Angelegenheit in dieser Weise ausgefallen werden muß. Hätte sie nicht den krassesten Herrenstandpunkt herausgehört, hätte sie mit der Benutzung der Vertretung der Metallarbeiter ihres Betriebes verhandelt, so wären ihr und anderen derartig unliebsame Erörterungen erspart geblieben.

Achtung, Glaschleifer! Die Differenzen bei der Firma Hannig, Königsberger Str. 3, sind durch Verhandlung beigelegt worden. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Aussperrung in der Maschinenfabrik von König in Guben.

Die bekannte Buchdruckerei und Verlagsanstalt von König in Guben, die das bekannte „Königs Kurzbuch“ herausgibt, unterhält neben dem Buchdruckereibetriebe noch eine Maschinenfabrik, „Königsbogenanleger“, G. m. b. H. Im Auftrage der dort beschäftigten Metallarbeiter reichten der Metallarbeiterverband und der Christ-Demokratische Gewerksverein Lohnforderungen ein. Die Firma aber hält eine tarifliche Regelung der Löhne auf drei Jahre für undurchführbar. Stundenlohnsteigerung um 2 Pf. vom 1. April 1913 ab und um 1 Pf. vom 1. April 1914 ab kann sie nicht bewilligen. Als Antwort auf die eingereichten Forderungen hat die Firma König sämtliche organisierte Arbeiter ohne weiteres ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Christliche organisieren den Streikbruch.

Bei der von den Porzellanindustriellen vom Jaun gebrochenen großen Arbeiterausperrung war man sehr auf die Stellungnahme der Christlichen in Franken und in der Oberpfalz gespannt, deren Führer schon lange vor dem entscheidenden Schritt der Unternehmer eine höchst verdächtige Haltung eingenommen hatten. Der Verdacht, dass die Christen schließlich den Streikbruch proklamieren würden, hat sich jetzt vollumfänglich bestätigt. Eine Konferenz der christlichen Porzellanarbeiter, die in Marktredwitz tagte, wies die Mitglieder des christlichen Verbandes an, am 4. März, an welchem Tage die Kündigung und zugleich die Frist abließ, zu der die Bedingungen der nicht freigesetzten Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeit entgegengenommen wurde, die Arbeit bedingungslos fortzusetzen. Dieser verräterische Schritt wird mit einer langen gewundenen Erklärung begründet, in der eine Hauptrolle die Behauptung spielt, die christliche Organisation habe keine Möglichkeit, ob die mit Anfertigung von Streikarbeit motivierte Arbeitsniederlegung der Isolatorendreher bei einer Unternehmerverbandsfirma, die bekanntlich den Anlaß zur Aussperrung gab, auf ihre Wahrheit zu prüfen. Der wahre Grund ist, dass die Christlichen im Trüben zu fischen hoffen. Die Suppe wird ihnen aber gewaltig verfallen werden.

Auf der Glasmanufaktur in Lünen a. d. Lippe wurde von dem Besitzer Schulze der Tarif gelündigt. — Der Fabrikant beabsichtigt, eine Lohnreduktion vorzunehmen. Da die Arbeiter sämtlich im Verband der Glasmacher Deutschlands organisiert sind, so haben sie über die Lünen Glasmanufaktur die Sperre verhängt. Die Glasarbeiter werden gebeten, bis auf weiteres Lünen a. d. Lippe zu meiden.

Am Tunnelbau in Schlächtern haben 80 Stollenarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Die städtischen Arbeiter in Würzburg hatten schon vor Monaten um Regelung ihrer Lohnverhältnisse und Gewährung einer Feuerzuzulage von 30 bis 30 M., abgestuft nach der Kinderzahl, nachgesucht. Bezüglich der Löhne war Umwandlung des Stundenlohnes in Wochenlohn und Einteilung in vier Lohnklassen mit Be-

stimmten Anfangs- und Höchstlöhnen gefordert, und zwar: 12 bis 18 M., 19-25 M., 22-28 M., 25-31 M. Zu diesen Forderungen nahm der Magistrat jetzt erst Stellung; die Einführung von Wochenlöhnen und die Feuerzuzulage lehnte er rundweg ab. Dagegen soll ein „automatischer“ Lohn tarif eingeführt werden; der Tagelohn wird für volljährige männliche Arbeiter um 20, für minderjährige und für weibliche Arbeiter um 10 Pf. pro Tag erhöht. Weitere Vorrückungen sollen nicht vor 1915 eintreten.

Die Arbeitseinstellung der Bauarbeiter in Königsberg ist durch Verhandlungen der Organisationen unter dem Vorbehalt eines Unparteiischen und mit Unterstützung der beiderseitigen Zentralvorstände beendet. Trotz größter Bemühung war zunächst eine Einigung zwischen den Ortsparteien nicht möglich, da beide aus dem bestehenden Vertrage das Recht für sich in Anspruch zu nehmen glaubten, strikte auf ihrem Standpunkt zu beharren. In dieser Situation mußte, da beide Teile für die Wiederherstellung des Friedens waren, die Entscheidung einem Unparteiischen übertragen werden. Als solcher wurde ein Magistratsassessor bestimmt. Der von diesem gefällte Spruch besagt, dass die von den Arbeitern erhobene Forderung in vollem Umfange berechtigt und von den Unternehmern auf Grund des geltenden Vertrages zu erfüllen ist.

Beendeter Streik. Der Streik der Mühlenarbeiter bei der Firma H. und J. Weggen in Lübeck, der die Folge der Mängelregelung eines älteren Kollegen war, ist nunmehr nach mehrmonatlicher Dauer beendet worden. Ein Teil der Ausständigen wird vorläufig erst wieder eingestellt.

Ausland.

Die Steuermehreister in St. Margrethen (Schweiz) suchen wiederum in Süddeutschland Leute anzumelden. Sie erklären, die Bewegung sei beendet. Zufällig ist sie seitens der Unternehmerverbände für beendet erklärt worden, von den Arbeitern aber nicht, da verlangt wird, es solle die Arbeit seitens der Ausgesperrten bedingungslos wieder aufgenommen werden. Die Steuermehreister sollen sich Lohnreduktionen und Arbeitszeitverlängerung gefallen lassen. Der Kampf dauert deshalb weiter. Die Löhne sind derzeit schlecht, doch selbst von den 70 pfälzischen Streikbrechern in letzter Zeit etwa 40 abgereist sind, tagtäglich unter Hinterlassung ganz bedeutender Schulden das Feld räumen.

Zur allgemeinen Situation im Steingewerbe der Schweiz ist zu konstatieren, dass wohl im Laufe des Jahres ziemlich Arbeitslosigkeit sein wird. Zum großen Teil sind jedoch die zu machenden Bauten nicht derart präsent, dass sie vor den Monaten Mai oder Juni begonnen werden. Selbst für bereits vergebene Arbeiten werden die Detailzeichnungen vor dieser Zeit kaum herausgegeben werden. Es wäre deshalb ein Zusatz nach der Schweiz zurzeit noch verfrüht, und um diejenigen Steinhauer, welche beabsichtigen, dieses Jahr die Schweiz zu bereisen, besser, noch ein paar Monate abzuwarten.

Verfammlungen.

Zentralverband der Schmiede. Die am Montag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung nahm Stellung zum bevorstehenden Verbandstag, besonders zur Frage der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverbande. Nach längerer Diskussion erfolgte die Abstimmung über mehrere von den Bezirken zu dieser Angelegenheit gestellten Anträge. Eine Resolution, die sich grundsätzlich für die Verschmelzung erklärte, wurde mit 88 gegen 87 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, der die Delegierten der Stahlstelle Berlin verpflichtet, dafür einzutreten, dass die Verschmelzung durch Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit entschieden wird. Den Delegierten in dieser Hinsicht ein gebundenes Mandat zu erteilen, wurde abgelehnt. — Von den Anträgen, die zum Statut vorlagen, wurde einer angenommen, der eine Beitrags-erhöhung von 5 Pf. für die zweite Klasse forderte. — Schließlich stellte die Versammlung die Kandidaten zum Verbandstage auf.

Letzte Nachrichten.

Verhängnisvolle Kesselexplosion.

Eberwalde, 6. März. (Eig. Tel. des „Vorwärts“.) In den Linoleumwerken Nirdorf-Eberwalde in Seegermühle hat sich ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Beim Probieren einer neuen Mischung fing der Kessel Feuer und kam durch Windzug, der durch das Eingreifen der herbeigeholten Löschmannschaften veranlaßt wurde, zur Explosion. Fünf Arbeiter sind tödlich, fünf sehr schwer und eine Anzahl leicht verletzt.

Das Staatsbürgerrecht der Eisenbahnarbeiter.

Darmstadt, 6. März. (B. L. B.) In der zweiten Kammer wurde von sozialdemokratischer Seite eine Anfrage an die Regierung gerichtet über den Erlaß der Eisenbahndirektion Mainz, monach den Arbeitern der Eisenbahnverwaltung bereits bei ihrer Annahme die besondere Stellung zum Bewußtsein gebracht werden soll, welche die Arbeiter einnehmen und die Beschränkungen, denen sie bezüglich Arbeitseinstellung und Beteiligung an sozialdemokratischen und anderen ordnungsföhlenden Bestrebungen unterworfen sind. Finanzminister Braun erklärte darauf, die Regierung sei mit diesem Erlaß vollständig einverstanden, auch wenn sie vorher darüber nicht gefragt worden sei. Für diese Stellungnahme der Regierung sei die Rücksicht auf die Besondere des Staatsbahnbetriebes maßgebend. Das Reichsgesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit werde dadurch nicht beeinträchtigt und ebenso wenig werde das Koalitionsrecht eingeschränkt, da dieses ein wirtschaftliches und kein politisches Recht sei.

Demission des ungarischen Kabinetts.

Budapest, 6. März. (B. C.) Heute nachmittag fand ein Ministerrat statt. Ministerpräsident Graf Kluen Hedervary wird sich heute nach Wien begeben, wo er morgen vom Kaiser in Audienz empfangen werden wird. Wie es heißt, wird er dabei dem Monarchen die Demission des gesamten Kabinetts überreichen, doch gilt es als wahrscheinlich, dass Graf Kluen mit der Neubildung des Kabinetts vom Kaiser beauftragt werden wird, und zwar nicht auf der Basis der definitiven Wehrreform, sondern auf der eines Wehrgesetzprovisoriums, entsprechend dem, das in Oesterreich eingebracht werden soll.

Konferenz der englischen Minister mit den Bergarbeitern.

London, 6. März. (B. L. B.) Premierminister Asquith, Minister des Inneren Grey und Finanzminister Lloyd George hatten heute nachmittag eine Unterredung mit Mitgliedern des ausführenden Ausschusses der Bergarbeiter.

Italienische Roheit.

Paris, 6. März. (B. L. B.) Aus Tunis wird gemeldet: Ein arabischer Knabe, welcher mit anderen Kindern auf der Stadtmauer spielte, schleuderte einen Stein auf einen von zwei italienischen Fußleuten gelenkten Wagen. Diese feuerten ihre Revolver auf die Kinder ab und verwundeten einen achtjährigen Knaben lebensgefährlich. Beide Italiener wurden verhaftet. Da dieser Vorfall die unter den Eingeborenen gegen die Italiener herrschende Erregung auf das höchste gesteigert hat, haben die Behörden in den arabischen und italienischen Vierteln umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Unser Stichwahlabkommen.

IV.

Drei Punkte des Stichwahlabkommens sind es, die Anstoß erregen. Es heißt darin:

1. Die Erklärung der fortschrittlichen Kandidaten zu unserem Stichwahlabkommen ist als ausreichend anzusehen, wenn sie dahingehet, daß die von uns gestellten Bedingungen dem Programm der Fortschrittspartei entsprechen, das der Kandidat als für sich verbindlich erklärt.

2. Die Zentralinstanz der Fortschrittlichen Volkspartei fordert öffentlich nicht auf, für uns zu stimmen, sondern nur unter keinen Umständen einem Kandidaten des schwarz-blauen Blochs eine Stimme zu geben und mit aller Kraft auf die Zertrümmerung des schwarz-blauen Blochs hinzuwirken.

3. Wir „dämpfen“ den Wahlkampf in 16 Wahlkreisen.

Am raschesten kann man wohl den ersten Punkt erledigen. Es ist einfach nicht einzusehen, warum uns die Erklärung des Kandidaten in der vorgeschlagenen Form nicht genügen sollte. Und es wäre ganz überflüssige Mühe, sich den Kopf über die Gründe zu zerbrechen, aus denen die Fortschrittler jene Form wünschsten und es ablehnten, unsere in Jena aufgestellten Stichwahlbedingungen ausdrücklich zu unterzeichnen. Ob es ihnen als eine Demütigung erschien, weil ein Zweifel an ihren programmatischen Grundsätzen, oder was sie sonst bewegte, kann uns gleichgültig sein. Unsere Stichwahlbedingungen in Jena waren in erster Linie doch im Hinblick auf den linken Flügel der Rationalliberalen aufgestellt worden. Wir erwarten wenig von der Volkspartei. Aber, daß sie hinter die Jenaer Stichwahlbedingungen zurückgehe, wird doch niemand im Ernste annehmen. Dazu sind diese viel zu bescheiden.

Auch über den zweiten Punkt ist nicht viel zu sagen. Mander Kritiker entrüstet sich darüber, daß die Fortschrittler nicht den Mut hatten, ihre Anhänger direkt zur Stimmabgabe für uns zu verpflichten. Wenn man sich unter einem Fortschrittler einen ehrernen Demokraten vorstellt, mag man wohl überreicht sein, daß sie nicht entschiedener die Wahl des Sozialdemokraten gegenüber dem Reaktionsär forderten, sondern sie nur indirekt empfahlen. Wer aber die bisherige Praxis der Fortschrittler bei den Stichwahlen kennt, wird in der vorgeschlagenen Wahlparole, durch die sie sich dem Zorn der Rechten aussetzten, bereits eine erhebliche Konzession finden, die uns auch eine erhebliche Reihe von Wahlkreisen zugeführt hätte, wäre sie nur streng eingehalten worden. Daran, daß dies nicht geschah, hatte man alle Ursache, Kritik zu üben, das konnte aber naturgemäß erst nach der Wahl geschehen, nicht vor ihr, und beweist nicht, daß der zweite Punkt des Wahlabkommens verfehlt war, sondern nur, daß er die äußersten Grenzen dessen darstellte, was die Berliner Zentralleitung als Leistung ihrer Wähler in Aussicht stellen durfte.

Die beiden Punkte haben denn auch bisher nur wenig Anfechtung erfahren. Woran aber ein erheblicher Teil unserer Genossen Anstoß nahm, das war die „Dämpfung des Wahlkampfes“. In der Tat, eine neue und auf den ersten Blick recht befremdende Erscheinung.

Mehrfach hat man es als eine bodenlose Unterschämtheit der Fortschrittler bezeichnet, uns ein derartiges Ansinnen zu stellen, und als eine ebenso bodenlose Schwäche des Parteivorstands, es zuzugestehen. Es sei unsere heiligste Pflicht, keine Stunde zu versäumen, die wir der Aufklärung über unsere Ziele widmen könnten und der Parteivorstand habe diese heilige Pflicht mit Füßen getreten, indem er die Aufklärungsarbeit für die Zeit der Stichwahlen in 16 Wahlkreisen auf Geheiß der Fortschrittler verbot.

Ist das wirklich geschehen? Um das beurteilen zu können, müssen wir uns nochmals der Situation nach dem 12. Januar erinnern. Das fortschrittliche Zentralkomitee erkennt, daß eine entschiedene Mehrheit der Linken ohne ausgiebige Unterstützung der Sozialdemokratie nicht möglich sei. Entgegen den bisherigen Gepflogenheiten seiner Parteigenossen beabsichtigte es auch, diese Unterstützung zu veranlassen, aber es mußte dabei mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß sein Auftreten zu unseren Gunsten den Fortschrittler die Wahlhilfe der Konservativen verscherte und in schroffsten Gegensatz verwandelte, die sie sonst in ausgiebigster Weise erwarten durften. Und da erschien es nicht unbillig, wenn die Fortschrittler als Gegenleistung forderten, wir sollten in Kreisen, in denen wir ohne konservative Hilfe nicht siegen konnten, nicht eine Agitation treiben, um diese Hilfe an uns

zu ziehen, die ohne das Abkommen den Fortschrittler zu Gute gekommen wäre.

Daß man die „Dämpfung“ der Agitation in diesem Sinne auf, dann verliert sie allen Anstrich eines Verbots der Aufklärung der Massen über unsere Ziele.

Die sozialistische Propaganda wird in der Stichwahlagitation stets beengt sein, außer in Fällen, wo der Vorsprung unseres Kandidaten über den Gegenkandidaten so groß ist, daß es nur der Heranziehung unserer Reserven bedarf, um sicher zu siegen. In Fällen, wo wir auf gegnerische Stimmen angewiesen sind, um zu siegen, wird in der Regel die sozialistische Aufklärung über unsere Ziele nicht sehr lebhaft in den paar Tagen der Agitation zur Stichwahl betrieben werden. Man wird bei solcher Agitation naturgemäß jene Seiten unserer Tätigkeit in den Vordergrund schieben, an denen einzelne Schichten unserer Gegner, die dem Proletariat ökonomisch nahe stehen, interessiert sind. Dabei unseren Standpunkt zu wahren und doch Eindruck auf jene gegnerischen Schichten zu machen, die wir gewinnen wollen, ist nicht leicht. Durch die „Dämpfung“ der Stichwahlagitation in solchen Kreisen wird kaum eine Gelegenheit veräußt, prinzipielle sozialistische Propaganda zu treiben. So wichtig, ja, in gewissem Sinne unerlässlich die Agitation vor der Hauptwahl für die Aufklärung der Massen ist, so geringfügig ist der Nutzen der Stichwahlagitation in dieser Beziehung, wenigstens in Wahlkreisen, in denen konservative Elemente die Stichwahl entscheiden und unser Sieg von diesen, nicht von unseren Reserven abhängt. Und um solche Wahlkreise handelte es sich.

Auf der anderen Seite kam jener Gesichtspunkt in Betracht, den wir schon im vorigen Artikel erörtert: die große propagandistische Kraft, die uns erwachsen konnte, wenn unsere Partei als die stärkste in einer starken Linken aus dem Wahlkampf hervorging — ein Resultat, nicht zu erreichen ohne das Stichwahlabkommen. Da erstand nicht die Frage, sollen wir unsere Propaganda einschränken, sondern vielmehr die Frage, was ist wichtiger für unsere propagandistische Kraft, die Reden und Flugblätter, durch die wir in den 16 Wahlkreisen während der paar Tage vor der Stichwahl zu deren Wählern zu sprechen vermögen, oder die überragende Stellung unserer Partei während der fünf Jahre des kommenden Reichstags in ihren Einwirkungen auf ganz Deutschland?

Das ist die entscheidende Frage für die Beurteilung unseres Stichwahlabkommens. Je nach ihrer Beantwortung wird man es gut heißen oder ablehnen. Diese Beantwortung selbst wird aber wieder in hohem Maße von der Bedeutung abhängen, die man der Stellung und Tätigkeit unserer Partei im Reichstag und den Parlamenten überhaupt für die Klassenkämpfe des Proletariats, dessen Aufrüttelung und Organisierung als Klassenpartei beimißt. Wer darüber geringschätzig denkt, wird natürlich das Stichwahlabkommen verwerten müssen. Aber mit den Argumenten der direkten Massenaaktion, die man dagegen ins Feld führt, könnte man jede Beteiligung an den Stichwahlen, ja schließlich die Wahlbeteiligung selbst für unnütz erklären.

Gänzlich deplaciert ist jene Entrüstung darüber, die so weit geht, in der „Dämpfung“ der Wahlagitation ein verstedtes Aufgeben der 16 Wahlkreise zu sehen und zu erklären, da hätte man lieber gleich offen dort unsere Kandidaten zurüklziehen sollen. Etwas derartiges war tatsächlich von fortschrittlicher Seite gefordert worden, davon konnte aber unter keinen Bedingungen die Rede sein. Das hieß etwas ganz anderes, als die „Dämpfung“ des Wahlkampfes. Wie wenig diese die Wähler unserer Partei beirrt hat, zeigt folgende Tabelle:

Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten Stimmen:

Wahlkreis	Hauptwahl	Stichwahl	
		Zunahme (+) oder Abnahme (-) bei der Stichwahl	Stimmen
1. Oberbarnim	8 571	8 964	+ 393
2. Piesnitz	10 678	11 970	+ 1 292
3. Schönau-Hirschberg	8 185	9 299	+ 1 114
4. Apertade-Flensburg	7 977	10 317	+ 2 340
5. Lauenburg	8 908	8 721	- 187
6. Jagen	28 184	24 781	- 3 403
7. Dithmarschen	12 180	2 082	- 10 098
8. Salm	6 254	6 882	+ 628
9. Walingen	8 752	10 570	+ 1 818
10. Reiningen	9 822	10 706	+ 884
11. Schaumburg	8 413	8 987	+ 574
12. Lippe-Dehmold	7 814	8 171	+ 357
13. Oldenburg I	10 285	11 128	+ 843
14. Oldenburg II	13 014	13 925	+ 911
15. Nordhaujen	7 462	8 244	+ 782

Marg als Erbe und Vollender der klassischen Nationalökonomie entwickelt hat, uns verstehen läßt, was von Knapp nur benannt wird.

Politisch ist Knapp nicht besonders hervorgetreten. Doch hat er aus seinen sozialpolitischen Überzeugungen nie ein Heiß gemacht, und er gehörte in den siebziger Jahren zu jenen, die gegen das herrschende Manchesterium die Notwendigkeit der Sozialpolitik proklamierten und deshalb von der liberalen Schule und den liberalen Politikern als Kathedersozialisten verspottet wurden.

Es ist nicht uninteressant, bei dieser Gelegenheit an einen Aufsatz zu erinnern, den der „Volkstaat“ am 5. März 1873 unter dem Titel „Ein ehelicher Kathedersozialist“ über Knapp veröffentlichte. Knapp hatte in Leipzig einen Vortrag über die Freihandelskämpfe in England gehalten und nachgewiesen, wie diese Kämpfe nicht um Volksrechte, sondern um Klasseninteressen geführt worden. Er hatte gezeigt, wie die Manchesterleute nach ihrem Siege die Versprechungen, die sie dem Proletariat gemacht, gebrochen hatten und im Anschluß daran scharf die Lässigkeit und Bequemlichkeit kritisiert, mit der die deutsche Manchesterpartei der Arbeiterbewegung zusehender habe. Dazu hatte damals der „Volkstaat“ geschrieben:

„Die Art und Weise, wie Professor Knapp die gegenwärtige Gesellschaftskrise aufsaßt, stimmt durchaus mit der sozialistischen Auffassung überein, ist die sozialistische Auffassung. Es ist ein Klassen-, ein Interessenkampf, in dessen Mitte wir jetzt stehen; und wenn die herrschenden Klassen von „Volksrechten“ sprechen, so geschieht das bloß, um den Beherrschten und Ausgebeuteten Sand in die Augen zu streuen, und das dumme, leichtgläubige Volk aufzufacheln, daß es für seine Feinde die Kationen aus dem Feuer holt. Wie die Arbeiter in England von der Bourgeoisie genaschäftigt und mißbraucht worden sind, so in Frankreich, in Deutschland, überall, wo es Bourgeoisie und Proletariat gibt. Daß die herrschenden Klassen die Beherrschten bis zu einer gewissen Grenze auch geistig beherrschen, liegt in der Natur der Dinge; denn sie besitzen nicht bloß die materiellen, sondern auch die geistigen Machtmittel, indem sie über die Schule, die Kirche, die Presse verfügen. Die Grenze dieser geistigen Herrschaft ist die Erkenntnis der beherrschten Klasse, daß die

Sehen wir von Dithmarschen ab, wo die Genossen über das im Abkommen geforderte hinausgingen und jeden Kampf einstellten, dann finden wir fast in jedem der 16 Wahlkreise trotz der „Dämpfung“ einen Stimmengewinn, obwohl schon bei der Hauptwahl die Beteiligten eine außerordentlich hohe gewesen. Was uns bei jenen Stichwahlen fehlte, waren sicher nicht die Reserven unserer Partei, sondern fast ausschließlich konservative Elemente — diese Worte im umfassendsten Sinne genommen, also Zentrum usw. mitgerechnet.

Zwei dieser 16 Wahlkreise haben wir auch tatsächlich in der Stichwahl erobert. Das soll beweisen, daß der Parteivorstand, der sie zu den „ausichtslosen“ gerechnet hatte, sich bei der Beurteilung der Sachlage irrte. Aber sie hatten als ausichtslos gegolten für den Fall, daß die Konservativen für den Fortschritt eintraten. Nordhaujen wurde wohl gerade durch das Stichwahlabkommen gewonnen. Dieses Abkommen hatte die Antisemiten und Konservativen so sehr gegen den Freisinn verärgert, daß sie zu Hause blieben und so den Sieg des Genossen Cohn ermöglichten, der ausgeschlossen war, wenn jene Elemente sich auf Seite des Freisinns schlugen. Die Einbeziehung des Wahlkreises Jagen in das Abkommen aber beruhte auf einem Mißverständnis und wurde sofort tatsächlich rektifiziert.

Daß in keinem der betroffenen Wahlkreise die Genossen von dem Stichwahlabkommen entzückt waren, ist begreiflich. Es war in der Tat eine harte Zumutung, die ihnen gestellt wurde: nach monatelangem, opfervollem Wahlkampf waren sie endlich so weit, ihren Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Und nun, unmittelbar vor der entscheidenden Schlacht, als sie sich anschickten, den letzten Nerv anzufragen, um den Gegner in den Sand zu strecken, was wenigstens den sanguinischen unter ihnen erreichbar erschien, sollten sie den eigenen Eifer dämpfen!

Es war eine starke Anforderung an die Disziplin unserer Genossen: übertrieben stark, wenn man die „Dämpfung“ des Wahlkampfes zu wörtlich nach den Anweisungen des Parteivorstandes aufsaßt. Auf mehr durften die Fortschrittler doch nicht Anspruch erheben, als daß wir den Kerger der Konservativen über die fortschrittliche Stichwahlparole nicht für uns ausnützten und uns zu diesem Zwecke der Agitation in den Wahlkreisen enthielten, in denen die Konservativen zwischen uns und den Fortschrittler entschieden. Wenn aber das Abkommen zu dieser Dämpfung unter anderem auch die Verpflichtung rechnete, den Wählern keine Stimmzettel zuzustellen und am Wahltag keine Schleppeidienste zu verrichten, so überschritt es damit die Grenzen der der Situation Entsprechenden, ja, des Erreichbaren. Denn den Parteigenossen in den erregten Zeiten einer Wahl unmittelbar vor der Entscheidung jede Betätigung, nicht nur agitatorischer, sondern auch organisatorischer Art verjagen wollen, heißt unmögliches von ihnen verlangen.

Und ebensowenig am Platze war die Heimlichkeit, mit der das Abkommen eine Zeitlang behandelt wurde. Gewiß sind vertrauliche Besprechungen in solcher Situation nicht zu umgehen und es geht nicht an, Mitteilungen oder Verhandlungen, die ein Dritter im Vertrauen mit uns gepflogen, ohne seine Zustimmung aller Welt mitzuteilen.

Aber die Ergebnisse solcher Abmachungen, soweit sie Aktionen unserer Partei bedingen, müssen ihr mitgeteilt werden. Unsere Partei kann und darf keine Verpflichtungen eingehen, die sie nicht selbst nachzuprüfen vermag. Sollten die Fortschrittler Grund gehabt haben, zu wünschen, daß das ganze Abkommen ein Geheimnis bleibe, dann durfte es überhaupt nicht abgeschlossen werden. So nützlich uns das Abkommen auch erscheint, um den Preis der Umwälzung unserer demokratischen Grundzüge dürfte es nicht erkauf werden.

Das wollte aber der Parteivorstand sicher auch gar nicht. Hat er doch selbst zur Kritik seines Stichwahlabkommens aufgefordert. Bedauerlich ist bloß, daß dies nicht früher geschah und daß dadurch der Ansehen erweckt wurde, als handle es sich hier um Dinge, die das Licht der Welt zu scheuen hätten.

Das dürfte manchen Genossen gegen das Abkommen eingemommen haben, der es sonst gebilligt hätte.

Wer sich durch diese anscheinende Heimlichkeit nicht bestimmen läßt, das Stichwahlabkommen als Produkt einer bestimmten Situation prüft und einzelne Details der Dämpfung nicht allzusehr beurteilt, da es sich hier um ein noch nie verführtes Experiment handelt, das keine lange Vorbereitung und Ueberlegung gestattete, der wird wohl mit uns zu der Ueberzeugung kommen, daß der Vorstand bei seinem Abschluß im ganzen und großen vollkommen zweckmäßig gehandelt hat.

Interessen der herrschenden und der beherrschten Klasse einander feindlich sind, daß hinter den Schmeicheleien der Herrschenden für die Beherrschten nur Eignung und Arglist lauern, daß jeder Dienst, den die Beherrschten den Herrschenden leisten, die Macht der letzteren vermehren, die Ketten der ersteren befestigen muß. Der schwerste Teil des menschlichen Befreiungswerkes ist es, den Unterdrückten und Ausgebeuteten diese Erkenntnis beizubringen. Haben sie dieselbe erlangt, so sind sie schon zu Dreivierteln frei — der Rest findet sich. Unsere Partei legt darum den Hauptaugenmerk darauf, in dem Arbeiter das Klassenbewußtsein zu erwecken. Nicht, damit er seinerseits nach Klassenherrschaft strebe, sondern damit er sein Alles daran setze, die Klassenherrschaft durch Aufhebung des Klassenprinzips vermittelst der genossenschaftlichen Produktion prinzipiell zu vernichten. Wer aber die gegenwärtige gesellschaftliche Krise als Klassenkampf aufsaßt, steht auf dem Standpunkt des wirklichen Sozialismus, nicht des „Kathedersozialismus“.

Wenn aber dann das Organ der Eisenacher Arbeiterpartei hinzukommt, Knapps Vortrag beweise, daß die Wahrheit sich allmählich durchbohrt, und daß zwar nicht der Kathedersozialismus unter die Arbeiter, wohl aber der Arbeitersozialismus auf die Katheder dringt, so wissen wir heute, daß in Deutschland die Staatsmacht schon dafür sorgt, daß der Sozialismus den Kathedern ferngehalten wird und erinnern uns des skeptischen Wortes, das Victor Adler einmal geprägt hat, wonach Kathedersozialisten jene heißen, die den Sozialismus fortgemoren haben, um den Katheder zu behalten.

Auf Knapp aber darf dieses Wort nicht angewandt werden. Er ist stets ein aufrechter Charakter gewesen, der aber sein Betätigungsfeld nie auf dem politischen Kampfplatz, sondern stets in der stillen Gelehrtenstube gesucht hat. Und am Abend seines Lebens, den er in völliger geistiger und körperlicher Frische verbringt, darf er sich sagen, daß er nicht vergeblich gearbeitet hat. Er hat die wissenschaftliche Erkenntnis gefördert, und wir, die wir danach streben, daß unsere Politik nichts anderes ist, als angewandte Sozialwissenschaft, können ihm gern dafür danken.

Georg Friedrich Knapp.

Knapp, der Strahburger Professor der Nationalökonomie, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Er ist am 7. März 1842 in Giech geboren, war ein Schüler des berühmten Berliner Statistikers Eward Engel und wurde dann Direktor des Statistischen Bureaus der Stadt Leipzig und Professor der Nationalökonomie zuerst in Leipzig und dann in Strahburg. Als Statistiker hat Knapp eine Reihe interessanter Beiträge namentlich zur Lehre der Bevölkerung geliefert. Seine bedeutendste Leistung aber liegt auf dem Gebiete der Agrargeschichte. Sein zweibändiges Werk „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Provinzen Preußens“, das 1887 erschien, ist in vieler Beziehung grundlegend geworden und hat zu zahlreichen ähnlichen Untersuchungen im In- und Auslande geführt. Namentlich der Legendenbildung, die sich an die Bauernbefreiung von 1816 knüpft, macht Knapp in diesem Werke gründlich ein Ende und weist nach, wie die gepriesene Reform unter dem Einfluß der Junker die Bauern nicht nur von den Lasten, sondern zugleich von dem größten Teil ihres Eigentums befreit hat. Leider wirkt die Darstellung unzureichend, wo sie die zweite Bauernplünderung von 1848 als schildert. Auf diese Hauptfrage folgten 1891 vier Vorträge, die „Die Landarbeiter in Ansdtschaft und Freiheit“ betitelt sind, sowie eine größere Anzahl spezieller Arbeiten und Aufsätze zur Agrargeschichte.

Ein ganz anderes Gebiet behandelt die „Staatliche Theorie des Geldes“, die 1905 erschien. Ist Knapp als Historiker und Statistiker ein bedeutender Förderer der Wissenschaft gewesen, so wird seine Geldtheorie wohl als der interessanteste Versuch einer Systematik und Neubearbeitung moderner Gelderscheinungen angesehen werden können, jedoch gesagt werden müssen, daß sie unsere ökonomische Erkenntnis von dem Wesen des Geldes nicht bereichert. Hier zeigt sich die spezifische Schwäche des Historikers, der meint, daß auch die komplizierten Erscheinungen kapitalistischer Wirtschaft durch einfache Beschreibung restlos erkannt werden können, während doch erst die theoretische Begründung der ökonomischen Erscheinungen, wie sie

Wiederholungs, ob dieses Experiment eine Wiederholung finden wird, ist eine andere Frage. Es ist aus einer bestimmten Situation geboren, durch sie zu verstehen und zu reifen. Sollte diese Situation sich wiederholen, dann hielten wir es ebenso wie diesmal für einen Fehler, ein uns angebotenes Stichwahlabkommen ähnlicher Art abzulehnen. Aber ein solches ist nicht zu erwarten. Denn die Situation, die es gebär, wird sich so leicht nicht wiederholen.

Das Kennzeichen dieser Situation ist die Schwärzung der Fortschrittler nach links, eine Schwärzung jedoch, unentworfenes und zaghaft ausgeführt. In seiner jetzigen unklaren Stellung kann aber der Liberalismus nicht lange bleiben. Entweder muß er die Konsequenzen seiner kriegerischen Haltung gegenüber der Regierung und dem schwarzen Blau ziehen, seine Kampfstellung stärker betonen. Dann gerät er in so unheilvollen Gegensatz zu den Parteien der Rechten, daß bei einer künftigen Reichstagswahl jede Aussicht für ihn schwindet, auf den konservativen Krüden wieder in den Reichstag zu kommen. Jedes besondere Stichwahlabkommen zwischen den Fortschrittler und uns wird dann überflüssig. Dies würde ja nur durch ihre schwankende Haltung notwendig. Es verzieht sich ohne weiteres von selbst, daß sie bei Stichwahlen für uns stimmen, wie wir für sie.

Es kann aber natürlich auch anders kommen. Die kapitalistischen Elemente im Fortschritt können das Uebergewicht über die radikalisierenden gewinnen und sie können ihn zwingen, pater peccavi bei Scharfmachern und Agrariern zu sagen. Das müßte sofort den schärfsten Gegensatz zwischen Fortschrittler und uns herbeiführen und jeder Möglichkeit eines Stichwahlabkommens gründlich ein Ende machen.

Ein weiteres Stichwahlabkommen mit dem Fortschritt muß entweder überflüssig oder unmöglich werden — eine andere Partei aber, mit der wir zu einem solchen Abkommen gelangen könnten, existiert zurzeit nicht. Es dürfte also ein vereingeltes Experiment bleiben — ein interessantes Experiment, aber keines, das uns heute noch sehr aufzuregen braucht, mag es uns nun gelingen oder verunglückt erscheinen. Seine Diskussion ist notwendig geworden. Aber da sie unsere praktische Politik nur noch in höchst indirektem Wege zu beeinflussen vermag, kann das Für und Wider in voller Seelenruhe abgetoget werden. Und je ruhiger es geschieht, um so besser für die Partei.

Aus der Partei.

Heinrich Kämpchen gestorben.

Der Bergarbeiterdichter Heinrich Kämpchen ist am 6. März in Linden a. d. Ruhr im Alter von 64 Jahren gestorben. Kämpchen war der Sänger des Bergarbeiterproletariats, dessen Leiden und Hoffnungen er in kraftvollen Kampfgedichten geformt hat. Aber neben den ergepanzten Strophen des Klassenkampfes hat er aus der Liebe zu seiner Heimat heraus auch zart und romantisch anmutende Heimat- und Naturdichtungen, Kämpfer und Dichter in einer Person zu sein, darin lag sein Glück und seine Bedeutung.

Aus den Organisationen.

In einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau gab der Vorsitzende des Wahlkomitees, Genosse Böbe, einen Rückblick auf die Reichstagswahlen in den beiden Breslauer Kreisen und über die Tätigkeit des Wahlkomitees. Der Ausfall der Wahlen ist ein befriedigender. Neben einem großen Stimmenzuwachs von 11 000 gelang es, beide Breslauer Kreise wieder zurückzuerobert. Im Gegensatz zum Reichstagswahlkampf zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der im Breslauer Wahlkampf 18 zum Teil der schmutzigsten Flugblätter in ungeheurer Zahl verbreitet, ließen sich die bürgerlichen Parteien mit der eigentlichen Agitation bis nach Weihnachten Zeit. Die sozialdemokratische Partei hat mit rund 75 000 Flugblättern die Schläge der Gegner wirksam pariert. 610 000 Flugblätter wurden durch die opferwillige Hilfe der Genossen unentgeltlich verbreitet. Bei der Stichwahl in Breslau-Ost wurden durch persönliche Rücksprache rund 2100 Wähler, die bei der Hauptwahl nicht gewählt hatten, an die Wahlurne gebracht. Versammlungen wurden insgesamt 25 abgehalten, in denen fast zum größten Teil die Kandidaten Bernstein und Bauer sprachen. Von auswärtigen Rednern sprachen die Genossen Südekum, Pirsch, Robert Schmidt und das österreichische Reichsratsmitglied Noll aus Troppau. Die Gesamtergebnisse für beide Breslauer Wahlkreise inklusive der Stichwahl in Breslau-Ost betragen etwa 18 000 Wähler. Von den bürgerlichen Parteien haben sich die freisinnigen den Wahlkampf in Breslau-West 12 000 W. verloren. Die konservativen veranlagten in Breslau-Ost 18 000 W., die Nationalliberalen mit ihrer amerikanischen Agitation allein in Breslau-Ost 30 000 W. Die politische Organisation hat während der Wahlbewegung erfreuliche Fortschritte gemacht. Zurzeit gehören dem sozialdemokratischen Verein über 10 000 Mitglieder an. Ebenso hat der Abonnementstand der „Volksmacht“ außerordentlich günstige Fortschritte gemacht. Seit Oktober vorigen Jahres ist ein Zuwachs von 7000 Abonnenten zu verzeichnen.

An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere Diskussion, in der von einigen Rednern eine gründliche prinzipielle Durchbildung der Parteigenossen gewünscht und von der Fraktion ein entschiedeneres Betonen des Klassenkampfes gefordert wurde. Von anderer Seite wurde dagegen wieder betont, daß man zu der neu gewählten Reichstagsfraktion das größte Vertrauen haben kann. Dem Wahlkomitee wurde hierauf einstimmig die höchste Zufriedenheit für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

Noch ein Austritt aus der italienischen Parlamentarfraktion.

Rom, 4. März. (Eig. Ber.) Dem Beispiel Bissolatis und Bonomis folgende, ist nun auch Genosse Angelo Cabrini in Erwartung des Parteitag aus der sozialistischen Parlamentarfraktion ausgetreten. Somit haben die drei Abgeordneten, die während der letzten Ministerkrise als Minister und Unterstaatssekretäre ins Auge gefaßt worden waren, sich bis auf weiteres von der Parlamentarfraktion zurückgezogen.

Die sozialistischen Lehrer in Belgien.

Die erste Versammlung des Vereins sozialistischer Lehrer in Mons nahm namentlich Stellung zu der Landes-Lehrerversammlung. Man war einig darin, daß die zu schaffende sozialistische Landesorganisation der sozialistischen Lehrer in keinerlei Konkurrenz zu der bestehenden, rein beruflichen Vereinigung treten sollte. Vielmehr wurde festgestellt, daß die Organisation dem alten Verbande in vielen nützlichen Dingen, wie sie in ihm wiederum ein Mittel zur Verbreitung der sozialistischen Ideen und zum Schutze der Interessen ihrer Mitglieder erkennt. Im Endzweck, der vollkommenen Wahrung der Interessen der Schule, der Lehrer und der Kinder, stimmten beide Vereinigungen überein.

Ein sozialistisches Experiment in Marokko.

Paris, 4. März. (Eig. Ber.) Genosse Lucien Deslinières, ein Gelehrter, der sich zur marxistischen Gruppe der französischen Sozialisten zählt, aber schon früher eine Neigung zu utopistischen Schräullen gezeigt hat — so hat er ein Gesetzbuch für die sozialistische Gesellschaft verfaßt —, ist an die Fraktion der geeinigten Partei mit einem Projekt herantretend, das die Gründung einer sozialistischen Kolonie in Marokko mit Staatshilfe zum Gegenstand hat. Deslinières schlägt für diesen Versuch, von dem er sich eine entscheidende propagandistische Wirkung verspricht, das Gebiet des Sebou vor, das zwischen der spanischen Zone und der Sahara am Atlantischen Ozean liegt und einen Flächeninhalt von 14 000 Kilometern hat. Da dort noch keine kapitalistische Unternehmung besteht, wäre eine Expropriation unnötig. Die eingeborenen Kleinrentner sollen in ihrem Besitz unangetastet bleiben. Deslinières ist überzeugt, daß sie ihn später der Gemeinschaft freiwillig übergeben werden, sobald sich die Vorteile des sozialistischen Betriebes kundgeben werden. Vorläufig wird dieser die „Habu“ genannten, brach liegenden Ländereien urbar machen, die nach mohammedanischem Recht herrenlos sind. Es gibt in dieser Gegend ausgedehnte Sumpfländereien, von deren Trockenlegung sich Deslinières die Gewinnung eines außerordentlich fruchtbaren Ackerlandes verspricht, das Hunderttausende von Kolonisten ernähren könnte, während das kapitalistisch bewirtschaftete Algerien, das Frankreich 4 Milliarden gekostet hat und noch immer einen jährlichen Zuschuß von 83 Millionen fordert, nur 20 700 französische Grundbesitzer zählt. Als weiteren Vorteil für Frankreich führt Deslinières an, daß diese als Militär organisierten Kolonisten die Kosten eines Armeekorps ersparen würden. Und das alles soll nur 100 Millionen kosten, die in Jahresraten von 10 Millionen beizustellen sind.

Die Verwirklichung dieses Projekts soll durch die direkte Regie des Staates erfolgen, da die internationalen Verträge mit ihrer Vorschrift der freien Ausschreibung für private Konzessionen die genossenschaftliche Form ausschließen. Die ersten Verwalter sollen von der Regierung im Einvernehmen mit der sozialistischen Partei (1), die späteren von den Kolonisten ernannt werden.

Wie haben den kuriosen Vorschlag darum so ausführlich wiedergegeben, weil die Fraktion beschloßen hat, ihn mit dem Autor gemeinsam zu prüfen. Deslinières wird in diesen Tagen eine Schrift über diesen Gegenstand erscheinen lassen und bittet die Genossen, einzuweisen mit ihrem Urteil zurückzuhalten. Diesem Wunsch kann leicht Genüge geschehen, wenn man auch die Verwunderung darüber nicht unterdrücken kann, daß ein in der Geschichte der sozialen Bewegung so untergeordneter Sozialist mit Hilfe des bürgerlichen Klassenstaates das Experiment einer agrar-kommunistischen Kolonie wiederholen will, dessen Gelingen oder Mißlingen unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen des Kapitalismus weder für noch gegen die sozialistische Umgestaltung der bestehenden Produktionsweise beweisen könnte.

Die Erklärung gegen den zarischen Justizmord an den sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma wird auch von den österreichischen sozialdemokratischen Abgeordneten unterzeichnet werden.

Hartnäckige Wähler. In Fohly bei Greiz fand zum drittenmal die Wahl eines Stellvertreters des Gemeindevorstandes statt. Bei den ersten beiden Wahlen war der von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagene Barbier Seifert gewählt worden, dem die Ausschichtsbehörde beide Male die Genehmigung versagte. Bei der jetzt vorgenommenen dritten Wahl wurde Seifert wiedergewählt.

Jugendbewegung.

Polizeiliche Belästigungen.

Am Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, waren in Berlin etwa 100 Jugendliche zu einer Besprechung über die neueren Vorgänge in den Fortbildungsschulen in den „Ritterhöfen“ versammelt. Als der Referent etwa 10 Minuten gesprochen, erschien ein Kriminalbeamter im Saal. Der Aufforderung, sich zu entfernen, kam er nicht nach. Dem Leiter der Versammlung erklärte er: „Ich komme in Auftrag des königlichen Polizeipräsidenten und werde an dieser Versammlung teilnehmen.“ Auf den Einspruch des Vorsitzenden, daß nach dem Vereinsgesetz diese Versammlung nicht überwacht werden dürfe, erwiderte der Beamte: „Ich will auch nicht überwachen; mein Auftrag lautet, an der Versammlung teilzunehmen, um zu hören, was hier vorgeht; ich werde also hierbleiben.“ Nach einer kurzen Ansprache des Referenten, in der diese neue Polizeibelästigung gekennzeichnet wurde, verließen die Teilnehmer, welche es ablehnten, unter Polizeiaufsicht zu gehen, geschlossen die Versammlung. Am Ausgang war ein Leutnant mit mehreren Schulheuten in Bereitschaft, die Ordnung aufrechtzuerhalten! Es gab aber nichts zu tun. Die Begeisterung der jungen Leute für die proletarische Jugendbewegung wird durch solche polizeilichen Aktionen natürlich nur erhöht.

Aus Industrie und Handel.

Der ostelbische Kampf gegen die Schnapsliebeshgabe.

Die Organisation der deutschen Brenner, der Bewertungsvorband deutscher Spiritusfabrikanten, hielt kürzlich ihre diesjährige Generalversammlung ab. Bekanntlich bildet diese Organisation mit der Zentrale für Spiritusverwertung, dem Verbande der Spiritusfabriken, zusammen die Spirituszentrale. Es war deswegen zu erwarten, daß die deutschen Kartoffelfabrikanten die Gelegenheit benutzen würden, ihre Liebeshgabe zu verteidigen. Es kam eigentümlicher Weise diemal anders.

Kretsch, der Reichstagsabgeordnete und 80 000 Mark-Direktor der Spirituszentrale, erklärte unter anderem, die Liebeshgabe sei nur für die Süddeutschen und die Mitteldeutschen von Vorteil, die Ostelbier würden am liebsten die ganze Kontingentierung und damit auch die Liebeshgabe völlig beseitigt sehen! Und wer mit dieser mehr als verwunderlichen Äußerung nicht zufrieden ist, möge Kretsch's schöne, mit ostelbischem Pathos vorgetragene Abschöpfung der Liebeshgabe wörtlich nachlesen, sie lautet: „Es wäre eine Verleugnung des genossenschaftlichen Geistes, wenn die Ostelbier, lediglich, um sich von dem Stigma der Liebeshgabschänder zu befreien, ihre Gewerlegenossen in Mittel- und Süddeutschland der irreführenden Volkswut als Opfer vorwerfen wollten.“ Diesen Worten folgte nicht etwa stürmischer Beifall, sondern jubelnder Beifall der versammelten Schnapsagrarier.

Prüfen wir den „genossenschaftlichen Geist“ der Ostelbier in dieser Frage einmal etwas näher, sehen wir zu, was der Heldennut der Ostelbier, die sich lieber selbst der „irreführenden Volkswut“ aus-

setzen als ihre kleinen süddeutschen und mitteldeutschen Brennergenossen, für einen Kurzwert hat. Die Alkoholherstellung erfolgt heute in Deutschland vor allem aus Kartoffeln, dann auch aus Getreide, Melasse und Obst, daneben noch aus einigen anderen Produkten. Von den 1900/10 erzeugten 3,8 Millionen Hektoliter Alkohol wurden 2,92 Millionen Hektoliter in Kartoffelbrennereien, 500 000 Hektoliter in Getreidebrennereien, 78 000 Hektoliter in Melassebrennereien und 38 000 Hektoliter in Obstbrennereien hergestellt; der Rest der Produktion verteilt sich auf die wirtschaftlich belanglosen Methoden.

Nebenbei sei bemerkt, daß für die deutsche Kartoffelproduktion, die im Erntejahre 1900 4,7 Millionen Tonnen betrug, der Schnapsalkoholverbrauch fast gar nicht ins Gewicht fällt, machte er doch 1900/10 ganze 2,9 Millionen Tonnen, also zirka sechs Prozent der deutschen Kartoffelproduktion aus. Die Schnapsbrenner sind auch als Kartoffelverbraucher nicht unentbehrlich!

Um feststellen zu können, welche Liebeshgaben Summe jede der verschiedenen Alkoholproduktionsarten alljährlich bedommt, muß geprüft werden, wie hoch die Kontingentanteile sind. Auch hier nehmen wir die Zahlen von 1900/10. Das deutsche Gesamtkontingent betrug damals noch 2,25 Millionen Hektoliter, jetzt ist es bekanntlich zur Sicherung der Liebeshgabe auf 1,75 Millionen Hektoliter herabgesetzt worden. Auf die deutschen Kartoffelbrennereien entfielen 1900/10 1 860 462 mal 20 R. — Kontingent der Kartoffelbrennereien und Hektoliterliebeshgabe —, also 37 209 240 Mark Liebeshgabe! Die Getreidebrennereien erhielten 6,8 Millionen Mark, die Melassebrennereien 1,4 Millionen Mark, die Obstbrennereien 161 000 R. Es kommt nun darauf an, erstens einmal festzustellen, ob die landwirtschaftlichen oder die gewerblichen Brenner aller Art den größten Liebeshgabenanteil haben. Zweitens ist festzustellen, wo die Liebeshgabeneinpänger sitzen, in Ost- und Norddeutschland oder in Mittel- und Süddeutschland.

Werden die wichtigsten beiden Arten der Schnapsbrennerei, die Kartoffel- und die Getreidebrennerei, nach landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmungen getrennt und ihre Produktionsmenge an Alkohol pro 1900/10 festgestellt, so ergibt sich folgendes schöne Bild: Landwirtschaftliche Kartoffel- und Getreidebrennereien bestanden 1900/10 in Deutschland 13 170, sie brannten 8 184 000 Hektoliter Alkohol und erhielten rund 40,8 Millionen Mark Liebeshgabe! Gewerbliche Brennerbetriebe der eben bezeichneten Art bestanden 1900/10 mit einer Produktion von 348 000 Hektoliter und einem Liebeshgabenanteil von 2,7 Millionen Mark!

Demnach ist es also die Landwirtschaft, welche den allergrößten Teil der Schnapsliebeshgabe schluckt. Es bleibt nun nur noch festzustellen übrig, wo im besonderen die Kartoffelbrennereien liegen, die allein 85 Proz. aller deutschen Alkoholproduktion — 2,9 Millionen Hektoliter von 3,8 Millionen — überhaupt in ihren Händen haben. Nach Kretsch's Rede müßte angenommen werden, daß die Mehrzahl der rund 6000 deutschen Kartoffelbrennereien in Süddeutschland liegen. In Wirklichkeit liegen die Brenner aber so, daß alljährlich 90 bis 95 Prozent der Schnapsalkohol in den östlichen Provinzen Deutschlands und in Preußen, Königreich Sachsen und Anhalt verbräutet werden! Es steht also fest, daß die Mehrzahl nicht nur der landwirtschaftlichen Brenner überhaupt, sondern auch der Kartoffelbrennereien in den Gefilden der Ostelbier liegt, damit flieht natürlich auch die Liebeshgabe vor allen Dingen in ostelbische Taschen!

Die 18 deutschen Melassebrennereien erhielten 1900/10 1,6 Millionen Mark Liebeshgabe, und die rund 53 000 süddeutschen Obstbrennereien mit ihrer Gesamtproduktion von ganzen 37 700 Hektoliter Alkohol bekamen 161 000 R. Liebeshgabe. Also im Durchschnitt für jede Brenner rund 3 R., einen Taler!

Und diese 53 000 Taler der süddeutschen Kleinbrennereien verteidigen die um Kretsch mit ihren 41 Millionen Mark Liebeshgabe!

So steht der genossenschaftliche Geist der Ostelbier aus, das ist kein gewöhnlicher Geist mehr, das ist ostelbischer — Spiritus!

Soziales.

Die Kündigung am Sonntag.

Nach § 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs tritt an Stelle des Sonntags der vorhergehende Werktag als letzter Tag einer Frist, innerhalb deren eine Willenserklärung abgegeben ist. Auf diesen Paragrafen berief sich ein Reisender in Södingen, der vor dem dortigen Kaufmannsgericht die ihm am 31. Dezember v. J. einem Sonntag, zugegangene Kündigung als zu spät erfolgt ansah. Sonn- und Feiertage seien als Kündigungsstage geschäftlich ausgeschlossen, ebenso sei es allgemeine Verkehrsweise, am Sonntag nicht zu kündigen.

Das Kaufmannsgericht schloß sich mit Recht der Auffassung des Klägers nicht an, wies ihn vielmehr mit seiner Klage ab. Die Kündigung am Sonntag sei zulässig, § 193 sei auf die Kündigungsfrist überhaupt nicht anzuwenden, weil die Kündigung weder an einem bestimmten Tage, noch innerhalb einer bestimmten Frist, sondern im Gegenteil gerade außerhalb der Kündigungsfrist abgegeben ist. Eine Verkehrsweise, so begründet das Kaufmannsgericht weiter, bestehe weder, noch könne sich je eine solche bilden. Die Kündigung käme jeder anderen empfangsbedürftigen Willenserklärung gleich. Da aber die Post am Sonntag arbeitet, gelten schließliche Erklärungen, die in vorher abgefaßten Briefen enthalten sind, als am Sonntag abgegeben, wenn der Brief am Sonntag bestellt wird. Der Absender jedes eine empfangsbedürftige Willenserklärung enthaltenden Briefes müßte demnach Vorkehrungen treffen, daß der Brief nicht am Sonntag bestellt wird. Dies wäre aber, insbesondere bei Briefen nach außerhalb, fast unausführbar und würde jedenfalls zu einer schweren, gänzlich unberechtigten Verletzung des Verkehrs führen.

Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag.

Der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag findet in diesem Jahre zu Dresden vom 24. bis 27. Juni statt. Es werden folgende Thematika in den Hauptversammlungen bearbeitet werden: „Die Beziehungen der Fürsorge-Erzehungsorgane zu den Familien unexzessiver Fürsorgezöglinge“ — „Psychopathologie der Pubertätszeit“ — „Die Förderung der vorbeugenden Wirkung der Fürsorgeerziehung durch Vereinheitlichung der Durchführung von Fürsorgeerziehung, Jugendgericht und Waisenspflege“.

Marktbericht von Berlin am 5. März 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Rheinland) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—56,00. Bohnen 40,00—80,00. Kartoffeln 9,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,30. Butter 2,60—5,30. 60 Stück Eier 4,20—6,00. 1 Kilogramm Rapsen 1,00—2,40. Wale 1,20—3,00. Jambur 1,60—3,60. Federn 1,40—2,60. Wäsche 1,00—2,00. Schiele 1,40—3,90. Weis 0,80—1,40. 60 Stück Kreise 4,00—30,00.

Vorsicht bei Erkältung Santa Lucia KRAFT-Fl. 1.50 Rotwein Fi. 2.00

Sehr oft wird eine leichte Erkältung unbeachtet gelassen, und die Influenzabakterien finden einen vorzüglichen Nährboden in dem kranken Blut des erkrankten Körpers — 91. Santa Lucia-Wein, vor jeder Mahlzeit genossen, gibt kräftiges Wärmegefühl u. wirkt ausserordentlich anregend.

Kauft in Apotheken, Drogerien u. Delikatessgeschäften. Steht unter ständiger Kontrolle des chem. Laboratoriums Dr. C. Bischoff.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn über Treppen — 1. Stock —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Aufsatz ist ein Schreiben und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Aufträge, denen keine Abonnementsidentifizierung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.
G. C. 100. 1. Orange nach unten nicht vorgelesen. 2. Bei An-

gestellten, Betriebsbeamten und Handlungsgehilfen zuzelt noch 2000 M. 8. Rein. — Lichterode 100. Sie gelten u. c. als Angelegener und sind als solcher wählbar. — Heinrich Lindenberg 77. 1. Ja, falls der Ehemann beweist, daß er in der gesetzlichen Empfängniszeit keinen Verkehr mit der Frau gehabt hat. 2. Rein. 3. Falls die unter 1. erwähnte Beweisführung möglich ist, kann das Kind für unehelich erklärt werden. Mit der Taufe hat das nicht zu tun. 4. und 5. Rein. — G. C. 68. Für das Quartal im laufenden Kalenderjahr sind ebenfalls 50 Pf. zu zahlen. — G. C. 1891. 1. Rein. 2. Versuchen Sie es mit einem Antrag an das Vormundschaftsgericht. — M. S. 31. U. E. ja. — P. Sch., Spandau

4. Ja. — S. S. 1. Der für den Wohnsitz der Schuldner bestimmte Gerichtsvollzieher ist zuständig. 2. An einen Notar. — S. S. 13. 1. Ja. 2. 200 Mark. — Emma 100. 1. Auskunft erteilt die Zentrale für Auswanderer, Karlsbad 9/10. 2. Nach dem Vater ja. — C. S. 10. Ihre Darstellung ist unverständlich. — G. S. 6. 1. Leider ja. 2. Sie müssen erscheinen; andernfalls ergeht gegen Sie Verhängnis. — G. C. 23. a) Ja. b) Läßt sich erst beantworten, wenn angegeben wird, welche Rückzahlung der Schuldner besitzt. — S. M. 5. Treten an Stelle der Mutter. — Arto 100. Grünau. 1. Für die ganze Zeit, falls die Veranstaltung Ihrem jeweiligen Einkommen entspricht. 2. Für einj. Februar.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 7. März 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Regl. Opernhaus. Königskinder.
Regl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Viel Arm um Nichts.
Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Jirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Jirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Saberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Tautenstraße 48/49.
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Leitung. Altes.
Kleines. Und das Licht schmet in der Finsternis.
Königsgrüner Straße. Die fünf Bräutler.
Neues Schauspielhaus. Heiligenwold.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.
Residenz. Alles für die Firma.
Komische Oper. Die Hausfrau.
Kurfürstener. Der Schind der Madonna.
Weihen. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Das Schiller O. Der Kilometerfresser.
Schiller. Charlotteburg. Grün Lea.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Leinwandmännchen.
Luffen. Eine leichte Person.
Koffe. Mutter und Sohn.
Wintergarten. Spezialitäten.
Trianon. Die Nacht von Berlin.
Thalia. Die tolle Witwe.
Cafino. Der Kampf um das Leben.
Apollon. Spezialitäten.
Sarrasani. Die man Männer befreit.
Der Hausstiel.
Reichshallen. Berliner Sänger.
Königsgrüner. Kinder der Wüste. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Wandbilders Weiterabend.
Waldhalla. Menschentochter.
Voigt. Das Mädchen ohne Ehre.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Geographie und Liebe.
Belle-Alliance. Die Reineidgräfin.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Sonnabend, den 9. März 1912:

Stiftungs-Fest

in folgenden Lokalen:
Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 110
Moab. Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24 :: Pharus-Säle, Müllerstr. 142
bestehend in
Konzert :: Gesang :: Humor.-satir. Vorträgen u. turner. Aufführungen :: Festrede :: Tanz

Mitwirkende: Berliner Humor-Quartett, Apollo-Sänger, Berliner Ulk-Trio, Gesangv. Neu erwacht, Männerchor Moabit, Sängerkorps Wedding X Arbeiter-Turner

Festredner: Reichstagsabg. Georg Ledebour.
Landtagsabg. H. Ströbel, Reichstags- u. Landtagsabg. Dr. K. Liebknecht.

Anfang 8 Uhr. × Einlaßkarte 30 Pf. × Programm gratis. × × ×
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.

Belle-Alliance-Theater.
8 1/2 Uhr:
Die Reineidgräfin.
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Wakenstein's Tod. Schiller-Vorstellung. (Schiller-Bildnis 50 Pf.)

Quietsch-Theater.
Donnerstag: Eine leichte Person.
Freitag: Napoleons Bonaparte.
Sonnabendnachm.: Rotkäppchen.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 93 Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regts.
Oberm. Baars.
!!! Zillertaler und Tegernseer Säger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr.

ROSE-THEATER
Georg Bräuninger Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Mutter und Sohn.

Schauspiel in 5 Akten v. G. Borch-Weiser
Freitag: Napoleon Bonaparte.
Sonnabendnachm.: Rotkäppchen.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Donnerstag, den 7. März 1912:
Elitetag
Prämierung der schwersten Berliner Eva
d. h. alle Damen von 18-25 Jahren.
Legitimation erforderlich.
3 bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20 Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
30 bayerische Madl. 5 Kapellen.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Passage-Theater.
Melia
die schönste und gefeiertste russische Tanzkünstlerin
Schneider-Dancker Danell-Truppe etc. und 12 Varieté-Sensationen.
Dienstag zum erstenmal:
Das Geisterfenster.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Novitäten-Programm und
Wild-West
dem Gesprächsstoff Berlins
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen.
In jeder Vorstellung: Nachm. und abends: Wild-West
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede
das Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder.
Das Mädchen mit dem Hänenkopf.
Half Mensch — half Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergrab
Ohne Extra-Entree!

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags: Kunstlauf-Produktionen.
Allabendlich: Tänze auf dem Eise.
D. kleine Charlotte als Walzerkönigin.
Das prächtige Eisballett Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.

Voigt-Theater.
Donnerstag, den 7. März 1912:
Schauspiel in
Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationsdramat. 12 Bild. v. E. G. Zug
Rosinenöffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Carl Freund. Musik von G. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.

Concordia - Festsäle.
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
64 Andreasstraße 64.
Jeden Donnerstag:
Große Solree
d. allgemein beliebten und bekannten Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Panther
Heute:
„Eine Verlobung zur Biedermalerzeit“
Schwank in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Frei-Tanz.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Boigt-Theater.
Donnerstag, den 7. März 1912:
Schauspiel in
Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationsdramat. 12 Bild. v. E. G. Zug
Rosinenöffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Wälderstraße.
Beste von Wiesel.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Wandbilders Weiterabend.

Freie Volksbühne

Thalia-Theater, 24. März:
Schönthän:
Der Raub der Sabinerinnen.

Lessing-Theater 8., 14., 21. April: Wenn der junge Wein blüht	Neues Schauspielhaus Calderon: Das Leben ein Traum.
Thalia-Theater Greins: Die Thurnbacherin	Residenz-Theater Emil Augier: Die arme Löwin.
Abendabteilungen Björnson: Ueber unsere Kraft 2. Teil.	Herrnfeld-Theater Sven Lango Simson und Delila.

Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen können zu den Montagabendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus Gastkarten a. 1.30 M. beim Obmann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 242/9

Union-Theater
Alexanderplatz, Unt. d. Linden.
Moritzplatz, Hasenheide.

Zirkus A. Schumann
Donnerstag, den 7. März 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
Besonders hervorzuheben:
Das lebende Karussell
Die 3 Oravias
sowie alle übrigen Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Das neueste und größte Ausstattungsstück der Gegenwart
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Große Schlußapothose mit noch nie dagewesenen Effekten.

Nur noch heute und morgen!

Zirkus Busch
Donnerst. 7. März 1912, 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Mit Rücksicht auf die Ringkämpfe ist der Anfang des gr. Manege-Schauspiels
Die Hexe
auf 7 1/2 Uhr, das heißt zu Beginn der Vorst. angesetzt, daranschließend ca. 9 Uhr das große zirzensische Progr. und die internationalen Ringkämpfe.
Neu! Neu!
Die Orpingtons!

Der größte künstlerische Erfolg der Theater-Saison!

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Dazu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetterverkauf 11-2 (Theaterkasse)

Arme Jenny.
Volkstück in zwei Akten mit
Asta Nielsen
der „Duse der Kino-Kunst“
in der Hauptrolle.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
und Beckbiertrudel
bei freiem Entree. C. Nible.
Berliner Ulk-Trio
Rixdorf-Berlin, Lahnstr. 74, L 1

Casino-Theater
Lohseing. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 14. März:
Der Kampf ums Dasein.
15. März 1912:
Der Vossen-Schlager
Die lustige Strohwitwe.
Sonn. 8 1/2 Uhr. Trübsens Sommerreise.
Königsstadt-Kasino.
Süd Holzm. u. Altonaerstraße
Täglich abends 8 Uhr.
Sonntag 1/2 Uhr:
Theater und Varieté.
Vom 1.-16. März 8 Spezialitäten und „Kinder der Wüste“
Operetten-Turkise v. D. Richter.

Öffentliche politische Versammlungen.

Donnerstag, den 7. März 1912, abends 8 Uhr:

Öffentliche Volks-Versammlung

in den Konfordia-Festsälen, Andreasstr. 64.

Tagesordnung:

Der Justizmord an den sozialdemokratischen Abgeordneten der russischen Duma.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**

Zahlreichen Besuch erwartet der Einberufer **Eugen Ernst**, Liesenstraße 16.

Freitag, den 8. März 1912, abends 8 1/2 Uhr,

im großen Saale der „Brunnensäle“, Brunnenstr. 15 (nahe Rosenthaler Platz):

Öffentliche Versammlung

aller **Produktenhändler und -Händlerinnen Berlins und Umgegend.**

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Schütte.** — 2. Diskussion.

Zur Defension der Unkosten der Versammlung. Der Vorstand. J. H.: **Karl Müncheberg**, Drontheimer Str. 14.

Extra-Unterstützungskasse für Buchbinder u. verw. Gewerbe.

Sonntag, den 10. März, vorm. präzise 10 Uhr, **Melchiorstr. 15:**

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Verlesung der Protokolle. 2. Bericht des Vorstandes und Berichterstattung. 3. Ergänzungswahl für ein ausfallendes Vorstandsmitglied. 4. Besprechung über die Zukunft der Kasse. 5. Verschiedene Kasseneingangsangelegenheiten. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand. J. H.: **H. Rhanda**, Vorsitzender.

Kranken- und Sterbekasse der Fuhrherren, Kutscher und verwandten Berufsangehörigen

„Eintracht“ (G. D. Nr. 80) zu Berlin. Am Freitag, den 22. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, in Schulz' Festsälen, Wilmstraße 17, Eingang Königsgraben: **Außerordentliche General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Antrag auf Veränderung des § 6 des Statuts. 2. Verschiedenes. Der Vorstand. J. H.: **Sehr**, 4125

Orts-Krankenkasse der Tabakfabrikarbeiter zu Berlin.

Einladung zur **Außerordl. Generalversammlung** am Freitag, den 15. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Vogt**, Weberstr. 6. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Ergänzungswahl für ein ausfallendes Vorstandsmitglied. 3. Verschiedenes. Der Vorstand. 271/11

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs haben in nachstehenden Firmen unsere Kollegen die Arbeit eingestellt: **Adam**, S. Leipziger Str. 25. **Agte u. Wendt**, Charlottenstr. 22a. **Albrecht u. Kucharcowicz**, Französische Str. 8. **Angreb**, Krausenstr. 30. **Alker**, Spittelmarkt. **Baer**, A. Badstr. 26. **Baldewin Rahl**, Gertraudenstr. 20/21. **Baum**, S. Friedrichstr. 71. **Beckend u. Rahr**, Friedrichstr. 166. **Berger u. Ritta**, Charlottenstraße. **Berlan**, Leipziger Str. 103. **Bilster**, Unter den Linden 69. **Bloch u. Co.**, Friedrichstr. 203. **Böbling**, Kanonenstr. 1. **Bollmann**, Kaiser-Wilhelmstr. 31. **Borst**, Markgrafenstr. 69/70. **Botchner u. Dänger**, Unt. d. Linden 13. **Böttcher**, Steglitz, Schloßstr. 88. **Braun**, Steglitz. **Dortm. Braun**, Schützenstr. 73. **Dauje u. Gohmann**, Zimmerstr. 49. **Deh. Eigm.**, Friedrichstr. 10. **Gasanagh**, Unter den Linden 3. **Gohn**, S. Kaiser-Wilhelmstr. 2. **Gumow u. Co.**, Friedrichstr. 90. **Dahms**, Gebr. Bräuerstr. 13. **Dandl**, G. Friedenau, Siglindenstr. 10. **Didszun**, S. Charlottenburg, Kochmeisterstr. 40. **Diekmann**, A. Siegelstr. 26. **Dittmann**, A. Friedenau, Nordstr. 5. **Dobberstein u. Schneider**, Dresdener Str. 42. **Ebenstein**, Unter den Linden 40/41. **Erlich**, Albert, Mauersstr. 95. **Erlich u. Datz**, Mittelstr. 9/10. **Engel**, A. Klosterstr. 37. **Eppendorf**, Französischestr. 62. **Eckers u. Tscholl**, Leipziger Str. **Fabian u. Reich**, Unter den Linden 71. **Fabrich**, Wilmstraße 17. **Faehle**, Markgrafenstr. 12. **Fahstiel u. Ränkmann**, Unt. d. Linden 2. **Förder**, J. Kurfürstendamm 20/21. **Franz u. Kuria**, Französischestr. 19. **Fant**, Dölar, Rahl. Klein u. Franke, Unter den Linden 66. **Franz Heinrich**, Markgrafenstr. 67. **Fröde**, Emil, Charlottenburg, Leibnizstr. 28. **Gebüdig**, Kochmeisterstr. 9. **Genfel u. Freitag**, Krausenstr. 9. **Genossenschaft Erste Produktiv-, Kommandantenstr. 6, I**. **Gerlan**, Fern, Berberstr. 5/6. **Goldschmidt**, Friedrichstr. 150. **Gollap**, Louis, Unter den Linden 15. **Gratz**, Gebr. Rahl. Luft u. Türfel, Wallstr. 1. **Greger**, A. Alexandrinenstr. 73. **Griewisch**, Fr., Unter den Linden 53. **Gruch u. Markmann**, Rohrenstr. 58. **Grüber**, W. Wilhelmstr. 23. **Gründer**, Schützenstr. 53. **Gumpert**, S. Steglitz, Albrechtstr. 6. **Günter**, Leipziger Str. 37. **Gamlich**, Kruppstr. 5. **Ganion**, Paul, Grenadierstr. 22. **Ganzlein**, Oranienstr. 123. **Gedenberger u. Reiser**, Unter den Linden 48/49. **Hennig**, A. R. Kronenstr. 68/69. **Hering**, Aug. Hufelandstr. 46. **Hermstedt**, Dugo, Chausseestr. 51. **Herlich**, Söhne, Leipziger Str. 9/11. **Herg**, D. Französische Str. 33. **Herrberg**, Gust. Zimmerstr. 24. **Heyder u. Jean Jacques**, Unter den Linden 33. **Hilmer**, Dorotheenstr. 54. **Hinkel**, Französische Str. 19. **Hoffmann**, Hermann, Friedrichstr. 50/51. **Hollmann**, Wehlstr. 12. **Hornau**, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 48. **Hornig u. Co.**, Leipziger Str. 91. **Orndt u. Kalksch**, Unter den Linden 20. **Jankowski**, Charlottenburg, Wilmstraße 9. **Jard**, Peter, Friedrichstr. 173. **Jstrand**, Ernst u. Sohn, Charlottenstr. 48. **Joch-Stub**, Unter den Linden 75. **Johannsson**, Reanderstr. 25. **Just**, Friedrichstr. 113. **Jürgens**, Friedrichstr. 216. **Kapfenberger**, Anhalterstr. 17. **Keller u. Kuch**, Friedrichstr. 183. **Kern u. Uchirds**, Charlottenstr. 88. **Kirschstein u. Co.**, Charlottenstr. 49. **Klein**, Goldammer Str. 61. **Knebel**, Friedrichstr. 30. **Kneubühler**, Krausenstr. 69. **Koppel u. Hilse**, Dorotheenstr. 42. **Koppel**, W. Kronenstr. 66/67. **Kosel**, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Str. 22. **Koslowitz**, Kanonenstr. 8. **Kosse u. Boldt**, Mauersstr. 77. **Kötz**, Französischestr. 62. **Krause**, Charlottenstr. 1. **Kreiter**, Mauersstr. 8. **Kriemow u. Borgward**, Kanonenstr. 10. **Krüger**, Charlottenburg, Wallstr. 30. **Krause**, R. Oranienburger Str. 4. **Kühl**, Joh. Charlottenburg, Wilmbergplatz 3. **Kaufst. Eugen**, Unter den Linden 25. **Kunz u. Korigel**, Reuhlische Str. 3. **Kurtz**, Friedrichstr. 153a. **Lafahn**, Julius, Charlottenburg, Schillerstr. 9. **Leub**, Unter den Linden 61. **Leuthal**, Mauersstr. 2. **Leute**, Oranienstr. 130. **Leutovich**, Alexanderstr. 14a. **Leub**, Krausenstr. 3. **Lindemann**, A. u. Westendorf, Inb. Hibel, Dresdener Str. 56. **Lippmann**, Benno, Leipziger Str. 30. **Ludwig vom Stein**, Schadowstr. 4/5. **Lucht**, Jägerstr. 69, 2 Tr. **Lukas Jr.**, Köpenickstr. 14. **Magnus**, Unter den Linden 69 (Strafw). **Mathias u. Schade**, Besselstr. 11. **May**, Bräuerstr. 13. **Mayer**, Rud. Friedrichstr. 65a. **Mayer**, Freitag Rahl, Friedrichstr. 36a. **Mehl**, Chausseestr. 124. **Meier**, Rohrenstr. 9. **Meißner**, Friedrichstr. 187/188. **Müller**, Söhne, Friedrichstr. 35. **Müller**, Arnold, Leipziger Str. 95. **Müller**, Frh. Fr. Frankfurter Str. 95. **Müller**, Otto, Albalberstr. 90. **Musa**, Friedrichstr. 72. **Nachmann**, Alte Schützenstr. 1. **Neapel**, Voßingstr. 57. **Nieschen u. Schulz**, Charlottenstr. 24. **Reis u. Schulze**, Unter den Linden 21. **Reis**, Johann von, Kleiststr. 15. **Reis** u. Kunze, Unt. d. Linden 57/58. **Reis** u. Kloppeburg, Gertraudenstr. 25/27. **Reis**, Moß, Jerusalemstr. 8. **Reis**, Söhne, Markgrafenstr. 22. **Reis** u. Götze, Friedrichstr. 213. **Reis** u. Reimle, Friedrichstr. 44. **Reis**, Luisestr. 27. **Reis** u. Bales, Friedrichstr. 188. **Reis** u. Götze, Französischestr. 16. **Reis**, Moß, Mauersstr. 20. **Reisner**, Badstr. 17. **Reisner**, Franz, Kanonenstr. 6, I. **Reisner**, Wilmbergstr. 5. **Romann**, Krausenstr. 4/5. **Rösch**, Charlottenstr. 86. **Rösch**, Emil, Rohrenstr. 53. **Rösch** u. Söhne, Rohrenstr. 45. **Rudolf**, Gertraudenstr. 10/12. **Rühl**, Friedr., Friedrichstr. 23. **Rühl** u. Co., Alexanderstr. 37a. **Rybczki**, Kannestr. 3. **Salswedel**, Rohrenstr. 53. **Santner u. Hoppel**, Charlottenstr. 59. **Schädel**, Rosenbaler Str. 23. **Schädel**, Krausenstr. 12. **Schädel**, Unter den Linden 52. **Schädel**, Unter den Linden 21. **Schmidt**, Paul, Lindenstr. 11. **Schöndube**, Friedrichstr. 167/68. **Schöning** u. Lindner, Krausenstr. 35/36. **Schramm**, Kochstr. 18. **Schulmeister**, Dresdenerstr. 4. **Schulte**, Joh. Broderick, Krausenstr. 71. **Schulz**, Fr. Friedenau, Mauersstr. 12/13. **Schulz**, Gebr., Markgrafenstr. 46. **Schwarz**, Rud., Friedrichstr. 158. **Schwanitz** u. Stord, Mittelstr. 13. **Sergal**, Jerusalemstr. 14. **Selig**, Arnold, Unter den Linden 26. **Sende**, Dorotheenstr. 30. **Singer** u. Lorenz, Jägerstr. 8. **Singh**, Schützenstr. 60. **Stala**, Unter den Linden 10. **Stobinski**, Grünmayer, Französischestr. 21. **Spitzer**, Karl, Wilmbergstr. 26/27. **Steinberg**, Joh. Inb. Rinal u. Steinberg, Reuhl. Str. 15. **Steinberg** Rahl, Kommandantenstr. 5a. **Steiniger**, Charlottenstr. 48. **Stephan**, Französischestr. 19. **Steuer**, A., Kommandantenstr. 48. **Stier**, Karl, Oranienstr. 106. **Stolzberger**, Oranienstr. 72. **Lothmann**, Jerusalemstr. 9. **Tiel**, Unter den Linden 51. **Tollsdorf** (Englisch Compagnie), Unter den Linden 43. **Torkler** u. Sohn, Französischestr. 13. **Treitel**, Berberstr. 6. **Tributz**, Mauersstr. 2. **Trütz** u. Vogt, Behrenstr. 28. **Tschirbs**, Friedrichstr. 54. **Vandenburg**, Friedrichstr. 7. **Wald**, Frh., Charlottenburg, Krumme-Str. 47. **Wortfleisch**, Friedrichstr. 143. **Wagner**, Chausseestr. 8. **Waller**, Söhne, Charlottenstr. 23. **Warenhaus für Armeo und Marine**, Wendt u. Redlich, Unter den Linden 29. **Werner**, Anton, Charlottenburg, Knebelstr. 89. **Woll** u. Keller, Charlottenstr. 23. **Woll**, R. Leipziger Str. 106. **Woll** u. Schulz, Friedrichstr. 49a. **Wormann**, D., Französische Str. 46 II. **Wobbel**, Karl, Köpenicker Str. 124. **Zuttermann**, R. u. Vogt, Behrenstr. 24.

Den Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.



Wundervoll gestickte abgepaßte Portièren (Webergardinen für Fenster und Türen)

in Qualität H. pro Fenster: **Filzweh** 3.35 bis 10.50. **Naturweh** 2.85 bis 20.00. **Velvetplüsch** 6.85 bis 75.00. **Persisch** (doppelseitig) 8.75 bis 36.00. **Kochelleinen** 6.75 bis 60.00. **Pa. reinw. Tuch** 16.50 bis 150.00. Nach auswärts per Nachnahme. **Teppich-Spezial-Haus**

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**. Unterhalte nirgends Filialen! **Spezial-Katalog** 650 Abbildungen gratis u. franko.

Größe Inventur Ausverkauf! Auf halbes Jahrzeit in den nächsten Tagen. 50% **Kronen-Armhold** Abteilung für Stark- u. Schwachstromanlagen.

Teppiche

130x200: 5 bis 19 Mk. 180x230: 10 bis 40 Mk. 200x300: 22 bis 64 Mk. 250x350: 52 bis 120 Mk. 300x400: 67 bis 156 Mk. **Gardinenhaus Bernhard Schwark** Wallstr. 13 (drei Ecken)

Steypeden

besonders preiswert. Große Auswahl. **Strohmandel**, Wallstr. 72.

Lege-Hühner

garantiert junge beste Legen a 2 1/2 Mk. empfiehlt **F. Wegner**, Berlin SO., Mariannenstr. 34. 876/0*

„Hahn“ Macaroni Knorr

Bessere Ein- und Zweizimmereinrichtungen verkauft jetzt zu Fabrikpreisen an Private die **Spezialfabrik Königsberger Str. 9** Maschinenbetrieb. Fabrikgebäude IV. Maschinenbetrieb. Langjähriger Lieferant der renommiertesten Möbel-Geschäfte. **Reichhaltiges Musterzimmerlager.** Gegründet 1878. Sonntags bis 2 Uhr. Teilzahlung bei Zinsvergütung.

Ueber die genannten Firmen wird hiermit die Sperre verhängt.

Die Ortsverwaltung. **Die reellsten und billigsten Möbel**

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichsberger Straße 5.** Größte Auswahl in allen Holz- und Stahlarbeit mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratennahung. dem die Zukunft seines Sohnes am Herren versäume es, liegt, sich unter Berufung auf diese Zeitung die Broschüre „Die Aussichten des technischen Berufes“ von **Dipl.-Ing. Stiel** gratis und franko zusenden zu lassen vom **Bund der technisch-industriellen Beamten**, Berlin NW. 52, Wertstraße 37.

Kein Vater, dem die Zukunft seines Sohnes am Herren versäume es, liegt, sich unter Berufung auf diese Zeitung die Broschüre „Die Aussichten des technischen Berufes“ von **Dipl.-Ing. Stiel** gratis und franko zusenden zu lassen vom **Bund der technisch-industriellen Beamten**, Berlin NW. 52, Wertstraße 37.

Reichstag.

21. Sitzung. Mittwoch, den 6. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Umberatungstische: Dr. Deibredt.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Die Resolutionen sollten, soweit sie Initiativanträge enthalten, nach Materien zusammengefasst und bestimmten Kommissionen überwiesen werden. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs hörte man gegenüber fast all unseren Wünschen nur das Nein. Herr Barm sprach wegwerfend von der Sozialreform als kleiner Abzugszahlung. Aber in ihren Anträgen verlangen die Sozialdemokraten selbst lauter solche Abzugszahlungen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Sie ablehnen!) Nein, wenn sie vernünftig sind und dem Volkwohl dienen, nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In der Beurteilung der augenblicklichen schweren Lage der Textilindustrie ist Abg. Sachs von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen. Es ist ja so bequem, für alles die Wirtschaftspolitik verantwortlich zu machen und noch ein paar Junker davor zu schmeißen. Bequem mag das sein, aber falsch und irreführend ist es. (Beifall rechts.) Sachs Ausführungen gegen die Heranziehung ausländischer Arbeiter waren sachlich begründet, aber er hat nicht die Konsequenzen daraus gezogen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wieso denn nicht?) Er hätte nicht bloß auf die Arbeitgeber schimpfen sollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Syndikatsfrage ist eng mit der Tätigkeit der Großbanken verknüpft. Eine allgemeine Syndikatsgesetzgebung halte ich für dringend notwendig. Ich stimme in dieser Frage nicht den Ausführungen des Staatssekretärs zu. In den neuen Zolltarif sollte eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach in den Fällen, wo ein Syndikat seine Macht mißbraucht, eine Herabsetzung des Zollsaßes eintreten kann. Für die hydroelektrischen Industrien muß der Gesetzgebung die Möglichkeit zustehen, einen Einfluß auf Lohnhöhe und Arbeitszeit auszuüben. Wir stimmen den Resolutionen zu, die eine Förderung der inneren Kolonisation bezwecken. Besonders begrüßen wir die Tätigkeit des Vereins für soziale Kolonisation. Es wäre zu wünschen, daß auch die Gewerkschaften von der äußersten Linken dieser Tätigkeit mehr Beachtung schenken, die die günstigste Lösung des Arbeitslosenproblems verpricht. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts wäre die beste Lösung für die vielen kleinen sozialpolitischen Wünsche einzelner Gruppen. Die Reichsversicherungsordnung hat zwar trotz einzelner Mängel viele Verbesserungen gebracht. Es wäre aber zu wünschen, daß die Rentenanträge auch auf die Fälle ausgedehnt würden, in denen Invalidität oder Tod schon vor dem 1. Januar d. J. eingetreten sind. Der preussische Fiskus hat in seinen Vergewerken die Bestimmungen der Versicherung recht kleinlich angewandt und damit großen Mißmut bei den Vergewerklerten erregt. Wenn bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung von der Regierung den weitergehenden Wünschen mit der Begründung entgegengetreten wurde, daß nicht genügend Geld vorhanden sei, so trifft das jetzt nicht mehr zu, denn jetzt haben wir ja erfreulicherweise einen erheblichen Ueberschuß zu verzeichnen. Zu der Resolution betreffend den gesetzlichen Arbeitswilligenschein möchte ich sagen, daß ich die Motive dieser Resolution verstehe. Der Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen Andersdenkende hat einen Unmut erregt, der nun in solchen Resolutionen seinen Ausdruck findet. Wir werden aber gegen die Resolution stimmen, weil wir glauben, daß die in ihr geforderten gesetzlichen Maßnahmen nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die übrigen Gewerkschaften schädigen würden. Wenn unser Widerstand aber nicht ausreicht, die Resolution zu Fall zu bringen, so trägt die ganze Last der Verantwortung die Sozialdemokratie. (O! o! bei den Sozialdemokraten, Beifall rechts und im Zentrum.) Wir fordern eine Ausgestaltung des Einzugsgewissens. Was ist bisher vom Reichsamt des Innern geschehen, um der drohenden Schneiderauspeicherung und dem drohenden Lohnkampf im Bergbau vorzubeugen? Es muß auch die Schaffung von Monopolrenten verhindert werden, die nur den Mitgliedern bestimmter Organisationen Arbeitsmöglichkeit gewähren. Dem christlichen Gewerksverein der Vergewerklerten sind wegen seiner Haltung bei der jetzigen Lohnbewegung viele Vorwürfe gemacht worden, die durchaus unbegründet sind. Die sensationellen Berichte gewisser der Börse nahestehender Mütter aus dem Ruhrrevier sind meist unzutreffend. Im Saar-

revier sind die Löhne der preussischen Verwaltung zu niedrig und es besteht ein vorhinflutendes Straffsystem. Gewiß ist auch im Ruhrrevier eine gewisse Erregung unter den Arbeitern vorhanden. Die sozialdemokratische Presse führt aber im Ruhrrevier eine unverantwortlich aufreizende Sprache. Die Bundesstaaten sollten den Wünschen der Vergewerklerten mehr Berücksichtigung schenken.

Abg. v. Dergen (Rp.) tritt für eine stärkere Besteuerung der Konsumvereine ein. Im Interesse des Mittelstandes sollte auch vor allem eine Einschränkung der Wanderlager in der Weise gesetzlich vorgenommen werden, daß in Dörfern bis 30 000 Seelen, überhaupt keine Wanderlager zugelassen werden. Remedur ist dringend erforderlich.

Abg. Wiebel (Soz.):

Ich will nicht auf all die Dinge eingehen, in denen sich Herr Behrens als Sachverständiger glaubte aufspielen zu können. Aber seiner unrichtigen Darstellung der Vergewerklertenbewegung gegenüber möchte ich doch auf die Widersprüche zwischen den eigenen Plangriffen und Zeitungsaufstellungen sowohl der Zentrumspresse, wie auch der christlichen Arbeiterbewegung und den Ausführungen des Herrn Abg. Behrens festnageln. Er sagte, aus nationalwirtschaftlichen Gründen sollten sich die christlichen Arbeiter nicht beteiligen an irgend welchen Lohnbewegungen oder, wie er sagt, Sympathiestreiks. Nun, es handelt sich nicht um einen Sympathiestreik. Die beteiligten Vergewerklertenorganisationen nicht nur haben das richtig gestellt, sondern die englischen Vergewerklerten selbst haben ausdrücklich festgestellt, daß ihnen gar nichts daran liege, daß Sympathiestreikbewegungen in benachbarten Ländern erfolgen. Wenn mein Parteigenosse aus gegen den Sympathiestreik gesprochen hat, so hat er also nur das ausgesprochen, was die Auffassung sowohl der deutschen wie der englischen Vergewerklerten ist. Im übrigen kann ich die sonderbare Auffassung des sogenannten Arbeiterführers Herrn Behrens über die Bereitwilligkeit der Menschen bei Lohnzulagen zu gewähren, widerlegen mit einem Zitat der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 6. Februar, worin es heißt, daß nach der ganzen bisherigen Haltung des Reichsverbandes anzunehmen sei, daß eine allgemeine Lohnherabsetzung nicht durchgeführt werden würde. Man wolle auf Seiten des Reichsverbandes nicht einsehen, daß es ebenso richtig sei, die Preise der Arbeitskräfte gemeinsam zu regeln, wie die der Rohstoffe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das die Zentrumspresse schreibt, so wiegt das denn doch etwas schwerer, als die sonderbare Beweisführung des Abg. Behrens.

Die vielen Anträge und Reden zur Sozialpolitik, die wir in diesen Tagen von den verschiedensten Parteien auf der Rechten und in der Mitte gehört haben, waren wohl eine Folge der vielen Wählerversprechungen. Derselben Parteien haben jedenfalls wiederholt bewiesen, wie wenig sie, wenn es gilt, gesetzgeberische Arbeit zu leisten bereit sind, zu dem zu halten, was sie in Resolutionen selbst gewünscht haben. Wenn auch Herr Dr. Dertel für seine Fraktion glaubt in Anspruch nehmen zu können, daß sie nicht zu den Rückwärtigen zähle, so steht doch diese scheinbare Harmlosigkeit in merkwürdigem Gegensatz zu den Artikeln mit der bekannten Marke in der „Deutschen Tageszeitung“. Herr Dertel will keine Ausnahmegeetze, sondern nur einige kleine Schutzmaßnahmen gegen den angeblichen sozialdemokratischen Terror. Er will keine Einschränkung des Koalitionsrechts, sondern nur ein bloßes Schutz der Arbeitswilligen. Dahinter scheint sich doch das zu verbergen, was in den programmatischen Erklärungen des Herrn Heydebrand in Wahlkampf ganz unverhüllt hervorgetreten ist. Ich glaube, daß für all das harmlose Getue weder innerhalb noch außerhalb des Hauses die genügende Leichtgläubigkeit vorhanden sein wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Deibredt ist auf die verschiedensten Fragen eingegangen, er hat auch manchen richtigen Anlauf genommen, aber es ist streng vermiehen, die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen und namentlich darauf einzugehen, was denn nun gegenüber den von ihm selbst aufgestellten Entwicklungstendenzen seitens der Regierung getan werden soll. Entwickelt die Konzentrierungsbestrebungen in der Industrie, ohne daraus den Schluß zu ziehen, daß nun eingetreten werden müsse für die Tausende von Angestellten, die durch diese Entwicklung

Ihre Menschenrechte verloren

haben. Die Wohnungsreform verweist er an die Kommunen und Landesregierungen, diese verweisen sie wieder an das Reich. Wenn das so weiter geht, werden die Arbeiter noch lange auf Besserung der Zustände zu warten haben. Interessant war der Eifer, mit dem der Herr Staatssekretär sich gegen die Behauptung

zur Wehr setzte, daß ein Stillstand in der Sozialpolitik eingetreten sei. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich feststelle, daß das ein Erfolg der antreibenden Arbeit der Sozialdemokratie ist, die der bürgerlichen Gesellschaft allmählich das Bewußtsein für ihre Pflicht gegenüber den Millionen von Industriearbeitern geschärft hat. Im übrigen sind wir als Vertreter derjenigen, die alle sozialen Schäden an ihrem eigenen Leibe erfahren, natürlich anderer Meinung über das Maß dessen, was geleistet ist, als die Konservativen, die in erster Linie befreit sind, die Interessen des Kapitals hoch zu halten. Wir sind der Meinung, daß das Kapital durch die Arbeitsleistung der Millionen von Arbeitern und Angestellten allmählich in Deutschland so reich geworden ist, daß ihm größere Opfer sehr wohl zugemutet werden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einen breiten Raum hat in der Debatte die Frage des kleinen selbständigen Mittelstandes eingenommen; man sagte, er ginge nicht zurück, nur bei den Handwerklern wurde ein Rückgang konstatiert. Demgegenüber braucht man nur darauf hinzuweisen, daß die Bevölkerung von 1882—1907 um 86,48 Proz. zugenommen hat, während die Zunahme der selbständigen Gewerbetreibenden eine wesentlich geringere ist. Herr Dr. Dertel sprach auch für die Versicherung der Handwerker. Warum sind denn aber all die Anträge, die meine Fraktion bei den verschiedensten Gelegenheiten in der Richtung gestellt hat, abgelehnt worden? Warum hat man nicht die selbständigen Handwerker und die kleinen Gewerbetreibenden mit einbezogen in die soziale Versicherung des Deutschen Reiches. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum haben Sie damals, als es galt, durch die Tat Ihre Mittelstandsfrömmlichkeit zu beweisen, unseren Antrag abgelehnt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär meinte, der neue Mittelstand könne nicht als ein Stiefkind der sozialpolitischen Gesetzgebung behandelt werden. Große Klassen des Mittelstandes aber sind in der Tat außerordentlich kummerlich durch die Gesetzgebung berücksichtigt worden. Die Bureauangestellten der verschiedenen Branchen hat man bislang völlig ignoriert, obwohl der Reichstag schon mehrfach in einstimmig angenommenen Resolutionen die gesetzliche Regelung der Verhältnisse dieser wirtschaftlich und sozial äußerst schlecht gestellten Berufsgruppen gefordert hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Deibredt verwies auf das Personengesetz. Daß dies Gesetz nur eine

Art Angestellten vor den Reichstagswahlen

gewesen ist, wird keiner bestreiten können, und auch die Privatangestellten sind sich über die eigentlichen Motive dieses Schnell-schaders durchaus klar. Die Versicherung der Privatangestellten wurde von der Rechten und dem Zentrum vor allem aus parteipolitischen Erwägungen so beschleunigt. Es war eine Art parteipolitischer Prophylaxe, man wollte verhindern, daß auch die Privatangestellten, die infolge der Industrialisierung und des Vordringens der Großindustrie von Jahr zu Jahr an Zahl zunehmen, auch fast reiflos der Sozialdemokratie folgen, wie das bei der Industriearbeiterschaft der Fall ist. Es ist eigentlich kein neuer Mittelstand, sondern mehr ein neuer mittelbarer Stand. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), der durch die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen ist. Der Name ist hier wirklich Schall und Rauch. Es besteht durchaus kein gemeinsames Interesse zwischen diesen Angestellten und Unternehmern, sondern sie werden genau so ausgebeutet, wie die Industriearbeiter. Kollege Marquart sang das hohe Lied der Erhaltung des sozialen Friedens zwischen Privatangestellten und Unternehmern; aber das Verständnis für den sozialen Frieden ist aber nur so lange vorhanden, als die Angestellten sich jede Ausnutzung durch das Unternehmertum widerspruchslos gefallen lassen. Wie weit diese geht, das betreffen die sogenannten

Gewerbesteuer

wonach der Privatangestellte, wenn er eine Ehe eingehen will, erst die Erlaubnis des Arbeitgebers einholen muß, die bei dem Rattowiger Industriewerk z. B. verweigert wird, wenn das Gehalt nicht ausreicht, wenn der betreffende eine Polin heiraten will oder die Frau nicht als Beamtenfrau anerkannt wird. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Solche ungeheuerliche Eingriffe in ihre persönliche Freiheit werden von den Angestellten auf das bitterste empfunden. Auch die Dienstordnungen unterscheiden sich in ihrem rücksichtslosen Hinwegschreiten über die persönlichen Rechte und Empfindungen der Angestellten vielfach in gar nicht von den Arbeitsordnungen für die Industriearbeiter. Der Angestellte muß jeden Befehl eines Vorgesetzten unbefehlig ausführen, auch wenn es der blühendste Unfug ist. Daß die Übertragung des preussischen Militarismus auf das Dienstverhältnis der Angestellten

Von der Konkurrenzklausel sprach der Staatssekretär nur hinsichtlich der kaufmännischen Angestellten. Aber ebenso rüh-

Bonies aus Tageslicht geschafft wurden. Warmouth ist die Heffte Grube Großbritanniens, und in den dunklen Schächten des Kohlenwerkes fröhlich jahraus, jahrein 4-500 Bonies ihr Leben. Seit Jahren haben sie kein Tageslicht gesehen, und als sie jetzt wieder aus der Finsternis zum Licht emporsieigen, zeigten viele von ihnen Zeichen der Angst und des Schreckens: sie fürchteten sich vor dem Sonnenlicht. Eine häßliche Angst der armen Tiere lebt bereits seit zwanzig Jahren im Schacht. Aber nicht alle hatten vergessen, was das Sonnenlicht ist: die jüngeren, die noch nicht so lange in die Tiefe verbannt waren, begrüßten mit frohem Schreien den Tag und wählten sich übermäßig am Boden. Sie hatten die schönen Tage ihrer Jugend noch nicht vergessen, waren noch nicht stumpf geworden wie die anderen älteren Tiere, die sich im Wandel der Jahre allmählich der ewigen Finsternis angepaßt hatten und nun vor den Sonnenstrahlen zitterten. Doch ob jung oder alt, jedem von ihnen hat die Grube ihren Stempel aufgedrückt: In der Dunkelheit haben ihre Augen gelitten, und sie vermögen im hellen Lichte des Tages nicht mehr deutlich zu sehen.

Notizen.

— Vorträge. Im Hofsaal der Urania in der Taubenstraße findet am Freitagabend, 8 Uhr, der zweite Vortrag über Naturdenkmalspflege statt. Prof. Eßlein spricht über den Schutz der einheimischen Tierwelt.

— R. H. v. Liliencron, ein fruchtbarer Sammler und hervorragender Herausgeber, ist im 92. Lebensjahre in Koblenz gestorben. Er war der Herausgeber der „Allgemeinen Deutschen Biographie“, jenes großen Unternehmens der bayerischen Akademie, worin das Leben aller hervorragenden Deutschen dargestellt werden sollte. Unter seinen sonstigen Arbeiten steht die Sammlung „Der historischen Volkslieder der Deutschen vom 13. bis 16. Jahrhundert“ an erster Stelle. Er war ein Onkel des Dichters Theodor von Arnim.

— Die Strindbergspende. Die Nationalspende, für die in ganz Schweden gesammelt wurde, ist August Strindberg im Betrage von 45 000 Kronen überreicht worden. An der Spitze der Deputation, die eine Adresse überbrachte, stand Genosse Hjalmar Branting. Strindberg beabsichtigt, einen Teil der Summe alsbald für humanitäre Zwecke zu verwenden.

— Der Bierbrauer als Heldentum. Ein ehemaliger Kölner Bierbrauer, der noch im Herbst hinter dem Schanloch saß, hat am Waghener Stadttheater einen außerordentlichen Erfolg als Sigmund in der „Walküre“ errungen. Der Sängerkolleg hat zu seiner Entdeckung nie Gefangenenunterricht gehabt.

— Neue Entdeckungen in Pompeji. Wie aus Pompeji gemeldet wird, haben die vor zwei Monaten begonnenen Ausgrabungen zur Entdeckung eines neuen wichtigen Teiles der vorgrabenen Stadt geführt. Man hat auch Inschriften von größtem historischen Wert und reiche Schätze antiker Kunst gefunden.

Kleines feuilleton.

Die Opernhauspläne. Nachdem nunmehr Herr Breitenbach den energischen Fortsetzungen der Presse nachgegeben und die Entwürfe für das neue Opernhaus öffentlich ausgestellt hat, kann jeder, der auch nur die leiseste Ahnung von den in Frage kommenden Problemen besitzt, zu dem Urteil gelangen: daß es eine Dreifachigkeit war, auch nur einen Augenblick ernsthaft den Gedanken zu erwägen, irgendeines dieser architektonischen Konstruktoren den Berlinern aufzulegen zu wollen. Die preussische Bauverwaltung mag noch so verächtlich und mit Blindheit geschlagen sein, es ist dennoch nicht möglich, daß sie den Unfug und die Väterlichkeit dieser Vorschläge nicht längst, nicht sofort eingesehen hätte. Wenn sie trotzdem für eine dieser Rikschodurien die Bewilligungsmaschine des Abgeordnetenhauses in Gang gesetzt sehen möchte, so ist das entweder eine bewachte Brückensicherung oder — die preussische Bauverwaltung flüchtet sich in die Öffentlichkeit. Sie flüchtet vor sich selber und vor ihrem Herrn.

Man weiß, daß der König von Preußen an diesem neuen Opernhaus ein lebhaftes Interesse hat, daß er es reich mit Repräsentation ausgestattet sehen und, seiner Art entsprechend, im lauten Parod gebaut haben will. Man weiß aber auch, wie die Zeiten des bössigen Parods für immer vorbei sind. Man weiß (auch der letzte Schreiber im Bauenministerium weiß es), daß ein großes Theater heute nicht mehr durch schmelzende Treppenhäuser und Freitreppen, durch Wandelhallen und festliche Vorkursen bestritten werden kann. Kein Mensch denkt heute mehr ernsthaft daran, etwas zu bauen, wie das große Treppenhäuser der Pariser Oper. Es ist eine Sinsinuertheit geworden, daß für ein Theater der Zuschauerraum und das Bühnenhaus entscheidend sind, daß alle Schwierigkeit sich darin erschöpft, dem Bühnenapparat freies Spiel und, was noch wichtiger ist, möglichst vielen Zuschauern möglichst bequeme Plätze zu verschaffen. Das alles weiß man.

Was zeigen uns nun die Entwürfe, die Herr Breitenbach und seine Leute vorsetzen müssen? Wir sehen kolossale Baumassen, die zufällig so etwas wie einen Zuschauerraum verschluckt zu haben scheinen. Dieser unglückliche, notgedrungenen Raum für eine beschränkte Öffentlichkeit ist förmlich belagert, bedrückt, zugeschnürt durch eine Sturzflut der Repräsentation und des bössigen Pompes. Wenn je durch architektonische Bildungen wirtschaftliche und politische Zustände zum Ausdruck kamen, so geschah das durch diese Grundrisse: sie zeigen handgreiflich die Rechtslosigkeit der Masse vor den Anmachungen einer privilegierten Gruppe. Was wir abnten, ist prompt eingetreten. Man plant ein Opernhaus für die Bevölkerung, eine feudale Orgie, an der uns irgendwie zu beteiligen wir keinerlei Ursache haben. Es handelt sich jetzt gar nicht mehr um die Architektur, die uns vorgeschlagen wird, es handelt sich um etwas Wichtigeres: um das Hauptprogramm. Dieses vor allem muß

revidiert werden, bevor die Taler aus dem Kasten springen. Es geht nicht an, unter der Eilette eines öffentlichen Opernhauses ein königliches Lustschloß zu bauen und obendrein durch solche fatale Idee den plebejischen Geist künstlich beeinflussen und zu unnatürlichen Anstrengungen sich steigern zu lassen. So etwas heute noch ernsthaft zu wollen, muß die rücksichtsloseste Abwehr herausfordern.

Die Entdeckung eines Genies. Durch einen Zufall hat der Leiter des Colonne-Orchesters in Paris ein musikalisches Genie entdeckt, das seit mehr als dreißig Jahren in Paris in der Stille seine Werke schuf. Der Held dieser Geschichte ist ein bescheidenster Schicksaler alter Herr, ein geborener Italiener namens Panelli, der sich seit langen Jahren mühselig als Musiker durchschlug. Verschiden nahm er inmitten des Orchesters seinen Platz ein und erfüllte seine Pflicht, ohne daß einer seiner Kollegen je ahnte, daß dieser einfache alte Musiker dabei in seinem Kulte selbstgeschaffene Meisterwerke barg. Als nun die Not den alten Musiker mit harter Faust anpackte, sprach er den Dirigenten, Gabriel Pierné, mit der Bitte an, ihm doch gelegentlich Notenschreiberarbeiten zu übertragen. Pierné versprach dem Allen Arbeit, und bei dieser Gelegenheit zeigte ihm Panelli ein paar von ihm geschriebene Notenblätter, damit der Dirigent die Deutlichkeit und Korrektheit der Notenschrift sehen möge. Pierné warf einen Blick auf diese Blätter und war erstarrt: es war eine Sinfonie, die Panelli vor nahezu dreißig Jahren komponiert hatte. Der Kapellmeister behielt das Manuskript, sah es durch und teilte wenige Tage später dem völlig überwachten Notenschreiber mit, daß diese Sinfonie im nächsten Colonne-Konzert aufgeführt werden würde. Und die Uraufführung dieser Sinfonie des bisher unbekanntenen Komponisten fand in der vergangenen Woche in Paris auch statt: das Werk wurde mit stürmischer Begeisterung aufgenommen und Musiker wie Musikfreunde sind sich darüber einig, daß mit dieser Sinfonie die musikalische Kunst um ein Meisterwerk bereichert worden ist.

Pierné berichtet selber: „In dieser Komposition sind alle Prinzipien moderner Musik verflochten. Die sinfonische Entwicklung von außerordentlicher Kraft und Schönheit; es schien kaum glaublich, daß dies bereits 1883 komponiert sein soll. ... Als ich Panelli vorlas, das Werk aufzuführen, fiel er aus allen Wolken. Er meinte, er wolle lieber etwas Neues komponieren, aber ich lehnte seinen Willen durch. Die aufgeführte Sinfonie ist nur ein Teil aus einer Folge, die „Sinfonische Bilder“ heißt, die jetzt alle aufgeführt werden sollen.“

Die Bergwerkspolizei im Sonnenlicht. Man kennt das traurige Schicksal der armen Bergwerkspolizei, die in die Schächte hinabgeführt werden, um dort in schwerer Arbeit ihr Leben zu verbringen, im Dunkel, im ewigen Dunkel, denn sie bleiben bis zu ihrem Tode in den Schächten und sehen gewöhnlich das Sonnenlicht nie wieder. Es war ein merkwürdiges und rührendes Schauspiel, als am Sonnabend in Sunderland aus der Warmouth-Grube die

Stillos wird sie gegenüber den technischen Angestellten angewandt. So wurde ein Angestellter mit 110 M. monatlich verpflichtet, in Deutschland, Rußland oder der Schweiz zwei Jahre nach seinem Ausscheiden keine Stellung anzunehmen; dafür mußte er sein Ehrenwort versprechen und außerdem wurde ihm eine

Konventionalstrafe von 10000 M. auferlegt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Mißbrauch mit dem Ehrenwort nimmt überhaupt sehr überhand. So werden Angestellte verpflichtet, ihr Gehalt gegenüber den eigenen Kollegen geheim zu halten. Dadurch scheidet natürlich eine gewerkschaftliche Betätigung solcher Angestellten vollständig aus. Daneben gibt es dann noch eine andere Konkurrenzklause, die Geheimabkommen zwischen den Unternehmern, wodurch sie sich verpflichten, Angestellte, die aus einem Betriebe austreten, nicht in ihrem Betriebe zu beschäftigen.

Zu all diesen Abkommen kommt dann noch die wirtschaftliche Konzentration. Die verschiedenen Kongerne haben Abkommen untereinander getroffen, die die Freizügigkeit der Angestellten außerordentlich beschränken. Dadurch wird ein Maß von Abhängigkeit erzielt, daß heute der Angestellte gewissermaßen als Knecht dem Unternehmer gegenübersteht.

Diese Abhängigkeit findet ihren prägnanten Ausdruck auch in der Erfinderklausel. Vom Staatssekretär ist erfreulicherweise mitgeteilt worden, daß auch die Erfinderklausel mit der Revision des Patentrechts verbunden werden soll. Ich möchte darauf hinweisen, daß dem Angestellten, der Patente verwerten will, außerordentliche Schwierigkeiten seitens des Unternehmers durch den sogenannten Patentreit gemacht werden können, so daß jetzt die Erfinderklausel für den Unternehmer oft überflüssig ist. Wir verlangen, daß die Erfinderklausel unter allen Umständen gelöst werden, denn der Angestellte verkauft doch nur seine Arbeitskraft dem Unternehmer, und was er durch seine schöpferische Kraft erwirbt, das ist sein Eigentum. Die Herren auf der rechten Seite, die sonst so großen Wert auf die Unerklichkeit des Eigentums legen, müßten auch in dieser Frage mit unseren Forderungen übereinstimmen. Wir müssen fordern, daß diese Fragen durch gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Angestellten geregelt werden.

In unserer Resolution haben wir Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, durch den ein einheitliches Privatangestelltenrecht gefordert wird. Wir wollen uns nicht mehr damit aufhalten, für die vielen einzelnen Gruppen der Angestellten besondere Rechte zu schaffen. Wir brauchen ein

einheitliches Angestelltenrecht,

ähnlich wie es in Desterreich schon besteht. Dabei braucht auch nicht alles schematisiert werden, sondern es müssen die besonderen Erfordernisse der einzelnen Gruppen berücksichtigt werden. Heute bestehen nicht weniger als sechs Einzelgesetze und daneben noch verschiedene Landesgesetze, die sich mit den rechtlichen Verhältnissen der Angestellten beschäftigen.

Die Nationalliberalen wollen in ihren Anträgen die Bureauangestellten nicht einbeziehen in die rechtliche Einheit der Privatangestellten, sondern sie verlangen für diese Gruppe besondere Bestimmungen. Das würde wieder nur halbe Arbeit sein, weil zwischen den Bureauangestellten und anderen Privatangestellten, beispielsweise den Handelsangestellten, doch sehr enge Verbindungen bestehen. Die Sonntagsruhe, der Ladenschluß, angenehme Ruhepausen, Erholungsurlaub und viele andere Wünsche, in denen die Angestelltenbewegung völlig einmütig ist, müssen mit hineingenommen werden in das zu schaffende Einheitsrecht der Privatangestellten. Ich bin überzeugt, daß wir bei dem üblichen Tempo der deutschen Sozialpolitik auf eine derartige Zusammenfassung des Angestelltenrechts lange warten müßten. Eins aber läßt sich schon herbeiführen: die völlige rechtliche Gleichstellung der technischen Angestellten und Bureauangestellten mit den Handelsangestellten. Dazu sind keine großen gesetzgeberischen Vorbereitungen nötig, wenn nur die Regierung den Anregungen der verschiedenen Parteien in dieser Richtung folgen wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zum Koalitionsrecht.

Mit der Besprechung der Resolution auf ein Arbeitswilligen-Gesetz ist wieder von vielen Rednern das alte Lied von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften verbunden worden. Mit diesem Gerede stehen die Tatsachen in argem Widerspruch. Selbst der Zentralverband der Industriellen, der eine Umfrage über dieses Gebiet veranstaltet hat, konnte nur feststellen, daß in den Jahren 1904 bis 1910 nur durchschnittlich

14 Fälle von Streikvergehen pro Jahr

zu ermitteln waren. Auf 100 Streiks kam erst eine sogenannte „Gewalttat“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun muß man auch berücksichtigen, was alles als „Gewalttat“ in diesem Sinne aufgefaßt wird. Darin gebe ich dem Staatssekretär recht, daß in den letzten Jahren die Rechtsprechung in Bezug auf den § 153 der Gewerbeordnung geradezu ungeheuerlich verschärft worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hat Strafen verhängt, die geradezu das Rechtsempfinden der Arbeiterschaft empört haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Beispielsweise wurde ein Streikender, der einen Lehrling fragte, ob Streikarbeit angefertigt werde, deswegen zu Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Klassenjustiz hat bei der Beurteilung von Streikvergehen die tollsten Willkür geübt. Trotzdem sind die Streikvergehen erheblich zurückgegangen. 1905 kam auf 1510 Mitglieder der Gewerkschaften ein einzelner Fall, 1909 war es erst bei 4745 Mitgliedern ein Fall zu verzeichnen. Da scheint doch wirklich keine Notwendigkeit zu einer Verschärfung der Gesetze zu bestehen. Der Terrorismus, der in den Unternehmen erreicht wird, sieht ganz anders aus. Der wird ja nicht nur geübt gegen Angestellte und Arbeiter, sondern auch gegen die eigenen Klassengenossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wehrens entrißte sich wer weiß wie sehr über den Terrorismus der freien Gewerkschaften, aber über die Angriffe der Unternehmer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten wagte er kaum ein leises Säuseln der Kritik. Die Angestellten haben ja nicht minder unter den Angriffen gegen ihr Koalitionsrecht zu leiden, wie die Arbeiter. Es scheint, als ob unter den Industriellen auch den Angestellten gegenüber das Wort jenes Bischofs zur Weltanschauung geworden ist: Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben! Die Angestellten teilen diese Meinung jedenfalls nicht. Wenn Abg. Pieper meinte, daß der Radikalierungsprozess in der Angestelltenbewegung nur eine Kinderkrankheit sei, so bin ich der Meinung, daß im Gegenteil dieser Prozess erst anfängt, und sich sehr bald weiter entwickeln wird. Die Zentrumsabgeordneten sollten doch an die Entwicklung der Zentrumsbewegungen denken, die sich auch gegen den Willen ihrer Gründer immer mehr radikalisiert haben. Zerstückeltes das Unternehmertum gegen die Organisationen der Angestellten vorgeht, um so mehr muß die Überzeugung in den Angestelltenkreisen wachen, daß sie nur durch gemeinsames Vorgehen sich der Gewalttaten des Großkapitals erwehren können. Von den Unternehmern werden sogar diejenigen Angestellten geächtet, die früher einmal einer Organisation angehört haben. Solche Vorgänge erheischen allerdings einen Schutz des Koalitionsrechtes gegen die Angriffe des Unternehmertums. Die Angestellten und Arbeiter haben das Recht, von der Gesetzgebung zu beanspruchen, daß das ihnen durch Reichsgesetz gewährleistete Koalitionsrecht nicht durch derartige Gewaltmaßnahmen der Unternehmer unterbunden wird. Es ist dann noch der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht worden, sie hätten „ihre Leute“ im Lande in ganz unrichtiger Weise über die Wirtschaftspolitik unterrichtet. (Sehr richtig! Wehrens.) Nein, sehr unrichtig! Im allgemeinen ist heute die Arbeiterschaft über die Wirkung ihrer Wirtschaftspolitik so ziemlich unterrichtet. (Zuruf rechts: Irrgeführt!) Wenn der Abg. Wehrens

sagte, daß man der deutschen Arbeiterschaft nicht erzähle von der glänzenden Entwicklung der deutschen Industrie, so irrt er. Die deutsche Arbeiterbewegung hat sehr genau verfolgt, welchen ungeheuren Reichtum das Großkapital der Landwirtschaft wie der Industrie aus dieser Auspönerung der arbeitenden Bevölkerung erreicht hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß dieser Segen der Entwicklung nicht der großen Bevölkerung zugute kommt, sondern einer Hand voll Großkapitalisten, das weiß das Volk. Es faßt heute unter der Feuerung. Wenn von jener Seite gesagt wird, daß in der Lohnfrage seitens der Arbeitgeber Entgegenkommen gezeigt werden möge, so hat das Unternehmertum schon häufig bewiesen, daß es dazu nicht bereit ist und daß nur die

Selbsthilfe der Angestellten

und Arbeiter etwas erzwingen kann. Für die Aufklärung, die Sie (zur Rechten) den arbeitenden Klassen bringen, ist es bezeichnend, daß Sie sogar die Reichsfinanzreform als einen Segen für die Arbeiterschaft bezeichnen. Für diese „Aufklärung“ ist allerdings in den breiten Massen des Volkes kein Verständnis vorhanden. Was seitens der Sozialdemokratie geschehen kann, die Sozialpolitik weiter vorwärts zu treiben, das soll geschehen. Wir werden dafür sorgen, daß den schönen Reden auch Taten folgen, wir werden eine Situation schaffen, von der man sagen muß: Da hilft kein Rundspitzen, da muß gepöpselt werden! (Lebhafte Weisheit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiesbert (Z.): Die Privatbeamtenversicherung ist keineswegs ein Produkt der Angst vor den Reichstagswahlen gewesen, sondern der Besorgnis, ob der neue Reichstag die Frage ebenso gut lösen würde können als der alte. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir warten auf die Taten der Sozialdemokratie. Brechen Sie den Widerstand der Regierung in Sachen der Konkurrenzklause, wir konnten es nicht. Wenn Sie in fünf Jahren die Erfolge erreichen, die wir erreicht haben, dann werde ich zum erstenmal sagen: Das ist positive Mitarbeit! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Zeichenbeifer werden gegenüber den Arbeiterorganisationen eine andere Haltung einnehmen müssen, die Gesetzgebung muß den Arbeitern mehr entgegenkommen. Das Problem des Minimallohns ist geregelt durch die Tarifverträge für manche Branchen. Es ist das keine utopische Forderung. Die schwere, gefährliche und an vorgängige Arbeitsleistung vor Erreichung der Arbeitsstätte geknüpften Vergammsarbeit hätte zunächst Anspruch auf den Minimallohn, dem aber die Minimalleistung gegenüberstehen muß. Im Buchdruckertarif ist sie festgelegt, auch der vor 5-6 Jahren abgeschlossene Maurertarif enthielt eine solche Bestimmung; es hat sich aber herausgestellt, daß die Arbeiter — im allgemeinen! — erfreulicherweise — auch ohne das ihre Arbeit voll leisten. Das preußische Vergesetz bestimmt, daß als Durchschnittslohn, falls die Neueinstellung der Bedingte vergessen wird, der tatsächliche Verdienst des letzten Monats gilt; es wird da tatsächlich schon ein Minimallohn positiv festgesetzt. Von einem Sympathiestreik für England wollen die Vergarbeiter und die öffentliche Meinung nichts wissen, er würde auch den Engländern nicht viel nützen. Hoffentlich lassen sich die deutschen Grubenbesitzer nicht zum Kohlenexport nach England mißbrauchen. Sie sollen vor allem die Steigerung der englischen Kohleneinfuhr in Deutschland bekämpfen, das wäre auch eine Nebensache für die Haltung der englischen Zeichenbeifer im Jahre 1905. — Die jetzige Lohnbewegung trägt ihre Verdrängung in sich. Die Grubenbesitzer haben die Frage höchst unklug behandelt, sie müßten die Tenuerung und den Lohnrückgang berücksichtigen. Bei der Rentabilität der deutschen Gruben sind Lohnreduzierungen überhaupt ungerechtfertigt. Der Preissteigerung muß eine Lohnsteigerung entsprechen. Die deutsche Kohle ist nicht in erster Linie zur Ausbeutung der Arbeiter durch eine Handvoll Kapitalisten da. Werden die Zeichenbarone nicht vernünftiger, so bin ich für ein Syndikatsgesetz, das Lohnreduzierungen bei steigender Konjunktur vorschreibt. Warum hat Abg. Sasse denn nichts von den elenden Löhnen im mittelschleischen Kohlenrevier gesprochen? (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Dort wäre ein Streik, wenn schon, viel nötiger als im Ruhrrevier. Falsch ist es, daß die Zeichen es ablehnen, mit den Verbänden zu verhandeln. Bilde Streiks blieben dann vermieden. Ohne den christlichen Verband mit seinen 45 000 Mitgliedern können die verbündeten Verbände mit 70 000 + 80 000 = 100 000 Mitgliedern keinen erfolgreichen Streik durchführen. Die Arbeiterzerpitterung im Ruhrrevier ist sehr bedauerlich. Ich will sie nicht verschärfen. Aber die christlichen Arbeiter haben das größte Mißtrauen in die christlichen Absichten des sozialdemokratischen Verbandes seit dem Kampfe von 1905. Der wurde gemeinsam geführt und gemeinsam abgebrochen. Während der alte Verband der Haltung des christlichen Gewerkschaftsvereins Anerkennung zollte, griff die sozialdemokratische Presse und namentlich Redakteur Hähnisch — Vorkund in der „Leipz. Volksztg.“ den christlichen und den alten Verband heftig an, diesen wegen des gemeinsamen Vorgehens mit den Christlichen. Eine Polemik der „Vergarb.-Ztg.“ dagegen wurde blühlich abgebrochen. Wir haben auch jetzt das Mißtrauen, daß Sie nur den christlichen Verband zerstoren wollen. So lange der alte Verband in den christlichen Organisationen nicht Gleichberechtigte sieht, mit denen man ein Stück zusammengehen kann, ist kein Friede und noch weniger eine Verschmelzung möglich. (Zurufe der Sozialdemokraten: Sie gehen ja mit uns nicht zusammen!)

Der sozialdemokratische Verband ist selbst überzeugt, daß der Vergarbliche Verein einhalten würde, sonst hätte er sie nicht verlangt. Er sollte darum auch ruhig zuworten, ob nicht die Vergarherren der Kohlenpreissteigerung die Lohnreduzierungen folgen lassen werden. Auf der Generalversammlung des christlichen Gewerkschaftsvereins werden in den nächsten Tagen in völliger Demokratie die Beschlüsse über unser Vorgehen gefaßt werden. Der Staatssekretär sollte endlich die Initiative ergreifen, die preussische Staatsregierung im Kohlenyndikat für Lohnreduzierungen eintreten.

Der Redner wünscht zum Schluß eine Regelung der heute überlangen Arbeitszeit in den Kohlereibetrieben der Zeichen. Die deutsche Industrie ist durchaus so gestellt, daß sie ihre Arbeiter auskömmlich bezahlen könnte. (Weisheit im Zentrum.)

Abg. Kösch (natl.): Bei den vielen Erörterungen über den Mittelstand ist hier recht wenig von dem kaufmännischen Mittelstand gesprochen worden, der für unser Wirtschaftsleben von größter Bedeutung ist. Im Danzabund hat sich dieser Stand eine machtvolle Vertretung geschaffen. (Zuruf rechts.) Wenn Sie nur durch persönliche Angriffe gegen den Bundespräsidenten und entgegengetreten können, so beweist das die Schwäche Ihrer Argumente. Wir haben in Baden viele Beispiele für den politischen Terrorismus der Zentrumsparthei. Diese Partei hat sich ja jetzt für ihren interkonfessionellen Charakter ein Eigenbild geschaffen. Ich halte aber dieses in der Hinsicht gewählte Feigenblatt für eine vorübergehende Erscheinung. (Heiterkeit.) Wenn die Rechte wirklich für den Mittelstand eintreten will, so möge sie dafür sorgen, daß nicht wieder neue Steuern dem Mittelstand aufgetrieben werden, sie möge also für die Erbschaftsteuer stimmen. (Lebhafte Zustimmung links, Laufen rechts.)

Abg. Kersting (Sp.): Wir würden nicht so viel Mittelstandsfragen haben, wenn nicht unsere Erziehungspolitik seit einem Jahrhundert so weit hinter den gewaltigen Umwälzungen auf allen Gebieten zurückgeblieben wäre. Das gilt vor allem für die Handwerkerfragen. Wenn eine Lösung überhaupt möglich ist, kann sie nur von großen Geschäftspunkten aus in Angriff genommen werden. Es nützt uns nichts eine Mittelstandsrepublik als Mittelpolitik, als Kampfpolitik gegen die Sozialdemokratie, als Schumauerpolitik. Es kommt für eine gesunde Entwicklung des Staates darauf an, möglichst viel unabhängige Menschen zu schaffen. Es gibt keinen Kulturnaat aus Sklaven, sondern nur das ist ein Kulturstaat, der aus einer gewissen Zahl von freien, unabhängigen Menschen besteht und der jedem

so viel Freiheit der Betätigung gibt, wie mit der Freiheit der anderen vereinbar ist. Was ist nun eine richtige Erziehungspolitik? Und was könnte eine solche Erziehungspolitik gegenüber einer Schulpolitik schaffen. Die Schulpolitik schafft immer mehr abhängige, sie führt zur

Verfassung des ganzen wirtschaftlichen Lebens.

Warum herrscht bei den norddeutschen Handwerkern eine solche Abneigung gegen die Erziehungspolitik? Sehr einfach — von der Schulpolitik verspricht man sich sofort materiellen Gewinn, sie erfordert vom Handwerk keine materiellen, keine persönlichen Opfer. Anders die Erziehungspolitik, die auch nicht sofort, sondern auf die Länge aber um so gründlicher wirkt. (Sehr richtig! links.) Die Kardinalfrage der Erziehungspolitik ist: wie verschafft sich der Mittelstand einen intelligenten Nachwuchs und wie ist die Fortbildung und Ausbildung selbständiger Existenzen zu denken. Die Qualität des Nachwuchses im Mittelstand muß vor allem gehoben werden, denn es bedeutet eine enorme Vergeudung von Mitteln, wenn man ein minderwertiges Menschennaterial durch später einsetzende Fortbildung wertvoller machen will. Unsere deutschen Volls- und höheren Schulen geben leider einer selbständigen manuellen Betätigung viel zu geringe Nahrung. Und doch könnte gerade die Schule dem Handwerk viel Intelligenzen zuführen. Wo gibt es bei uns wie häufig in den Vereinigten Staaten von Nordamerika Absolventen von höheren Schulen, welche als Lehrlinge zwei oder drei Jahre in einen Fabrikbetrieb eintreten oder gar in einem mittleren Meisterbetrieb! Unsere realistischen Schulen, unsere Volksschulen haben keine Beziehung zum praktischen Leben, sie führen ein eigenes gesondertes Dasein. Wie kann man erwarten, daß sie ihre Schüler dafür erziehen, selbständig den Kampf im wirtschaftlichen Leben aufzunehmen? Wenn sie dem Mittelstand intelligente Kräfte zuführen wollen, müssen sie nach amerikanischem Muster organisiert werden. Die Erziehung zur manuellen Tätigkeit allein genügt natürlich nicht, dazu kommen muß die Erziehung zur Umsicht, Energie, Ehrlichkeit, der Ehrgeiz, eine Sache so gut wie möglich zu machen, Unternehmungslust. Und wenn die Schule nach den Grundzügen der Arbeitgemeinschaft eingerichtet ist, wie ich das vertritt, wird sie auch die wichtigsten sozialen Tugenden entwickeln. (Sehr gut! links.) Sollte diese Erziehungsarbeit zur Hebung des Mittelstandes nicht beitragen, so wird sie auf jeden Fall zur Hebung der Arbeiter dienen, der großen Massen, die durch Arbeit ihre Lebensgrundlage finden, sie ist also keineswegs eine vergebliche Politik, sondern wirkt unter allen Umständen vorbildend. (Bravo! links.)

Eine zweite Kardinalfrage ist die Lehrlingsfrage. Die Meisterlehre reicht nicht aus. Das Fortbildungs- und Fachschulwesen ist um so notwendiger, da vielfach Lehrlinge nur als billige Arbeitskräfte von den Meistern benutzt und immer mit derselben Tätigkeit beschäftigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner ist notwendig kaufmännische und wirtschaftliche Ausbildung der Lehrlinge und die von Herrn Pauli so verpönte staatsbürgerliche Erziehung. (Sehr richtig! links.) Staatsbürgerliche Erziehung ist natürlich nicht etwa ein Heißerum gegen die Sozialdemokratie (Heiterkeit). Sie besteht nicht allein in staatsbürgerlicher Belehrung, sondern in der Erziehung zum sozialen Sinn. Man kann Professor der Staatsbürgerrechte sein und doch keinen Funken sozialen Sinnes haben. (Sehr richtig! links.) Und nicht bloß die Arbeiter, auch andere Klassen staatsbürgerliche Erziehung brauchen. (Sehr wahr! und Heiterkeit links.) Ein Musterbeispiel für eine Fachschule ist neben der Münchener die Göttinger Fachschule für Feinmechanik.

Nun sagt Herr Pauli, das brauchen wir alles nicht; es genügt, in den Fortbildungsschulen Rechnen, Lesen und Schreiben zu lehren. (Zurufe: „Religion!“) Nein, Religion hat er zunächst abgelehnt. Früher war man derselben Ansicht auch in England, aber die Engländer sind inzwischen geistlicher geworden. (Große Heiterkeit.) Es ist möglich, daß wir auch Herrn Pauli noch belehren. Nun will ich durchaus nicht die glatte Übertragung des Münchener Verfahrens auf alle anderen Städte empfehlen. Die Schulorganisation muß sich immer den lokalen Verhältnissen anpassen. Drei Grundmerkmale aber muß jede Organisation haben: Das eine ist, daß die reine Freude am Arbeiten, am praktischen Schaffen in den Schülern geweckt wird, daß sich zweitens in ihnen ein moralisches Bedürfnis entwickelt, alle Arbeiten so gut, reell und gewissenhaft und einwandfrei wie möglich zu machen (Weisheit), und das dritte ist, daß die Schule den sozialen Sinn hebt, den Gemeinfinn und den Gemeinschaftssinn. (Lebhafte Weisheit.) Die Tüchtigen werden immer ihr Lebensschiff sicher führen, um so sicherer, je weniger sie von den Untüchtigen gehindert werden. (Lebhafte Weisheit links.)

Abg. Dombel (Vole) erörtert eingehend die Arbeits- und Lohnverhältnisse im ober- und mittelschleischen Bergbau. Die elenden Löhne der schlesischen Vergarbeiter sind dringend auf Besserungsbedürftig. Es würde auch im Interesse der Unternehmer liegen, wenn sie im Ruhrrevier den Arbeitern so entgegenkommen, daß ein Streik vermieden werden kann. Angeht die Tatsache, daß jetzt schon von Westfalen und Rheinland Bergarbeiter nach Schlefien geschickt werden, um von dort Menschenmaterial heranzuschaffen, ist aber kaum auf eine einrichtsvolle Haltung der Unternehmer zu rechnen. — Bei der herrschenden Unruhe bleiben die weiteren Ausführungen des Redners unverständlich.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittag 1 Uhr. (Weiterberatung des Reichsamts des Innern.)
Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages

begann am 6. März mit der Beratung des Abschmittes Interpellationen. Eine Generaldebatte wurde nicht gewünscht, aber es sollen zwei Lesungen stattfinden. Anträge lagen vor vom Abg. Gröber, von den Nationalliberalen und Fortschrittlichen sowie von den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten beantragten mehr Rechte für die Widerrechtlichkeit und kleineren Fraktionen insofern, als sie beantragten: „Auf Verlangen von mindestens 50 Mitgliedern erfolgt die sofortige Besprechung auch dann, wenn der Reichszugler eine bestimmte Erklärung über die Beantwortung nicht abgibt.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Zu den einzelnen Absätzen des § 39 der Geschäftsordnung wurden nach den Vorschlägen Müller und Fund Änderungen beschlossen. Die Sitzung wurde mit den Debatten über § 39 angefaßt, der nach der Abstimmung folgende Fassung erhielt: „Interpellationen müssen bestimmt formuliert und von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet eingereicht werden. Der Interpellant können kurze Erwägungsgründe beigefügt werden. Der Präsident setzt die Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, teilt sie schriftlich sofort dem Reichszugler mit und fordert ihn in der ersten nach der Einreichung der Interpellation stattfindenden Sitzung zur Erklärung darüber auf, ob und wann er die Interpellation beantworten werde. Erklärt sich der Reichszugler zur Beantwortung bereit, so wird an dem von ihm bestimmten Tage dem Interpellanten zur Begründung der Interpellation das Wort erteilt. — An die Beantwortung oder Ablehnung der Interpellation schließt sich die sofortige Besprechung, falls mindestens 50 anwesende Mitglieder dies verlangen. Mit Zustimmung des Interpellanten darf die Besprechung in einer späteren Sitzung vorgenommen werden. Bei Ablehnung der Beantwortung erhält der Interpellant zunächst das Wort. — Durch Beschluß des Reichstages kann die sofortige Besprechung auch dann zugelassen werden, wenn der Reichszugler eine bestimmte Erklärung, ob und wann er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt oder die Frist zur Beantwortung auf mehr als zwei Wochen vom Tage ihrer Einberufung an bemißt. Die Beschlussfassung erfolgt spätestens in der nächstfolgenden dritten Sitzung.“

Für diese Fassung des § 3 stimmten alle Mitglieder mit Ausnahme der drei Konserverfabriken.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Kommission bewilligte in der Mittwochssitzung eine sechste Rate für die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals im Betrage von 42 Millionen Mark. Die gesamten Baukosten sollen schätzungsweise 223 Millionen Mark betragen, wovon seit 1907 insgesamt 156 Millionen Mark bewilligt worden sind. Die Entscheidung darüber, ob die neu angeforderten 42 Millionen Mark aus einer Anleihe oder aus laufenden Mitteln gedeckt werden sollen, wird erst bei der dritten Lesung des Etats fallen. Offenbar soll erst eine Verständigung über die Dedung der neuen Militärvorlage herbeigeführt werden.

Für den Friedenspalast in Haag will Deutschland ein kunstvolles, schmiedeeisernes Tor stiften, das 60.000 Mk. kosten soll. Spottweise wird behauptet, das Tor solle dazu dienen, den Frieden aus dem Palast auszuschließen. — Für den Bau von Kleinwohnungen für Reichsbeamte werden 4 Millionen Mark gefordert. Insgesamt sind bisher für diesen Zweck 41 Millionen Mark bewilligt worden. — Von sozialdemokratischer Seite wird bemängelt, daß die jährlich in den Etat für den Wohnungsbau eingesezte Summe sehr schwankt; es müsse mehr Stabilität in diesen Wohnungsbau hineinkommen. Weiter sei notwendig, dem Reichstag recht bald ein Wohnungsgesetz zugehen zu lassen. Staatssekretär Delbrück erklärt, daß er zu Beginn der Herbstsession genaue Angaben darüber machen kann, ob ein solches Gesetz kommt und in welcher Richtung es sich bewegen wird. Bei den 4 Millionen Mark jährlicher Aufwendung soll es bleiben. Angenommen wurde eine Resolution, die den Reichstag ersucht, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu bilden, welche alle Initiativanträge beraten soll, die das Wohnungswesen betreffen.

Beim Etat der Finanzverwaltung wurde die vom Zentrum angeregte Frage eingehend diskutiert, ob der Bundesrat berechtigt war, den Salzsteuergesetz vom 15. Februar bis 20. April zu suspendieren. Staatssekretär Delbrück gab namens der Regierung die Erklärung, daß auf Grund eines alten Gewohnheitsrechts der Bundesrat zu seiner Maßregel berechtigt war. Abg. Dr. Dertel (L.) widersprach lebhaft dem Staatssekretär. Der Bundesrat hätte dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen müssen wegen des Zollgesetzes. Die Regierung habe nur den Entschuldigungsgrund für sich, daß die Mehrheit des Reichstages den Zolltarif verlangt und ihn auch begründet habe. Da die Konserverfabriken überhaupt Gegner des Zollgesetzes seien, können sie auch nicht die nachträgliche Vorlegung eines Gesetzentwurfes fordern. Die Händler in Holland und Rußland hätten übrigens die Kartoffelpreise sofort nach Bekanntgabe des Zollgesetzes erhöht. Vom Abg. Erzberger wurde eine Resolution eingebracht, die die halbjährliche Revision des Zollvereinsgesetzes von 1869 fordert, auf das sich der Bundesrat beim Erlaß des Kartoffelgesetzes stützte. Staatssekretär Wermuth weist zunächst nach, daß nach den Notierungen der Berliner Börse die Kartoffelpreise nach dem Erlaß des Bundesrats gefallen seien. — Im Sinne der Regierung sprachen sich die Abg. Gothein und Schiffer aus. Abg. Dr. Südekum betont, daß die Sozialdemokratie stets bereit sei, die Rechte des Parlaments zu wahren. Im vorliegenden Falle handle es sich aber nicht um einen Verstoß gegen ein Gesetz, noch um einen Eingriff in die Rechte des Parlamentes. Die Maßregel des Bundesrats war staatsrechtlich einwandfrei und wirtschaftlich erwünscht. Sollte der Zolltarif auf die Kartoffelpreise noch nicht gedrückt haben, so sei doch nur bewiesen, daß die getroffene Maßregel allein nicht genügt und mehr gesehen muß. Die von Erzberger beantragte Revision des Zollvereinsgesetzes von 1869 halten wir nicht für notwendig und wenn die Erzberger'sche Resolution bezweckend sollte, dem Bundesrat das Recht zu nehmen, solche Ausnahmen anzuordnen, so sind die Sozialdemokraten auch strikte Gegner der in der Resolution erhobenen Forderung. Abg. Paasche beantragt die gesetzliche Regelung der Befugnisse des Bundesrats zum Erlaß von Hüllen aus Billigkeitsgründen. Dieser Antrag fand Annahme, die Resolution Erzberger wurde zurückgezogen.

Im Etat des Reichsjustizamts werden, wie schon im Vorjahre, wiederum 120.000 Mk. zur Ausarbeitung des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuches gefordert. Die mit dieser Aufgabe betraute Kommission wird noch länger beschäftigt sein. Der Allgemeine Teil des Entwurfs ist fertig; die Fertigstellung des ganzen Entwurfs wird bis zu den Gerichtsfesttagen 1913 dauern, wie die Regierung erklärte. Ob der jetzige Reichstag sich mit dem neuen Strafgesetzbuch befassen können, sei doch sehr zweifelhaft. Die geforderte Summe wurde bewilligt.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Am Mittwoch befahl sich die Kommission noch einmal mit der Wahl des Reichsverbändlers Dr. Becker. Im Wahlprotest wurden eine Menge Verstöße aufgeführt, die, wenn sie auch nur zum Teil erwiesen werden, zu einer Kassierung des Mandats führen müssen. Die Kommission beschloß einstimmig, die Wahl zu beanstanden und über die als beachtlich anerkannten Protestpunkte Beweis zu erheben.

Die Wahlen der Abg. Dunajski (Pole) und Jaler (nass.) wurden für gültig erklärt, weil die erhobenen Einwendungen, auch wenn sie voll erwiesen würden, doch die Stimmenmehrheit der Gewählten nicht erschüttern könnten.

Aus den Kommissionen des Dreiklassenhauses.

Die Budgetkommission befahl sich am Mittwoch mit der geplanten Errichtung einer freien Universität in Frankfurt a. M. Bis auf das fortschrittliche Mitglied wandten sich sämtliche Parteien gegen diesen Plan, und es war geradezu ein reaktionärer Herrensabbat, der da von den Konserverfabriken und dem Zentrum aufgeführt wurde. Der Minister behauptete, daß nicht der Staat, also der Landtag, sondern die Krone das Recht habe, die Errichtung der Universität zu bewilligen. Den Jörn der schwarzen Mehrheit scheint es besonders erregt zu haben, daß die Frankfurter Universität keine theologische Fakultät haben soll. Indessen bemerkte ein nationalliberaler Abgeordneter, daß gegenwärtig für die theologische Ausbildung auf den preussischen Universitäten so gesorgt ist, daß auf einen Professor vier Theologiestudenten kommen! Allerdings ist er diese Bemerkung nur geistlos gemacht. Der Kultusminister erklärte auch, daß jedenfalls die Errichtung der Universität nur unter der Bedingung gestattet werden würde, daß die Professoren unter denselben Voraussetzungen, wie an den staatlichen Universitäten, d. h. auf Vorschlag der Universität von der Regierung ernannt werden. Im übrigen ist dieser Universitätsplan noch nicht sehr weit gediehen.

In der Gemeindeforschungs-Kommission beschloß man, einige Petitionen, die verlangten, daß den Frauen das direkte Gemeindewahlrecht übertragen werde, der Staatsregierung als Material zu überweisen. Dies beweist, daß für das Verlangen der Petition eine gewisse günstige Stimmung vorhanden ist. Das ist allerdings um so weniger verwunderlich, als es sich dabei natürlich nur um solche Frauen handelt, die nach den reaktionären Bestimmungen des preussischen Gemeindewahlrechts wahlberechtigt sind, in erster Linie also um Hausbesitzerinnen. Für ein solches „Damen-Wahlrecht“ sind die Schwarzblauen zu haben, auch ohne daß erst von den ihr Wahlrecht fordernden Damen Petitionen eingeklagen werden.

Die Gemeindevahlbewegung.

Borghagen-Kummelsburg. Am Sonntag, den 10. März, finden von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr für die dritte Wählerklasse und am Montag, den 11. März, von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr für die zweite Wählerklasse die Wahlen zur hiesigen Gemeindevahl statt.

In der dritten Klasse müssen im 2. und 8. Bezirk Wahlen vorgezogen werden.

Der 2. Wahlbezirk, umfassend: Krossener Str. 15—24, Gabriel-

May-Str. 1—5 und 18—21, Gärtnerstr. 25—33, Simon-Dach-Str. 35—38, Simplerstr. 22—28 und Wühlhägerstr. 24—30, wählt in der Turnhalle der Boghagener Schule. Kandidat ist Lagerhalter Oskar Wölke.

Der 8. Wahlbezirk, umfassend: Emanuelstr. 1—7 und 10—15, Leopoldstr. 15—23, Ostbahnstr. 1—2, Prinz-Albert-Str. 33—44, Fischerstraße, Friedrichstraße, Hauptstraße, Lüdstraße, Wilhelmstraße, Schlachthalle und Köpenerdter Chaussee, wählt in der Turnhalle der Schule in der Prinz-Albert-Str. Kandidat ist hier Schankwirt Gust. Tempel.

Die zweite Wählerklasse wählt ebenfalls in zwei Bezirken, und zwar im 1. Bezirk, umfassend den ganzen Ortsteil Borghagen, zwei Gemeindevorordnete zu wählen. Von unserer Partei sind hier die Genossen Otto Jahn und Hermann Müller aufgestellt. Das Wahllokal für diesen Bezirk befindet sich im Restaurant „Bürger-Rosino“, Sonntagstr. 26.

Im 2. Bezirk, umfassend den ganzen Ortsteil Kummelsburg, ist ein Vertreter zu wählen. Hier ist Genosse Theodor Ritter aufgestellt. Das Wahllokal für diesen Bezirk befindet sich im „Roland“, Viktoriaplatz 1/2.

Morgen, Freitag, den 8. März, von abends 7 Uhr ab findet die Austragung der Wahlauforderungen statt. Die Parteigenossen werden ersucht, hierzu recht zahlreich erscheinen zu wollen. Für Borghagen ist Verteilungsort bei Heuer, Krossener Str. 28, und für Kummelsburg bei Tempel, Hauptstr. 2. Die Parteigenossen, welche sich an den Wähltagen, besonders am Montag, an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, melden sich am Freitagabend bei ihren Bezirksführern.

Steglich. In einer öffentlichen Gemeindevähler-Versammlung im „Vierwäldchen“ sprach am Montagabend Genosse Ahmann über die bevorstehenden Gemeindevahlen. Er schilderte wie unsere Gemeindevahl, der nur 2 Sozialdemokraten angehören, ihre Aufgaben erfüllt oder richtiger nicht erfüllt. Nach einer treffenden Charakterisierung unserer kommunalpolitischen Parteien und des Gemeindevorstandes forderte er die Wähler auf, am Montag und Dienstag der nächsten Woche ihrer Wahlpflicht zu genügen, um noch einige Sozialdemokraten ins Rathaus zu entsenden. Nach Genossen Ahmann, dessen Mandat demnächst abläuft und der in beiden Bezirken aufgestellt worden ist, nahmen noch die beiden anderen Kandidaten, die Genossen Leimbach und Krug das Wort zu kurzen Ausführungen. Ersterer kritisierte hauptsächlich die Zurücksetzung der Volksschulen gegenüber den höheren Schulen und kennzeichnete das Verhalten der Wählervereine in der Gemeindevahl. Eine Diskussion fand nicht statt. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, Genossen Klfemann, die wenigen Tage bis zur Wahl noch gut zur mündlichen Agitation auszunutzen, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Ober-Schönweide. In einer gutbesuchten öffentlichen Gemeindevähler-Versammlung hielt der Reichstagsabgeordnete Genosse Stolle einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung der Sozialdemokratie in der Gemeindevahl.

Nach dem Vortrag schritt die Versammlung zur Aufstellung der Kandidaten für die 3. Klasse. Als solche wurden die Genossen Graun und Lehmann einstimmig nominiert. Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit dem Appell an die Wähler, am Sonntag, den 10. März, recht zahlreich zur Wahl zu gehen und ihre Stimmen den Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben. Die Wähler der dritten Klasse mühten sich durch eine Massenbeteiligung an der Wahl gleichzeitig gegen das Dreiklassenwahlrecht zu demonstrieren, das zwei Wählern in der 1. Klasse ebenso viel Recht gibt, wie 4586 Wählern in der 3. Klasse.

Jelßner (Wannseebahn). Die Gemeindevahl für die dritte Klasse findet am nächsten Mittwoch, den 12. März, nachmittags von 4—8 Uhr, für den 1. Bezirk im „Fürstenthor“, für den 2. Bezirk im „Kaiserhof“ statt. Ein Antrag der Arbeiterschaft, die Gemeindevahlen an einem Sonntag stattfinden zu lassen, ist vom Gemeindevorstand mit der Begründung abgelehnt worden, daß die örtlichen Verhältnisse eine solche Maßnahme nicht rechtfertigen.

Dieses Mal scheidet auch der frühere Malermeister und jetzige konserverische Landtagsabgeordnete Herr Hammer aus unserem Parlament aus; wie verlautet, soll Herr Hammer durch seine parlamentarische Tätigkeit so in Anspruch genommen sein, daß ihm zur Ausübung eines Gemeindevorstandes keine Zeit mehr übrig bleibt. Die Arbeiterschaft weint dem Herrn keine Träne nach. Schon jetzt ist eine Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien untereinander zu beobachten; die Friedensschalmellen, die der Einberder der Monatschau im „Jehndorfer Anzeiger“ vor wenigen Tagen noch gebläht hat, haben sich über Nacht in schmerzernde Kriegsfanfaren verwandelt; und kann es schon recht sein.

Marlensfelde. Heute Donnerstag findet im Lokal von Manny die Wahl zur Gemeindevahl statt. In die Wahlzeit von 10 bis 12 Uhr auch unglücklich, so darf doch kein Arbeiter auf die Ausübung seines Wahlrechts verzichten. Genossen, die mit Marlensfelder Einwohnern zusammen arbeiten, werden ersucht, dieselben auf die Wahl aufmerksam zu machen.

Brit-Budow. Als Kandidaten für die bevorstehende Gemeindevahl in der dritten Klasse stellte die letzte außerordentliche Generalversammlung die Genossen August Prenzlau, Franz Heinze und Otto Derrms auf.

Pantow. Großer Jubel herrschte am Sonntagabend, als Genosse Gätig im Restaurant „Zum Fürstenthor“ über den Ausgang der Wahl berichtete. Ramentlich im Bezirk I Süd hatten die Gegner alles ausgeboten, um denselben für sich zu behaupten. Sechs Autos waren den ganzen Tag unterwegs, die bürgerlichen Wähler heran zu schleppen. Das eine Mal passierte ihnen das Maleur, daß sechs Mann, die sie aus der Uckermarkstraße mit Hilfe der Autos herangeschleppt hatten, ihre Stimmen für unsere Kandidaten abgaben. Um ganz sicher zu gehen, hatten die Gegner zwei Kollegen des Genossen Fiegler zur Arbeit mit herangezogen, die dann auch mit ganzer Kraft zu Werke gingen. Der Erfolg war, daß unser Genosse mit über 400 Stimmen Mehrheit als Sieger aus der Wahl hervorging. Unsere Genossen haben den ganzen Tag unermüdet gearbeitet, das Wahllokal war ununterbrochen so gefüllt, daß die Wähler stundenlang warten mußten. Mit Freuden konnte Gätig konstatieren, daß die Scharte von der Konfliktzeit bald ausgewetzt ist; nur ein Mandat sei nun noch das nächste Mal zu holen.

Heiligensee. Morgen, Freitag, den 8. März, finden die Gemeindevorwahlen der 3. Klasse für die Orte Heiligensee, Konradshöhe, Jörßfelde, Zegelort und Schulzenort statt. Die Wahlzeit ist von nachmittags 2 Uhr bis abends 8 Uhr festgesetzt. Das Wahlbureau befindet sich bei Peters in Heiligensee. Kandidat ist Genosse Franz Arumstow.

Dabendorf bei Jassen. In einer gut besuchten Versammlung referierte Genosse Klüh über die kommende Gemeindevahl. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine Diskussion, an der sich auch Bürgerliche beteiligten. Unsere Genossen Seile, Lau und Schulze wiesen an dem Verhalten der bürgerlichen Vertreter im Gemeindepalament nach, wie notwendig es ist, daß auch Arbeitervertreter im Vorparlament ihren Einzug halten.

Die Wahl findet am 9. März statt. Bis dahin müssen unsere Genossen noch rege für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten tätig sein.

Glenside (Nordbahn). Eine Wähler-Versammlung beschäftigte sich am Sonntag mit den bevorstehenden Gemeindevahlen. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Polenske-Kaufmann kam es zu einer lebhaften Aussprache über die am Orte herrschenden traurigen Schulverhältnisse. Die 145 Kinder werden von einem Lehrer und einer Lehrerin unterrichtet. Wenn letztere verhindert war, den Schulunterricht abzuhalten, so mußte der Lehrer den Unterricht für sämtliche Kinder übernehmen, wobei er bei den

kleinsten von einem Jungen der Oberklasse unterrichtet wird. Im letzten Winter ist es vorgekommen, daß der Unterricht ausfiel, weil die Schulzimmer nicht geheizt waren. Als Kandidat für die dritte Abteilung wurde der Genosse Uffert wieder aufgestellt. Die Wahl findet am Sonnabend, den 9. März, nachmittags von 4 bis 7 Uhr im Lokal von Trampel statt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, nach Kräften für die Wahl unserer Kandidaten zu agitieren.

Tegel. Zwei weitere Siege konnten unsere Parteigenossen bei der Gemeindevahl am Mittwoch erringen. Im 1. Bezirk erhielt Genosse Renner 506, der Kandidat der Bürgermeisterei-Partei Kollin 401 Stimmen. Im 2. Bezirk vereinigte Genosse Kadung 607 Stimmen auf sich, während es der gegnerische Kandidat Kollin nur auf 176 Stimmen brachte.

Wahlergebnisse.

Schnow. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahl der dritten Klasse erhielt von 57 abgegebenen Stimmen unsere Kandidat Genosse Richard Dukewitz 32 Stimmen. Es zieht nun der erste Sozialdemokrat in das Dorparlament ein.

Bei der Wahl der zweiten Klasse entschieden auf unseren Kandidaten 4, auf den Kandidaten der Hausbesitzer 6 und auf den Kandidaten der Gemeinde 6 Stimmen. Somit findet Stichwahl zwischen den beiden letztgenannten Kandidaten statt.

Aus der Frauenbewegung.

An die jungen Proletarierinnen

wendet sich die österreichische Genossin Adelheid Popp in ihrem „Mädchenbuch“ (Heft 6 der empfehlenswerten Sammlung „Die junge Welt“, Preis 20 Pf.). Adelheid Popp wird den meisten Proletarierinnen bereits durch ihre von Webel herausgegebenen „Lebensschicksale einer jungen Arbeiterin“ bekannt sein. In ihrem neuen Mädchenbuch erteilt sie schulentlassenen Mädchen, die in die raue Welt des Fabrik- und Geschäftslebens treten müssen, in warmen freundlichen Worten Ratschläge. Sie ist dazu um so eher berufen, als sie selbst das Elend und die Gefahren jugendlicher Fabrikarbeit erlebt hat. Die Winke beziehen sich auf den Verkehr mit Mitarbeiterinnen und Vorgesetzten, auf Arbeits- und Freizeitsunden, Kleidung und Lebensweise. Eine Reihe eingestreuter Gedichte aus dem Proletarierinnenleben (darunter von Webel, Behold, Wendell, Ada Negri) und die prächtige Skizze „Tiggater“ von Multatuli, dazu eine Zeichnung von Direr als Titelbild bilden Schmuck und wertvolle Ergänzung des Heftes.

Der diesjährige schweizerische sozialdemokratische Frauentag ist auf den 17. März festgesetzt. Es sollen in den Städten und größeren Orten Kundgebungen für das Frauenstimmrecht veranstaltet werden.

Beseabende.

3. Kreis. Heute 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Zimmer siehe Tafel). Vortrag der Genossin Wigotzinski über Kinderfürsorge.

Gerichts-Zeitung.

Sind die Verträge eines Zeitungsvorlegers mit den Zeitungsträgerinnen kempflichpflichtig?

Mit einem eigenartigen Prozesse, bei dem es sich um ein Objekt von ganzen 3 Mk. handelte, hatte sich am Dienstag das Reichsgericht zu beschäftigen. Der Verlag der „Stettiner Abendpost“ hatte mit einer Frau B. einen Vertrag und zwar schriftlich abgeschlossen, wonach sie die Pflichten einer Zeitungsträgerin übernehmen und für ihre Tätigkeit entsprechenden Lohn zugesichert erhielt. Verträge, welche regelmäßig wiederkehrende Dienstleistungen betreffen, die mit weniger als 1500 Mk. im Jahre entlohnt werden, sind vom Stempel befreit. Weil nun aber aus der Urkunde nicht ohne weiteres ersichtlich war, daß die Zeitungsfrau jährlich keine 1500 Mark verdient, so verlangte der Steuerfiskus die Verwendung eines Stempels von 3 Mk. Der Verlag zahlte, klagte aber auf Rückzahlung. Das Landgericht Stettin wies die Klage ab, das Oberlandesgericht Stettin erkannte jedoch am 31. Oktober 1911 dem Klageantrage entsprechend. Es war der Ansicht, daß es für die Befreiung von der Stempelpflicht genüge, daß aus dem gesamten Inhalte des Vertrages hervorgehe, daß die jährliche Einnahme der Zeitungsfrau aus ihrer Botenleistung weniger als 1500 Mk. betrage. Offensichtlich müßte eine Zeitungsfrau wenigstens 1000 Exemplare austragen, wenn sie annähernd 1500 Mk. verdienen wollte; dies ist aber nach den Erfahrungen des täglichen Lebens undenkbar. — In seiner Revision machte der Fiskus u. a. geltend, ein solcher Vertrag müsse klar und deutlich erkennen lassen, um welchen Jahresverdienst es sich handle. Man könne dem Stempelbeamten nicht zumuten, umständliche Erwägungen und Berechnungen vorzunehmen. Der Vertreter des klägerischen Verlages verwies darauf, daß die Vorinstanz keineswegs verlangt habe, daß die Höhe des Lohnes aus der Urkunde ersichtlich sein muß; es genüge aber vollständig, wenn sie erkennbar sei. Man dürfe denartige Bestimmungen nicht engherzig auslegen, nur um der Bequemlichkeit der Beamten wegen. — Das Reichsgericht wies die Revision des Fiskus als unbegründet zurück.

Der Tod unter dem Auto.

Das Landgericht III in Berlin hat am 26. September 1911 den Autodroschkenführer Karl Fies wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Am Nachmittag des 6. Mai 1911 wollte er in Deutsch-Wilmersdorf einen Kohlenwagen überholen. Auf dem Fahrdamm standen an dieser Stelle drei Lastwagen. Während der Angeklagte vorüberfuhr, befanden sich diese, der Kohlenwagen und das Auto, in einer Reihe. Der Angeklagte fuhr so dicht an dem Kohlenwagen vorbei, daß er seinen Heberblick über die durch die anderen Wagen verdeckte Fahrbahn hatte. So überfuhr er zwei kleine Mädchen, die gerade den Fahrdamm batten überqueren wollen. Das eine starb an den erlittenen Verletzungen.

Die Revision des Angeklagten wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen. In dem Heberholen an sich liegt keine Fahrlässigkeit, wohl aber darin, daß der Angeklagte dabei so schnell fuhr, daß er nicht sofort halten konnte.

Die Söhne des Millionärs.

Das Landgericht Cottbus hat am 4. April 1911 die Söhne des verstorbenen Tuchfabrikanten Baste, Otto, Albert und Kurt, wegen einfaches Bankrotts (Aufwand), Otto und Albert auch wegen Betruges verurteilt. Die Revision Ottos, der 9 Monate Gefängnis erlitten hat, wurde jetzt vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

38 Tork ein Produkt der Landwirtschaft?

Das Landgericht zu Hannover hatte Glisenius und andere kleine Landwirte, die auf Moorflächen ihrer Besitzungen Torf gewinnen und ihn dann im Hausierhandel absetzen, wegen Heberziehung des Hausierergesetzes zu Geldstrafen verurteilt. Sie sollten sich dadurch vergangen haben, daß sie den Hausierhandel im Sinne dieses Gesetzes ausübten, ohne die Hausiersteuer (Steuer vom Gewerbebetriebe im Umbergehen) zu entrichten und den vorgeschriebenen Gewerbebescheinigungen einzuliegen. Nun kennt das genannte Gesetz eine Ausnahme insofern, als es freiläßt den Hausierbetrieb mit „selbstgewonnenen Erzeugnissen der Landwirtschaft“. Hierauf hatten sich auch die Angeklagten berufen, indem sie geltend machten, daß es sich bei dem auf ihrem Moorland gewonnenen Torf um selbstgewonnene Erzeugnisse der Landwirtschaft handle. Das Landgericht verwarf aber diesen Einwand als unzulässig. Der Torf könne überhaupt nicht als ein Produkt der Landwirtschaft

angesehen werden, da er ohne menschliches Zutun in der Erde ent-
stehe.

Die Angeklagten legten Revision ein und machten geltend, daß
sie den Torf doch erst dem Moore abgewinnen müßten.

Das Kammergericht verwarf am 1. d. M. das Rechtsmittel.
Mit Recht sei das Landgericht davon ausgegangen, daß der Begriff
„Produkt der Landwirtschaft“ eine menschliche Mitwirkung beim
Entstehen des Produkts selber voraussetze, wie sie für das Korn
und andere Pflanzen z. B. das Säen sei. Und mit Recht sei das
Landgericht im Torf sein Erzeugnis der Landwirtschaft, weil für
das Entstehen des Torfes eine Mitwirkung menschlicher Tätigkeit
nicht in Frage komme.

Aus aller Welt.

Rot und Schwarz.

Hier soll gewiß nicht für oder wider oder über ein Bündnis
zwischen Sozialdemokratie und Zentrum geredet werden. Auch
Stendhals berühmter Roman steht nicht in Frage, sondern „Rot und
Schwarz“ ist ein liebtliches Spiel, wie es von Zeitratten um die
mittelmäßige Stunde herum gern gespielt wird. In der gestrigen
sondsvolten Verhandlung des geschilderten Retterisch-Prozesses
sah „Rot und Schwarz“ im Mittelpunkt einer entzückenden Idylle —
es war etwa, als wenn ein I. L. preußischer Unteroffizier den hoch-
beinigsten Redakten seiner Korporalschaft vor der Front umarmte.

Der Sitzungsbericht schildert die Idylle mit folgenden Worten:

Zeuge v. Mantuffel: Aus den verschiedenen Anzeigen
habe ich die Uebersetzung bekommen, daß die Karten der beiden
Farben verschiednen gebogen worden sind. Dies hat unter anderem
auch ein Herr v. Steinacker in seiner Anzeige gesagt, daß die Karten
gebogen gewesen waren, und zwar die roten nach oben und die
schwarzen nach unten. — Angell Quies: Da kann man
ja noch was lernen. Ich habe so etwas noch nicht gesehen.
— Vors.: Na, dann passen Sie man recht genau
auf! (Hinterkeit.) — Kommissar v. Mantuffel: Wenn man
neue Karten biegt, so hält diese Biegung längere Zeit aus. Der
Knecht zeigt nun, vor dem Zeugenisch stehend, wie es sich ermbg-
lichen läßt, die beiden Farben getrennt voneinander nach oben
bzw. nach unten zu biegen, ohne daß dies besonders auffällt.
Nachdem dies geschehen ist, nimmt der Zeuge das Spiel in die
Hand und beginnt unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der
Zuschauer ein „Solospiel“, bei dem er mit unglaublicher Fügigkeit
die Farbe der zu ziehenden Karte voraussagt, ohne sich auch nur
einmal zu irren.

Ist das nicht über die Mahen kostbar? Der Angeklagte Quies hat
den Gerichtshof schon zu verschiedenen Malen der tiefen und er-
freulichen Sympathie für Deutschland versichert.

Diese Sympathie wird jetzt bis zur Siebthöhe steigen, nachdem
er mit glänzenden Augen dem Herrn Sachverständigen v. Man-
tuffel — es war schon mancher Mantuffel in manchem sach-
verständig — einen ganz funkelneuen Trick abgelauscht
hat. Ein genialer Trick, das Umbiegen der Karten! Und
einfach, verblüffend einfach! Und erstaunt plagt Herr Quies in
seines Herzens Freude heraus: „Da kann man ja noch
lernen.“ Und der Vorstehende väterlich ermahnt: „Na, dann passen
Sie man recht genau auf!“ Herr Quies läßt sich's nicht zweimal sagen.
Wer hier im Gerichtssaal für sein späteres Fortkommen etwas profitiert,
macht dem Verein zur Unterstützung entlassener Sträflinge weniger
Arbeit.

Wenn Herr Quies in späteren Tagen in Ostende oder Monte Carlo,
an der Riviera oder in Aegypten mit distret umgebogenen Karten
jeum rouge et noir „Kavalieren“ die braunen Lappen aus der Tasche
zaubert, wird er mit Nahrung des Noabiter Gerichtssaals, des sach-
verständigsten unter den Sachverständigen und des totalen Vor-
sitzenden gedenken. Und eine Zähre der Dankbarkeit rinnt, des sind
wir gewiß, in den Bart des alten Falschspielers.

Eisenbahnkatastrophe in Kanada.

Aus Prince Albert in der kanadischen Provinz
Saskatchewan wird ein furchtbares Eisenbahnunglück ge-
meldet. Ein Zug der Kanada Northern Eisenbahn stürzte bei
der Ueberschneidung eines Viadukts in den südlichen Arm
des Saskatchewanstroms. Ein Pulmanwagen, in
dem sich 10 Personen befanden, überschlug sich
mehrere Male und blieb auf dem Grunde des
Stromes liegen. Man fürchtet, daß 10 bis 15
Personen getötet und ca. 20 schwer verletzt
sind. Rettungsmannschaften sind nach der Unfallstelle ab-
gegangen.

Unwetter in Frankreich.

Ein schwerer Sturm ist über den Nordosten Frankreichs nieder-
gegangen und hat furchtbare Verheerungen angerichtet. In
Beaubais wird der von dem Unwetter verursachte Schaden auf
zirka eine Million Frank geschätzt. Von über 200 Häusern wurden

die Dächer abgedeckt. Der Schornstein der Kaserne des in
Beaubais garnisonierenden 51. Infanterieregiments stürzte ein
und fiel in eine Gruppe auf dem Hofe stehender Soldaten.
Zwei wurden getötet, die anderen schwer ver-
letzt. Auch in Lille stürzte der Schornstein eines großen
Fabrikabstuflements ein und tötete den Fabrikwächter.
In Francières, wo eine große Bautätigkeit entfaltet wird,
wütete der Sturm unter den Neubauten. Eine ganze Reihe halb-
fertiger Gebäude wurde von der Gewalt des Sturmes glatt weg-
geblasen.

Kleine Notizen.

In Todesängsten. Als gestern mittag 16 Arbeiter einen über
das Eis am Eingang des Freihafens in Stettin gelegenen Steg
passierten, kippte dieser um; die Arbeiter fielen ins Wasser.
Es gelang, sämtliche Arbeiter zu retten, jedoch erlitten einige er-
hebliche Verletzungen.

Vom Zuge überfahren. In der Station Belin in Böhmen
wollte der Schneidermeister Ronda, als er mit seiner Braut zur
Kirche ging, das Bahngleise überschreiten. Im selben Augenblicke
brauste ein Schnellzug heran, dessen Räder die beiden Unglück-
lichen erfaßte und schrecklich verstümmelte. Beide waren
sodort tot.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	5. 3.	4. 3.		5. 3.	4. 3.
	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾
Wesiel, Tilsit	340 ²⁾	+92	Saale, Großkühn	161	-6
Bregel, Insterburg	288 ²⁾	+45	Saale, Spandau ³⁾	91	+3
Weihsel, Thorn	342 ²⁾	-10	Saale, Rathenow ³⁾	96	0
Ober, Rastow	235	+1	Spreewald, Spremberg ³⁾	80	-2
„ „ „ „	244	-8	„ „ „ „	110	+3
„ „ „ „	249	+2	„ „ „ „	226	-5
„ „ „ „	240	+10	„ „ „ „	310	+2
Wartbe, Schrimm	139	+11	„ „ „ „	410	+8
„ „ „ „	72	+12	„ „ „ „	281	+1
„ „ „ „	134	+6	„ „ „ „	288	+8
„ „ „ „	26	+7	„ „ „ „	127	+4
„ „ „ „	302	-6	„ „ „ „	—	—
„ „ „ „	250	-7	„ „ „ „	202	+5

¹⁾ + bedeutet Ruß, — Fall. — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ Eisstand.
— ⁴⁾ Eiszeit.

Todes-Anzeigen

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten hierdurch die trau-
rige Nachricht, daß mein lieber
Vater, unser guter Vater, der
Buchbinder

Emil Schmidt

nach schwerem Leiden am Sonn-
tag, den 3. März, im 54. Lebens-
jahre verstorben ist.

Dies zeigen beibringt an
Berta Schmidt, geb. Haldschmidt,
Rudolf Schmidt, Max Schmidt.

Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 7. März, nach-
mittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle
des Philippus-Apotheken-Friedhofes
aus auf dem städtischen Friedhof
in der Seestraße statt. 410b

Sozialdemokratisch. Wahlverein

für den

8. Berl. Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern die traurige
Mitteilung, daß unser langjähriges
Mitglied, der Buchbinder

Emil Schmidt

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 7. März, nach-
mittags 4^{1/2} Uhr, von der
Leichenhalle des Philippus-Apotheken-
Friedhofes aus auf dem städtischen
Friedhof in der Seestraße statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

Kreis Niederharnim

Bezirk Reinickendorf-West.

Todesanzeige.

Am 4. März verstarb unser
Genosse, der Arbeiter

Max Märten

Silberstraße 33.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 8. März, nachmittags
4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des
bisherigen Gemeinde-Friedhofes,
Dumboldstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 5. März verstarb nach
kurzem, schwerem Leiden unser
Kollege, der Schlichter

Wilhelm Hoffmann

im Alter von 43 Jahren.

Wir werden dem Verstorbenen
ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Mitarbeiterinnen und Mit-
arbeiter der Instrumentenfabrik
H. Hauptner.

Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 9. März, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiserstuhl-Friedhofes,
Weihenitz, Wittenberger
Straße 110-128, aus statt. 420b

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters sage ich allen meinen
Bekanntesten Dank. 407b

Hilflos Berta Kramer
Reußstr. Hermannstraße 199.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schmied

Reinhold Fröhmelt

am 2. März an Herzschlag ge-
storben ist.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 7. März, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes in
Reinickendorf, Mariendorfer Weg, aus
statt.

Herner Nach unser Mitglied, der
Socialarbeiter

Karl Billing.

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 8. März, nach-
mittags 2^{1/2} Uhr, vom Trauer-
hause Ludauer Str. 6 aus nach
dem neuen Thomas-Friedhof in
Reinickendorf, Hermannstraße, statt.

Herner Nach am 4. März unser
Mitglied, der Metallarbeiter

Max Mertens

an Lungenerkrankung.

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 8. März, nach-
mittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Reinickendorfer Ge-
meinde-Friedhofes in Reinickendorf,
Dumboldstraße, aus statt.

Herner Nach am 5. März unser
Mitglied, der Dreher

Walter Woelke

an Herzleiden.

Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 9. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet

11/11 Die Gräberverwaltung.

Zentral-Verband der

Steinarbeiter.

Zahlstelle Berlin.

Am 5. März starb unser Kollege

Franz Geck

im Alter von 34 Jahren an der
Verursachtheit. 171/7

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Sonnabendnachmittag 3 Uhr von
der Leichenhalle des Kaiserstuhl-
Friedhofes in Weihenitz, Witten-
berger Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Gräberverwaltung.

Nach schwerem Leiden entschieß
am Montag morgen 8^{1/2} Uhr
mein lieber Mann und Vater

Karl Kosmehl

(Reinickendorf, Reuterstr. 68/69).

Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 7. März, nach-
mittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Reinickendorfer Fried-
hofes, Mariendorfer Weg, aus
statt.

Am 5. März entschieß fast
nach kurzen Leiden meine liebe
gute Frau unsere sorgsame Mutter

Luise Kupsch

geb. Altmann.

Dies zeigen beibringt an
Leo Kupsch nebst Kindern,
Baumschulweg, Mariendorfer
Straße 24. 411b

Die Beerdigung findet am Frei-
tag nachmittags 5 Uhr, von der Halle
des Treptower Gemeinde-Fried-
hofes aus statt. (Bahnhof Baum-
schulweg.)

Allen Freunden und Bekannten
die tiefbetäubende Nachricht, daß
unser liebes, gutes Töchterchen

Klara

im Alter von sechs Jahren nach
kurzem Leiden verstorben ist.

Dies zeigen beibringt an
Frits Böttger
nebst Frau und Sohn.

Die Beerdigung findet Donner-
stag nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der
Leichenhalle des städt. Friedhofes,
Rahnsdorf, Ede Seestraße, aus
statt.

Baustellen! 1000 Mk. Anzahlung

Tempelhof u. Oberhörsingweide m.
Stonens u. Baugeld offerieren Leisor &
Co., Martin Lutherstr. 60. VL 7220.

Stoffe

Reste s. Anzug, Paletot Str. 3. — W.
Loden für Pelzinnen Str. 1,50, 2,50.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 via a-vis der
Patrikirche.

Underboote, Angelboote,

von R. 65. — an, mit Schwert und
Segel von R. 185. — an, Stroh-
Kanggen um Großest frei. Havel-
werke, Berlin W. 55. 255/5

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz

10-2. 3-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Goldmineral Holzstoff
Pfennig gut, ist gesünder
und — billig.

Ihr Erfolg muß' s!

Vorurteile

zu haben, ist nicht mehr zeitgemäß. Das geben
Sie zu?! — Und doch hegen Sie noch ein
Vorurteil gegen Palmin?!

Prüfen Sie Palmin, indem Sie einen Pfann-
kuchen damit backen — dann urteilen Sie! Ihr
Vorurteil wird sich in Bewunderung verwandeln.

Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,



in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Städten.

Die Generalversammlungen der Berliner sozialdemokratischen Wahlvereine.

Erster Wahlkreis.

Täterow eröffnete die Versammlung mit der Bekanntgabe der Namen der verstorbenen Mitglieder. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Dann erstattete **Täterow** den

Geschäftsbericht vom letzten halben Jahr

und gab eine gedrängte Uebersicht von den Arbeiten, die geleistet worden sind. Im Anschluß hieran verteidigte Redner den Vorstand gegen die verschiedentlich erhobene Kritik an der Tätigkeit und den Maßnahmen der Leitung. Wenn gesagt worden sei, der Vorstand habe in der Wahlbewegung nicht in der geeigneten Weise organisiert, besonders aber die Kaufleute nicht genügend berücksichtigt, so müsse er diese Vorwürfe entschieden zurückweisen. Wenn alles vorbei ist, sei es sehr leicht, Flug zu reden, die Kritiker hätten nur zur rechten Zeit mit ihren weisen Vorschlägen heraustrücken sollen. Der Vorstand habe sein Möglichstes getan.

Eine Diskussion schloß sich dem Geschäftsbericht nicht an. Hierauf erstattete **Wolfgang** den

Kassenbericht:

Die Einnahmen betragen 4003,48 M., die Ausgaben 2307,06 M., bleiben 2696,42 M. An Waimarken abgeliefert: 220,25 M., abgelieferter Ueberschuß der Kreisfeier 140,75 M.
Zum Punkt:

Verbands-Generalversammlung

berief **Täterow** 5 Anträge des Kreises Niederbarnim an die Verbands-Generalversammlung Groß-Berlin, von denen der erste lautet:

„Die Parteigenossen Groß-Berlins bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der fortschrittlichen Volkspartei, durch welches unsere Genossen in 18 Kreisen, wo wir mit dem Freisinn in Stichwahl standen, verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Stimmhaltung zu sichern.“

Hierzu bemerkte **Täterow**: Hätte der Parteivorstand nicht so gehandelt, so hätte er sich eine Pflichtverletzung schuldig gemacht. Was geschehen sei, hätten Klugheitsrücksichten diktiert. Soweit könne man damit einverstanden sein. Nur die dritte Klausel in diesem Abkommen hätte nicht vorgelegen und sei nicht veröffentlicht worden. Diese Klausel wurde deshalb mißbilligt, sonst sei anerkannt worden, daß der Parteivorstand bei seinem Stichwahlabkommen eine glückliche Hand gehabt habe. Im übrigen werde der Parteivorstand auf dem nächsten Parteitag ja Rede und Antwort stehen.

Als erster Redner nahm zu dieser Sache der Kandidat des Kreises, Genosse **Düwelle**, das Wort: Den Genossen werde ja der Artikel im „Vorwärts“ bekannt sein, der sich mit dem Stichwahlabkommen beschäftigt. Darin werde Stimmung für etwas gemacht, das die Parteigenossen gar nicht kennen, und darüber sollen sie urteilen. Daß der Parteivorstand rauszuholen sucht, was ging, daß er nach bestem Gewissen gehandelt, daran zweifle niemand. Etwas anderes aber ist es, ob das, was er getan, richtig war. Nach der bisherigen Begründung sei die Spekulation auf Mandate bestimmend gewesen für die Parole. Er, Redner, sei der Ansicht, daß solchen Abkommen nur dann Bedeutung zukomme, wenn sie der Stimmung der Wähler entsprechen. 1903 hätten wir, wo die Sozialdemokratie gegen rechts stand und der Liberalismus den Ausschlag gab, meist genau soviel Stimmen bekommen wie jetzt mit der freisinnigen Wahlparole. Hätte der Freisinn eine Parole für die Konservativen ausgegeben, so hätten wir kaum eine Stimme weniger erhalten; die Wähler wären entrüstet gewesen und vom Freisinn abgeprungen, während sie jetzt mit dem Relief, das der Freisinn bekommen habe, in ihm eine konsequente Volkspartei erblickten. Wenn lediglich die Rücksicht auf Nachkommenschaft unsere Motive bestimmte, dann dürften wir auch nicht über Formalien stolzen, ganz gleich, ob dieselben staatsrechtlicher Natur seien oder von den Gegnern als Gewohnheitsrecht verlangt würden. Die weitere Konsequenz sei es ferner, keine Kandidaturen mehr aufzustellen, wenn dadurch die Wahl eines linksstehenden Kandidaten verhindert werde. Es wäre konsequent, fürs Zentrum einzutreten durch Verzicht auf Stichwahlkampf und Kandidaturen, wenn sich wieder eine Konstellation wie 1903 einstelle. Die moralische Wirkung der Preisgabe des Stichwahlkampfes wäre, daß die Wähler irre würden und im gegnerischen Lager verblieben oder dahin zurückflöhen. Die Werbestraft auf den neuen Mittelstand werde gelähmt. Redner schließt mit dem Wunsch, daß die Versammlung der Niederbarnimer Resolution ihre Zustimmung geben möchte im Interesse der Partei.

Sielow wirft die Frage auf, ob **Düwelle** und **Täterow** Kenntnis hätten von der dritten Klausel. (Weide bekrähen.) Dann halte er es nicht für richtig, daß man das in einer Versammlung vorbringe. Man möge in dieser Angelegenheit zur Tagesordnung übergehen.

Düwelle: Was er vorgetragen, sei ihm bekannt, was sonst in dem Stichwahlabkommen liege, wisse er nicht. Jedenfalls sei das, was er mitgeteilt, das mindeste, was an Konzeptionen dem Freisinn gemacht worden sei.

Schwabedahl: Wir hätten bei den verschiedensten Klaffen Kompromisse abgeschlossen. Es werde ohne solche Abkommen auch in Zukunft nicht gehen. Prinzipiell habe **Düwelle** ja recht, aber es hätte eine schwere Verantwortung auf dem Parteivorstand gelegen, und er müsse gute Gründe haben, als er dies tat. Zu bedauern sei nun, daß der Parteivorstand sich erst jetzt darüber anlasse. Was wir im „Vorwärts“ gelesen, sei wenig. Der Resolution würde er deshalb seine Zustimmung geben, damit Klarheit in die Angelegenheit komme.

Wühl: Den Linksliberalen habe vor den Wahlen der Himmel voller Geigen geungen. Der blau-schwarze Mod sei heute noch vorhanden: es sei nicht daran zu denken, daß die Rechtsnational-Liberalen jemals für uns arbeiten werden. Die Präsidentenwahl werde ja zeigen, wie es komme. Er sei in der Frage des Stichwahlabkommens mit **Düwelle** einig. Wenn wir uns nach den jeweiligen Verhältnissen richteten, heute gegen die Schwarzen, morgen gegen den Freisinn kämpften, so werde das die Masse nicht verstoßen, dann müßte eine ganz andere Erziehungsweise vorgenommen werden. Eine solche Politik sei aber eine Unwesenpolitik, der wir ein Ende machen sollten; sonst würden die Wähler irre.

Lucht: Die Redner kritisierten schon frech drauf los und mühten noch gar nichts Bestimmtes. Jetzt werde das radikale Pferd geritten. Habe man sich denn während des Wahlkampfes getraut, mit den Demokraten ein ernstes Wort zu reden? Wenn gelte denn der Vorwurf **Düwelle**: dem ersten Kreis oder dem Parteivorstand? Was nie sei ein Kampf im ersten Kreis so gut geführt worden wie der letzte. Nur solche Anträge, wie der verlesene, sei er nicht zu haben, dann solle man auch immer radikal sein.

Täterow: Die zur Debatte stehende Frage sei keine Frage des Radikalismus oder Revisionismus. Es gebe Radikale, die mit der Parole zufrieden, und Revisionisten, die nicht damit zufrieden seien. Die Politik sei nun mal ein Danbelsgras. Wenn eine Situation ausgenutzt werden, so müsse man es tun. Wer das nicht einsehe, sei kein Politiker. Der Parteivorstand wäre sein Amt nicht wert, wenn er nicht so gehandelt hätte. Bei Wahlen sei es nicht möglich, immer konsequent zu sein, sonst mühten wir uns einfach auf unsere eigene Kraft verlassen.

Düwelle: Es könnte bemerkt werden, als hätten wir kein

Recht mehr, zu erörtern, ob der Parteivorstand richtig oder falsch gehandelt habe. Wo keine Argumente mehr seien, komme man mit Radikalismus und Revisionismus. Er habe aus den Dingen nur die Konsequenzen gezogen. Wenn man erst zu schwärmen beginne, dann solle man nicht nur bei den Stichwahlen schwärmen. Aus praktischen Erwägungen sei er zu seinen Schlussfolgerungen gelangt. Er habe auch den Demokraten gegenüber immer den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie hervorgehoben. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Die übrigen Anträge von Niederbarnim werden ohne Debatte erledigt.

Die von den Bezirken vorgeschlagenen Delegierten zur Verbands-Generalversammlung werden bestätigt.

Als Kandidat für den nach dem Tode des Genossen **Liepmann** freigewordenen Sekretärposten wird **Wolfgang** vorgeschlagen, der die Kandidatur annimmt. Die Versammlung stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Die Erziehungswahl zum Vorstände werden demnächst vorgenommen.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung, die im Hofjäger-Palast in der Hasenheide tagte, ehrte zunächst das Andenken der seit der vorigen Versammlung verstorbenen Mitglieder und gedachte dabei auch des Verbandssekretärs **Liepmann**. Dann gab der Vorsitzende **Schwemke** den

Bericht des Vorstandes.

Die Hauptarbeit im verflochtenen Halbjahr bildete die Agitation zur Reichstagswahl, zur Landtagswahl im 5. Bezirk und zu den Stadtverordnetenwahlen am 5. November. Da die Stadtverordnetenwahlen diesmal an einem Sonntag stattfanden, hatte man eine weit stärkere Beteiligung als sonst erwartet. Aber diese Erwartung hat sich nur zum Teil erfüllt, denn es beteiligten sich im Durchschnitt nur 35 bis 38 Proz. der Wahlberechtigten. Die Genossen haben jedoch in der Agitation alles getan, was zu tun war. Sehr erge war die Teilnahme an der Friedensdemonstration im August, ein Beweis dafür, daß die Genossen auf dem Posten sind, wenn der Ruf an sie ertönt. Ueber die Bildungsbestrebungen muß leider, soweit die Uraniabestellungen in Frage kommen, gesagt werden, daß die Beteiligung gering war, so daß mit Unterbilanz gearbeitet wurde. Der Besuch der Jahlabende ist noch immer ziemlich schwach, und die Agitation nach den Wahlen hat nicht das gebracht, was wir erwartet hatten, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Genossen auch durch die Wahlagitation überanstrengt waren. Ein wunder Punkt war bis jetzt im zweiten Kreise die nicht genügende Leistungsfähigkeit der Kindererschulungskommission; jedoch haben sich jetzt der Genossin **Seifert** vier andere Genossinnen zur Verfügung gestellt, so daß auch auf diesem Gebiete mehr getan werden kann. Erfreuliche Fortschritte machen die Lesende der Frauen, deren Zahl von 2 auf 4 gestiegen ist. Der Besuch hat von Monat zu Monat zugenommen, und die Genossinnen verstehen es auch, durch Beforgung tüchtiger Referenten die Abende interessant zu gestalten. Wenn die männlichen Genossen sich nicht sehr anstrengen, müssen sie damit rechnen, von den Frauen überflügelt zu werden. Die den Abteilungen und Bezirken zugeordneten Fragekarten, die bis zum 31. Dezember wieder abgeliefert sein sollten, sind leider in so geringer Zahl eingegangen, daß auf Grund dessen ein unvollständiger Bericht über die Jahlabende nicht gegeben werden kann. Die eifrige Tätigkeit der Genossen in der Wahlagitation mag wohl mit daran schuld sein, daß diese Sache vernachlässigt wurde. Von einer Abteilung sind die Fragekarten jedoch musterhaft ausgefüllt und abgeliefert worden. Der Vorstand hat in der Berichtszeit 14 Sitzungen abgehalten. Bezirksführerkonferenzen fanden 2, Versammlungen 25 statt. Bei der Flugblattverbreitung haben die Genossen ihre Schuldigkeit getan. Es sind rund eine Million Flugblätter, Handzettel und Wahlauforderungen verbreitet worden. Mit dem Resultat der Reichstagswahl im zweiten Kreise kann man zufrieden sein. Obwohl 5000 Wähler aus dem Kreise verzogen sind seit 1907, ist die sozialdemokratische Stimmenzahl bekanntlich von 3286 auf 3813 gestiegen. Das aber immer noch 2184 liberale Stimmen abgegeben wurden, zeigt, daß eine große Anzahl Mittelstandsleute noch nicht erkannt hat, um was es sich handelt. Im übrigen erwähnte der Redner, daß der Wahlverein die Broschüre „Warum müßt Du Sozialdemokrat sein?“ ausgegeben hat, die für die Agitation wertvolles Material bietet, und sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß die Genossen, wenn der Ruf an sie ertönt, immer wieder mit vollem Eifer auf dem Posten sein werden.

Aus dem

Kassenbericht,

den der Kassierer **Gustav Schmidt** verlas, ist zu entnehmen, daß die Einnahmen samt dem alten Bestand von 1833,40 M. 20 402,85 M. betragen, die Ausgaben 16 300,02 M., so daß der Bestand 4102,23 M. übrig blieben. An die Verbandskasse sind 4000 M. abgeliefert. — In der

Diskussion

sprach als erster Redner Genosse **Veil** und äußerte sich namentlich dahingehend, daß bei der Agitation für den „Vorwärts“ das ganze Blatt verbreitet werde. Man habe erkannt, daß diese Art der Agitation für das Zentralorgan viel besser ist, und wenn der Zentralvorstand wieder eine Agitation in derselben Weise wie das letzte Mal veranstalten sollte, müßte der zweite Kreis auf die Beteiligung verzichten. Genosse **Lindemann** bemerkte, daß der größere Erfolg der Agitation unter den Frauen zum guten Teil darauf beruhe, daß die Bewegung unter den Frauen noch jung und darum der Kreis der noch für die Partei zu Gewinnenden weit größer sei, als unter den Männern. Was die Flugblattagitation betreffe, so dürfe auf keinen Fall mit dem Material gespart werden. Besser wäre es wohl auch, wenn der „Vorwärts“ täglich zweimal erscheine. Mit dem Besuch der Jahlabende seien doch in den letzten Jahren immerhin Fortschritte gemacht. Uebrigens hänge der Besuch auch zu einem guten Teil von der Tüchtigkeit der Bezirksführer ab. Genosse **Schimmelpfennig** betont, daß man bei der Agitation für den „Vorwärts“ auch dafür sorgen müsse, daß die Abonnementen, die gewonnen werden, dem Blatte auch erhalten bleiben. Das Zentralorgan zweimal täglich herauszugeben, sei wegen der großen Kosten bedenklich und auch nicht notwendig. In der Tätigkeit der Kindererschulungskommission mühten sich auch die Männer in stärkerer Weise beteiligen. Genosse **Paßhäuser** gibt einige Anregungen zu besserer Entfaltung der Agitation. Namentlich müsse mehr dafür gesorgt werden, daß ein und derselbe Genosse immer dieselben Häuser bearbeitet. Genosse **Pöhl** hält es für erforderlich, daß der „Vorwärts“ auch abends erscheine, wogegen Genosse **Trepp** sich davon nicht viel verspricht und bemerkt, daß der Arbeiter schon genug zu tun habe, um sein Blatt bei einmaligen Erscheinungen richtig durczulassen.

In seinem Schlußwort bemerkt Genosse **Schwemke**, daß der Vorstand sich mit dem, was Genosse **Veil** zur Agitation ausführt, schon besetzt habe und daß die Sache in Zukunft so gehandhabt werden solle. Daß bei der Agitation die Genossen immer dieselben Häuser bearbeiten, sei der Wunsch aller, lasse sich aber leider nicht immer durchführen. — Dem Kassierer erteilte die Versammlung auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge. — Zur

Verbandsgeneralversammlung

wurden zunächst die vorgeschlagenen Delegierten verlesen und ihre

Wahl wurde ohne jede Einwendung gutgeheißen. Es kam dann der Antrag Niederbarnims, das Kartellverhältnis zwischen der Provinz Brandenburg und Groß-Berlin zu lösen, zur Verhandlung. Genosse **Zinke** nahm dazu das Wort, sprach sich eingehend über die zugrunde liegenden Verhältnisse aus und empfahl einen von der Bezirksführerkonferenz gutgeheißenen Antrag, die Sache bis zur nächsten Verbandsgeneralversammlung zu vertagen. Genosse **Ewald** betont, daß durch den Antrag Niederbarnim an der Agitation nichts geändert werde und auch nichts an der Kostendeckung, nur daß die Gelder dann vom Parteivorstand ausgingen. Man solle es so belassen wie bisher, aber man könne vielleicht die Agitationskommission auflösen. Genosse **Reinhardt** meint, daß das Verhältnis ruhig gelöst werden könne, wünscht jedoch vor allem, daß die Sache endlich einmal erledigt werde. Genosse **Hoppe** betont namentlich, daß die Provinz der Hilfe Berlins nicht entbehren könne. Wenn die Agitationskommission aufgelöst werde, müsse man etwas anderes dafür schaffen. Redner schließt sich dem Antrag auf Vertagung an. Nachdem die Genossen **Reinhardt** und **Zinke** sich nochmals zu der Frage geäußert hatten, wurde der Antrag auf Vertagung gutgeheißen. Ein weiterer Antrag, im „Vorwärts“ eine ständige Rubrik für das Genossenschaftswesen einzurichten und für die Leitung dieses Teils eine mit der Genossenschaftsbewegung vertraute Person anzustellen, fand nach eingehender Begründung durch den Genossen **Simon** ebenfalls die Zustimmung der Versammlung. Ferner wurde ein Antrag gutgeheißen, den Genossen, die mindestens zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, den „Vorwärts“ in Zukunft schon nach einmonatiger Krankheit oder Arbeitslosigkeit unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Ebenso stimmte die Versammlung nach kurzer Diskussion zwei Anträgen zu, von denen der eine besagt, daß dem Vorstand von Groß-Berlin die Kompetenz abgesprochen werden müsse, den Verbandssekretären ohne vorherige Zustimmung der Parteigenossen Teuerungszulagen zu verabsorgen, und der andere lautet:

„Gehaltsverhöhungen der Angestellten der Berliner Parteiorganisation bedürfen, ebenso wie einmalige Extrazulagungen, der Zustimmung der Verbandsgeneralversammlung.“

Hiermit waren die Anträge zur Verbandsgeneralversammlung erledigt.

Unter „Verschiedenes“ begründete **Clarius** einen seinerzeit mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen zurückgestellten Antrag, an Stelle des Vermögensausschusses eine Bildungskommission einzusetzen, deren Aufgabe es sein soll, im zweiten Kreis bildende und unterhaltende Veranstaltungen zu treffen. Der oder die Vorsitzende der Bildungskommission soll sich und Stimme im Vorstand haben und hat alle Vorschläge der Kommission im Vorstand vorzulegen und zu vertreten. Dem Vorstand bleibt jedoch die Beschlußfassung überlassen. Der Antrag wurde nach kurzer Diskussion, an der sich die Genossen **Veil**, **Trepp**, **Hoppe**, **Ewald** und **Rosenberger** beteiligten, angenommen. — Nachdem noch eine Anzahl neuer Bezirksführer und Stellvertreter bestätigt waren und der Vorsitzende auf die bevorstehenden Flugblattverbreitungen und Veranstaltungen aufmerksam gemacht hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung für den dritten Wahlkreis tagte im großen Saale des Genossenschaftshauses. Genosse **Pöhl** als Vorsitzender widmete den verstorbenen Mitgliedern und dem Genossen **Leo Liepmann** einen warmen Nachruf. Ihr Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt. Dann gab Genosse **Pöhl** den

Vorstandsbericht.

An Arbeit war seit dem letzten Bericht kein Mangel. Schon die Stadtverordnetenwahlen erforderten eine eifrige Tätigkeit, die durch einen guten Erfolg gekrönt wurde. Dieser Ausgang war wohl auch die Ursache, daß Herr **Rosenow** für die Reichstagswahlen, die dann gleich alle Kräfte in Anspruch nahmen, seine Kandidatur niederlegte und den Durchfall Herrn **Hofbach** überließ. Das Resultat der Reichstagswahl bedeutete einen glänzenden Sieg, wobei ins Gewicht fällt, daß die Zahl der eingeschriebenen Wähler des dritten Reichstagswahlkreises seit 1903 um 4000 abgenommen habe. Redner ist der Meinung, daß die scharfe Stellungnahme gegen den Freisinn von Vorteil gewesen sei. Mit einer Mahnung, nun fleißig weiter zu arbeiten im Interesse der Bewegung und für alle Eventualitäten gewappnet zu sein, schloß **Pöhl**.

Der Kassierer Genosse **Albert Parndt** erstattete den

Kassenbericht,

der die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1911 umfaßt. Der Bestand am 1. Juli war 3084,74 M. Einschließlich dieses Bestandes wurden in dem Halbjahr insgesamt 13 220,58 M. eingenommen. Dem stand eine Gesamtausgabe von 10 986,50 M. gegenüber. Somit verblieb am 31. Dezember 1911 ein Bestand von 2294,08 M.

Eine Diskussion über die Berichte entspann sich nicht. — Darauf nahm man zur

Verbandsgeneralversammlung

Stellung. **Pöhl** machte Mitteilung von dem Beschluß, den die Bezirksführerkonferenz des dritten Kreises mit Bezug auf einen Antrag Niederbarnims zur Verbandsgeneralversammlung gefaßt hat. Niederbarnim beantragt, das bisherige Kartellverhältnis zwischen Groß-Berlin und der übrigen Provinz Brandenburg aufzuheben. Die Vertreter der Provinz haben sich in einer Konferenz dagegen ausgesprochen. Unter Würdigung dieses und anderer Umstände hat sich die Bezirksführerkonferenz des dritten Kreises auf den Standpunkt gestellt, daß man den Genossen der Provinz so lange nicht den Stuhl vor die Türe setzen darf, als sie selbst nicht den Wunsch hätten, sich von Groß-Berlin loszulösen.

Die Versammlung billigte diese Stellungnahme der Bezirksführerkonferenz und beschloß, den Delegierten des dritten Kreises zur Verbandsgeneralversammlung mit auf den Weg zu geben, für Ablehnung des Antrages Niederbarnim einzutreten.

Ein Antrag aus der Versammlung, von der Verbandsgeneralversammlung einen Beschluß zu verlangen, daß jeder am 1. Mai arbeitende Genosse seinen Tagesverdienst an die Partei abzuliefern hat, wurde abgelehnt.

Die Versammlung bestätigte die von den Bezirken benannten Delegierten. — Den

Bericht der Schiedskommission

erstattete Genosse **Girschfeld**. Die bisher erledigten Fälle, abgesehen von einem, betrafen Genossen, die bei den Stadtverordnetenwahlen nicht gewählt hatten. Es waren meist Geschäftsleute. Die Kommission stellte durch die Untersuchung fest, daß es sich hier um Fälle handelte, wo die Betroffenen tatsächlich große Nachteile gehabt haben würden, wenn sie bei der öffentlichen Wahl als Geschäftsleute gestimmt hätten. So hat es die Kommission bei ihnen mit einer Rüge genug sein lassen. Ein Gastwirt erhielt ebenfalls eine Rüge, weil er nicht alles getan hatte, um Glücksspiele in seinem Lokal zu verhindern. Weitergehende Beschuldigungen in bezug auf das Glücksspiel konnten nicht aufrechterhalten werden. — Ueber das Thema:

„Reichstag und Volk“

referierte dann Genosse **Reballeur Dümig**. Redner kommt u. a. auch auf das Stichwahlabkommen zu sprechen, welches der Parteivorstand mit den Liberalen getroffen hat. Bedenklich findet er die Erscheinung, daß man in einer Anzahl von Kreisen, wo die Sozialdemokratie mit den Freisinnigen in Stichwahl war, ohne weiteres

Das Feld den Fortschrittler überlassen habe, indem man Anweisung gab, den Kampf weniger intensiv zu betreiben. Er führte dann weiter aus: Über übrigen, so wenig man für den Freisinn auf Grund seiner ganzen politischen Vergangenheit übrig haben kann und so sehr die Partei bei dem Stichwahlabkommen bis an die Grenze gegangen sei, wäre er doch der Meinung, daß bei der diesmaligen Situation seitens unserer Vertretung das Richtige gesehen sei. Die Situation schildert Redner näher, um als wertvoll zu betonen, daß dem Freisinn, der sich diesmal so radikal gebärde, die Möglichkeit genommen worden sei, zu sagen, die Sozialdemokratie habe ihn nicht als Bundesgenossen haben wollen und ihn den Reaktionsären zugezogen. In keinen Fragen werde der Freisinn sich liberal zeigen; in großen Fragen, wie der Heeresfrage und ähnlichen Angelegenheiten, werde er aber wieder mit den Parteien der Rechten gehen. Dann könnten wir mit Recht sagen: Seht, wir haben den letzten liberalen Regungen des Freisinnigen Konzeptionen gemacht, und jetzt handelt er so! Dann haben wir bei anderen Reichstagswahlen viel eher Gelegenheit, den Teil der freisinnigen Anhänger, der proletarisch sei, gleich — ob Hand- oder Kopfarbeiter — für uns zu gewinnen. — Natürlich sei aus dem diesmaligen Abkommen durchaus nicht der Schluß zu ziehen, daß es eine Präjudiz sei, daß es wieder so kommen werde. Jene Situation werde kaum wieder kommen.

Wenn man endlich sein wollte, so müsse man anerkennen, daß der sogenannte schwarze Block, der allerdings äußerst schmerzhaft erhalten habe, durchaus nicht zertrümmert sei. Er könne das auch schon deshalb nicht, weil die ganzen sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür noch nicht erfüllt seien. Weiter behandelte Redner die Grenzen der Leistungsmöglichkeit des Reichstages, um die zu weit gehenden Erwartungen, die manche Leute an eine starke Vertretung der Sozialdemokratie im Reichstag knüpfen, auf das Maß des Zulässigen zurückzuführen. So betonte er die verfassungsmäßige Beschränkung, die u. a. sich offenbart in der Existenz des Bundesrats, ohne den Beschlüsse des Reichstages nicht Gesetz werden könnten, und die ferner ihren Ausdruck findet in dem weitgehenden Aufschubrecht, in dem Recht des Reiches, über Krieg und Frieden zu entscheiden. — Grundlegende Bemerkungen könnten im Reichstage nicht herbeigeführt werden, und sie ließen sich nicht mit dem Stimmzettel herbeiführen. Verfassungsfragen seien „Rachfragen“, so habe schon Lassalle mit Recht gesagt. Auf Verfassungsdämpfe müßten die großen Massen der Arbeiterklasse geschult werden.

Um könnte eingewendet werden: Ja, was sollen wir dann erst für den Reichstag wählen? Darauf wäre zu erwidern, daß es hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn man sich etwa auf solchen Standpunkt der Negation stellen wollte. Auch hierüber müsse man sich klar sein: Der Massenstaat, den wir bekämpfen, sei eine komplizierte Einrichtung. Wenn man ihn bekämpfen wolle, müsse man an den verschiedenen Stellen angreifen. Einseitigkeit wäre gefährlich. So hätten wir den Reichstag als das uns zunächst gegebene Kampffeld zu betrachten, ohne uns der Illusion hinzugeben, daß es das einzige Kampffeld wäre. Natürlich müsse eine engere Fühlung bestehen zwischen Parlamentarisation und der Masse. Vorkommnisse, wie in Italien, wären dann angebracht. Es müsse anerkannt werden, daß die Tätigkeit im Reichstage von großem Segen gewesen sei in verschiedener Hinsicht. Die dort geübte Kritik habe Widerhall in den Massen gefunden. Nicht zu vergessen sei, daß der Reichstag während der ganzen zwölf Jahre des Sozialistengesetzes die einzige Stätte war, wo die sozialdemokratischen Gedanken ungehindert ausgesprochen werden konnten. Ferner sei der Wahlkampf an sich ungenügend wertvoll. Auch durch die Teilnahme an den Gesetzgebungsarbeiten selber sei in den 40 Jahren viel Segensreiches geschaffen worden. Positiver Arbeit, die man von uns verlange, habe man dort genug geleistet. Dazu gehöre übrigens auch die Ueberwachung der Gesetzgebung und ihrer Durchführung. Selbstverständlich sei es ein großer Vorteil, daß unsere Fraktion in größerer Stärke vorhanden sei. Also keine Unterschätzung, aber auch keine Uebererschätzung unserer parlamentarischen Teilnahme.

Jedenfalls sei es mehr denn je unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß aus den 4 1/2 Millionen Stimmenden auch Kämpfer würden nicht bloß für spätere Wahlen, sondern auch für andere Kämpfe, die uns warteten. Mit dem eindringlichen Ermahnen, die Massen aufzuräumen und zu erziehen, schloß Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag.

Genosse Adolf Gaxndt als erster Diskussionsredner führte aus, daß ihm der Wahlkampf zweierlei Anlaß zur Kritik gebe. Erstens hätten wir gegenüber dem Zentrum verlagert. Das sei mit darauf zurückzuführen, daß wir nicht genügend beachtet hätten die religiöse Abhängigkeit der Zentrumsanhänger. Es sei unterlassen worden, der Religion und den Priestern energisch entgegenzutreten. Man müsse aber gerade jene Leute bei der Religion packen und sie von ihren religiösen Wohnbestellungen furieren. — Dann fordere das Stichwahlabkommen seine Kritik heraus. Das Zersplittern sei, daß man dem Freisinn keine Garantie habe, auf die er gar kein Recht mehr habe. Er erinnere an den schlechtholsteinischen Kreis des Freisinnigen Hoff. Genosse Spanitzsch habe auf dem Stiftungsfest gesagt, man habe die Freisinnigen, als es sich um die Wahl handelte, getrübt, daß man dafür sorgen wolle, daß den Freisinnigen ihr Führer erhalten bleibe. Redner meine aber, daß es im Kriege doch die erste Pflicht sei, dem Gegner die Führer wegzuschaffen. Das müsse auch für die Wahlen gelten. Für spätere Wahlen sei zu verlangen, daß da, wo ein Genosse mit dem Freisinnigen in Stichwahl komme, der Sozialdemokrat mit allen Kräften unterstütze werde.

Genosse Paul ließ sich hinsichtlich der Stichwahlen im gleichen Sinne aus und erwartete, daß es das letzte Mal gewesen sei, daß solche Abkommen mit dem Freisinn getroffen werde. Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. — Es wurden noch einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erhebt klammenden Protest gegen das vom russischen Jarenregiment propagierte Vorkipshelium, dem alljährlich Tausende von Männern und Frauen zum Opfer fallen. Die Versammlung schließt sich den Forderungen der deutschen Parlamentsmitglieder an, welche dahin zielen, das Wiederholungsverfahren gegen die unschuldig verurteilten Zwangsmitglieder einzuleiten. Die Versammlung erwartet, daß alle Genossen und Genossinnen bei jeder sich bietenden Gelegenheit die schürkischen Mordenschaften der Jarenherrscher brandmarken werden.“

Vierter Wahlkreis.
Die Generalversammlung des Wahlkreises tagte diesmal in den „Andreas“-Besälen. Der Saal war mit seinen Galerien gut besetzt.

Der Kreisvorsitzende Hoffmann erstattete den

Geschäftsbericht
für das verflorenen Halbjahr. Der vierte Berliner Reichstagswahlkreis hat bei der Reichstagswahl einen glänzenden Erfolg gehabt. Unsere Stimmzahl hat bei der gleichen Wahlbeteiligung 1907 um rund 7000 zugenommen, obwohl die Zahl der eingeschriebenen Wähler um einige Hundert zurückgegangen ist. Im Jahre 1907 wurden 108 497 Stimmen abgegeben, wovon 82 038 auf unsere Kandidaten fielen. In diesem Jahre wurden 108 658 Stimmen abgegeben, von denen unser Kandidat 89 507 auf sich vereinigte. Der vierte Berliner Reichstagswahlkreis steht somit an der Spitze aller Wahlkreise. Aufgabe der Organisation und der Gesamtpartei muß es nun sein, diese ungeheuren Wählermassen, die bei der Wahl für die Sozialdemokratie gestimmt haben, auch in die Organisation der Partei hineinzuziehen. Die Stadtverordnetenwahl, die in die Reichstagswahl fielen, drückten ebenfalls erfreuliche Erfolge. Der vierte Kreis war in fünf Bezirken beteiligt. Eine Gegenüberstellung der Ziffern von diesem Wahlkampf mit früheren Wahlergebnissen läßt sich diesmal nicht bewerkstelligen, da frühere Wahlergebnisse längst nicht mehr veröffentlicht worden sind. Das eine kann aber festgestellt werden, daß die Wahlbeteiligung bedeutend stärker war, als bei der vergangenen Wahl, obwohl sich auch diesmal nur etwa die Hälfte der eingeschriebenen Wähler beteiligte.
Durch den Tod des Genossen Borgmann machte sich eine

Erfahrung im fünften Landtagswahlbezirk erforderlich. Nachdem Groß-Berlin beschloffen hatte, daß jeder Kreis das Recht habe, selbst seine Kandidaten vorzuschlagen, haben die Funktionäre im vierten Kreise den Genossen Julian Borchardt in Vorschlag gebracht, der dann auch von der Wählerversammlung als Kandidat proklamiert wurde. Durch den Verzug vieler Wohlwänner mußten in 76 Urwahlbezirken 126 Wahlmänner neu gewählt werden. Wir haben dabei fünf neue Wahlmännermandate zueoberst, so daß wir es auf 325 Wahlmänner brachten, während der Freisinn trotz des Gebotswahlrechts nur über 223 Wahlmänner verfügte.

Die Geschäfte des Wahlkreises wurden in 23 Vorstandssitzungen erledigt. Zu mehreren Vorstandssitzungen wurden die Abteilungsleiter zugezogen. Auch 7 Kreis-Konferenzen fanden statt. Neben den geschäftlichen Dingen wurden auch die Vergnügen nicht vergessen. Das Stiftungsfest, zwei Mattineen, fünf Theateraufführungen, die einen netten Ueberschuß brachten, der im Wahlkampf gute Verwendung fand, wurden veranstaltet.

Die Mitgliederbewegung ist folgende: Neuaufnahmen 2118, aus anderen Kreisen zugezogen 634. Das ist ein Zugang von 2752 Mitgliedern. Wegen restierender Beiträge gestrichen wurden 1257, abgemeldet nach anderen Kreisen haben sich 1290, ausgetreten sind 81, ausgeschlossen wurden 8 und durch den Tod wurden dem Wahlverein 81 Mitglieder entzogen, denen der Redner einen warmen Nachruf widmete. Dem Mitgliederzugang steht also ein Abgang von 2726 Mitgliedern gegenüber, so daß nur ein Gewinn von 26 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Der Wahlverein zählt jetzt 20 157 männliche und 3768 weibliche, zusammen 23 925 Mitglieder.

Versammlungen wurden insgesamt 68 veranstaltet. Drei derselben waren Generalversammlungen, fünf traten für das freie Wahlrecht ein, sechs beschäftigten sich mit dem Lebensmittelpreiser, drei fanden gegen die Kriegsbegehr statt, sieben beschäftigten sich mit den Vorbereitungen zur Stadtverordnetenwahl, 42 mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl und zwei fanden auf Wunsch der polnisch sprechenden Genossen statt. Außerdem wurden einige Viertelversammlungen abgehalten. Zwölf verschiedene Flugblätter wurden in 1721 000 Exemplaren im Kreise verbreitet. Wie immer, so ist auch nach der Reichstagswahl die Zeit zur Gewinnung von Mitgliedern und „Vorwärts“-Abonnenten agitatorisch genutzt worden. Birta 1800 neue Mitglieder sind dem Wahlvereine dabei zugeführt und etwa 1400 neue Abonnenten gewonnen worden.

Den
Rassenbericht
erstattete Barenthin. Der Wahlverein hatte in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember v. J. eine Einnahme von 75 945,65 M. gehabt. 44 148,20 M. davon brachten die Mitglieder durch Beiträge auf und 8006,25 M. wurden auf Listen gesammelt, während aus Natmarken 1667,50 M. berechnungen wurden. Die Ausgabe beläuft sich auf 69 072,92 M., wovon 40 175,04 M. allein an die Verbandskasse eingekandt wurden. Der Bestand am 1. Januar 1912 war 6570,73 M.

Den
Bericht der Beschwerdskommission
erstattete Genosse Rintorf. Die Kommission hatte sich mit 33 Sachen in 7 Sitzungstagen zu beschäftigen. Es waren ihr 8 Beschwerden, 24 Ausschlussanträge und eine Anfrage unterbreitet worden. Von den Beschwerden wurden 5 abgewiesen, bei 2 wurde gegen die Betroffenen auf eine Rüge erkannt und in einer erhielt der Beschwerdeführer eine Rüge. Von den Ausschlussanträgen wurden 10 abgelehnt. In 10 Fällen wurde dem Antrag stattgegeben und in 4 Fällen auf eine Rüge erkannt. Die Anfrage konnte wegen der damit verbundenen Erhebungen noch nicht erledigt werden. Eine überaus lebhaft diskutierte Inzident spielte diesen Bericht. Rintorf forderte namens der Branche der Möbelpolierer, daß dem Ausschlussantrag gegen den Genossen Berlich, der sich im Jahre 1906 ein Streikvergehen zuschulden kommen ließ, jetzt aber Gostwirt ist, stattgegeben wird. Die Genossen Jachsch, Schmidt und Sandiner traten gleichfalls für den Antrag ein. Hoffmann, Stubbe und Brückner haben formale Bedenken. Sie halten die Generalversammlung für nicht befugt, den Ausschluss zu verweigern, da das Organisationsstatut besondere Instanzen für solche Dinge vorseht. Auch wurde bemängelt, daß die Beschwerdeführer nicht den Vorstand von ihrer Absicht in Kenntnis gesetzt haben, damit Versuche werden konnte, um sich vor der Generalversammlung zu verantworten. Die Versammlung beschloß schließlich, daß der Ausschlussantrag bei den in Frage kommenden Instanzen befürwortet werden soll.

Adamski verlangte, daß ein anderer Fall, in dem die Beschwerdskommission gleichfalls dem Ausschlussantrag nicht stattgegeben hatte, an dieselbe zur nochmaligen Prüfung zurückerwiesen werden soll. Nach langem Für und Wider wurde der Antrag abgelehnt.

Es folgte nun der Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung,
die der Zentralvorstand für den 17. März anberaumt hat. Der Kreisvorsitzende Genosse Hoffmann teilte mit, daß auf derselben voraussichtlich Genosse Heine mann über die Strafgesetznovelle sprechen wird. Außerdem wird sich die Verbands-Generalversammlung mit einer Reihe von Anträgen zu befassen haben. So ist durch einen Antrag des Kreises Nieder-Barnim die Anregung gegeben worden, für die Folge die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg aufzuheben bzw. das Kartellverhältnis zwischen Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg zu lösen. Ein weiterer Antrag Nieder-Barnim betrifft das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der fortschrittlichen Volkspartei. Außerdem soll die Forderung der Freieremplare des „Vorwärts“ neu geregelt werden. Zu dem Stichwahlabkommen bittet der Redner, eine bestimmte Stellung noch nicht einzunehmen, sondern den Delegierten freie Hand zu lassen. Der Parteivorstand habe noch keine Erklärung abgegeben und wir wollen ihn nicht verurteilen, bevor er nicht gehört worden ist. Einer Veränderung in dem Verhältnis zur Provinz Brandenburg sollte erst zugestimmt werden, wenn durch eine andere Regelung greifbare und bessere Erfolge zu erwarten sind als bisher.

Es wurden der Versammlung alsdann eine Reihe von Anträgen unterbreitet, von denen der Antrag des Bezirkes 184 vorweggenommen und besonders verhandelt und einstimmig angenommen wurde. Derselbe lautet:

„In Anbetracht dessen, daß die preussische Schulverwaltung zur Bekämpfung der Arbeiterjugendbewegung eine Broschüre ausgearbeitet hat und in dieser die Meinung an die schulenlässige Jugend richtet, keiner „sozialdemokratischen Jugendorganisation“, sondern einer „auf dem Boden vaterländischer Gesinnung lebenden Jugendvereinigung“ beizutreten, der ferneren, daß diese Broschüre zum ersten Mal im April d. J. gratis an die Schüler verteilt werden soll, beantragt die Generalversammlung des vierten Berliner Reichstagswahlkreises, den Zentralvorstand von Groß-Berlin zu ersuchen, hierzu geeignete Schritte zu unternehmen, um dieser Broschüre in Form eines Flugblattes oder eventuell ebenfalls einer Broschüre entgegenzutreten.“

Es liegt des weiteren vor eine vom Genossen Albrecht Schmidt beantragte Resolution:

„Im Hinblick auf den im Mitteilungsblatt vom 14. Februar 1912 veröffentlichten Antrag Nieder-Barnim an die Generalversammlung von Groß-Berlin, wonach dieselbe aufgefordert wird, zu beschließen, eine Abnung des bis jetzt bestehenden Verhältnisses zwischen Groß-Berlin und dem Bezirksverband Brandenburg herbeizuführen, ersucht die Generalversammlung des vierten Kreises die betreffenden Parteinstanzen, nur dann eine Veränderung des jetzigen Verhältnisses anzubahnen, wenn greifbare und bessere Erfolge für die Agitation als bisher zu erwarten sind. Die Generalversammlung ist aber auch ferner der Meinung, daß es Pflicht jedes Parteigenossen ist, soviel in seinen Kräften steht, agitatorisch zu wirken, zum Beispiel in Bekanntheitellen durch Agitation von Mund zu Mund, durch Beteiligung an der Verbreitung von Flugblättern, wie überhaupt durch jede die Partei fördernde Tätigkeit.“

Antrag Woltke:
„Denjenigen Genossen, die zwei Monate im Streik stehen oder ausgesperrt sind, ist der „Vorwärts“ gratis zu liefern.“

Ein Antrag des Genossen Bartling verlangt, daß der „Vorwärts“ von Zeit zu Zeit für die Landbevölkerung Extraausgaben herausgibt, die auf Grund gesammelten Adressenmaterials verbreitet werden sollen. Außerdem wird in ihm die Sicherstellung der Kreisvertrauensleute in den Provinzkreisen durch die Partei verlangt.

Nachdem die Antragsteller ihre Anträge begründet hatten, wurde in eine Generaldebatte eingetreten, die vom Genossen Sassen eröffnet wurde. Er besprach das Stichwahlabkommen und empfahl den Delegierten, die Artikelserie, die heute im „Vorwärts“ begonnen hat, zu verfolgen. Leider hat der „Vorwärts“ erst heute damit begonnen. Die Provinzblätter sind ihm vorgegangen. Es ist schon deshalb notwendig, daß auf der Generalversammlung darüber geredet wird. Es ist kaum glaublich, was bei dem Stichwahlabkommen geleistet worden ist. Zunächst gefiel ihm nicht die Geheimnistuerei. Das Stichwahlabkommen ging soweit, daß wir selbst in Kreisen, wo wir mit den Liberalen in ausschlaggebender Stichwahl standen, Gewehr bei Fuß stehen mußten und für den eigenen Kandidaten so gut wie keine Agitation entfalten durften. Vor sich sehe er den Genossen Adolf Hoffmann sitzen, der ebenfalls unter dem Stichwahlabkommen zu leiden hatte. Das Verhalten des Freisinnigen, der schon am ersten Stichwahltag 16 Kreise der Reaktion ausgeliefert hatte, war eine ungeheure Provokation gegen uns. Rebel hatte auf dem Parteitag gesagt, er betreibe keinen Mandatskampf und hat sich doch verhalten lassen, mit der Volkspartei zu luhhandeln. Er empfehle nochmals, die Rechtfertigungartikel eifrig zu verfolgen.

Genosse Reile hält es nicht für am Platze, heute über das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes zu sprechen. Zur Resolution Schmidt bemerkt er, daß sich die Provinzdelegierten auf der letzten Konferenz dahin ausgesprochen, daß von einer eigentlichen Veränderung in dem Verhältnis zu Groß-Berlin nicht die Rede sein kann. Der Anstellung von Sekretären in den Provinzkreisen sollte nähergetreten werden. Der Antrag Bartling sei aber zu weitgehend. Durch die von Bartling verlangten Extraausgaben des „Vorwärts“ würde der Provinzpresse Abbruch getan werden.

Genosse Eichorn fährt aus, daß der Antrag Bartling und der Antrag Niederbarnim in einem inneren Zusammenhang stehen. Mit den Extraausgaben des „Vorwärts“ wird nichts Brauchbares für die Landbevölkerung geschaffen. Die Landbevölkerung braucht ganz populär geschriebene Zeitungen, und da ist die Zentrumspresse musterhaft mit ihrem Traktatentom. Ueberdies sind das Kreuzerzeitung, die viel eher dem Parteivorstande zuzukommen als Groß-Berlin. Redner wünscht Ablehnung dieses Antrages, höchstens aber Ueberweisung als Material an die Agitationskommissionen. Bezüglich des Stichwahlabkommens ist er mit den Ausführungen von Sassen einverstanden. Es ist aber gar nicht so einfach und so leicht, nun in dem Ratsehen auf der schiefen Ebene Halt zu machen. Wir befinden uns schon zu lange auf der schiefen Bahn. Auch wird die Erörterung des Stichwahlabkommens auf der Generalversammlung von Groß-Berlin nicht besonders zweckmäßig sein, weil es den Parteitag beschäftigen wird. Bei der Wahl der Delegation zum Parteitag sollte der Kreis in der Form einer Resolution keine Ansicht Ausdruck geben. Während die „Leipziger Volkszeitung“ schon vier Artikel dazu gebracht hat, hat der „Vorwärts“ erst heute mit einem auch nicht besonders genialen Artikel begonnen. Wenn sich die größere Parteipresse an der Diskussion über das Stichwahlabkommen beteiligt, dann wird der Parteivorstand mit Erklärungen herauskommen müssen. Das formale Recht zu Abkommen hatte der Parteivorstand vom Parteitag in Jena erhalten. Man braucht sich auch nicht prinzipiell auf den Standpunkt stellen, daß unter keinen Umständen Stichwahlabkommen getroffen werden dürfen. Wenn man aber auch prinzipiell nichts dagegen einzumenden hat, so kann man aber doch nicht solchen Abkommen zustimmen, die der 4 1/2-Millionenpartei nicht ganz würdig sind. Bei diesem Stichwahlabkommen hat der Umstand eine Rolle gespielt, daß wir uns von den bürgerlichen Parteien ins Schlepp nehmen ließen. Man hat im Wahlkampf viel weniger für sozialdemokratische Ziele gekämpft, als gegen den schwarzbauen Block. Darum stand dann die Sache so, daß bei den Stichwahlen der Parteivorstand seine Hand zur Vermittlung des schwarzbauen Blocks schlug. Es scheint, als hätten die Linksparteien, zumal die Fortschrittler, sich ausgebeutet, daß mindestens ihre Korruptionen nicht ausfallen, die mit uns in für sie ungünstiger Stichwahl standen. Wir wollen uns aber nicht heute schon übermäßig aufregen. Davon können wir überzeugt sein, daß auch der Parteitag in Chemnitz den Parteivorstand nicht fangen wird, denn die 110 Mandate sind ein gewichtiges Moment für den Vorstand, und der Erfolg entscheidet.

Genosse Adolf Hoffmann geht ebenfalls auf das Stichwahlabkommen ein. Er würde nicht darüber geredet haben, wenn Genosse Sassen nicht seinen Namen genannt hätte. Er freue sich, daß Sassen die Geschichte zur Sprache gebracht habe und hoffentlich hat er das auch im Aktionsauschuß getan. Sassen hat aber nicht darin recht, wenn er sagte, daß er, Redner, durch das Stichwahlabkommen in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Er würde überhaupt nicht landiert haben. Er habe den Mandatskampf begonnen, als sie ihm die Kandidatur antrugen, gesagt, sehr zu, daß ihr einen Vergemann bekommt, das halte er für das beste. Sie haben es versucht und haben sich nach ergebnisloser Umschau zum zweitenmal an ihn gewandt, er solle die Kandidatur annehmen, da er seinerzeit das Plutbad in Mansfeld-Bieleben mitgemacht habe und somit noch der beste Kandidat wäre. Von Anfang an habe er sich aber keine Hoffnung gemacht, den Kreis zu holen. Denn er habe seine politische Schulung in Berlin genossen und kenne daher die Liberalen ganz genau. Er konnte sich also nicht den Illusionen hingeben über die freisinnige Courage und den liberalen Mut. Er wußte, daß sie zur Hälfte trotz des Stichwahlabkommens umfallen und zu den Reaktionsären übergehen werden. Und so ist es auch gekommen. Gegen den Rat, den Sassen den Delegierten gab, kann kein Mensch etwas einmischen. Er hoffe aber, daß die Generalversammlung auch den Wunsch ausspricht und ihr Beauftragtenmitglied beauftragt, dafür zu sorgen, daß auch die Artikel der Provinzblätter den Berliner Parteigenossen durch den „Vorwärts“ übermittelt werden; vor allem die der Genossen Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“. Wir haben so oft schon über den Ruhhandel der Süddeutschen bei den Wahlen. Doch an diesen Ruhhandel gemessen sind die Bayern und die Süddeutschen alle die reinen Waisenkinder. Der Parteivorstand möge aber mit Erklärungen kommen; wir werden sie prüfen und unsere Entscheidungen treffen. Rosa Luxemburg hat recht, nicht gegen den schwarzbauen Block, sondern gegen die gesamte Reaktion mußte sich unser Kampf richten. Der Parteitag müsse sich mit dieser Stichwahlaktion beschäftigen, die da hieß: Gewehr bei Fuß! und gedämpfter Trommelschlag! Keine Flugblätter verbreiten, keine Stimmzettel verteilen, es darf nicht mehr agitiert werden! Das begreifen unsere Parteigenossen nicht, noch viel weniger unsere jungen Wähler, die wir mit dieser Mühe und Not für uns gemorben haben. Ein Abkommen leblich auf Grund der vom Parteitag beschlossenen Stichwahlbedingungen hätten wir mit dem Freisinnigen treffen dürfen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie uns gemorbenmäßig im Stich lassen. Aber das durfte sich nicht auf Kreise erstrecken, wo wir selbst mit ihnen in Stichwahl standen. Ueber den Schaden, den uns dieses Abkommen künftig bringen kann, können wir selbst die 110 Mandate nicht hinweghelfen. Nicht die Zahl der Mandate, sondern die hinter uns stehenden Wähler sollten für uns entscheidend sein. Wir sollten bedenken, daß wir hinter 1903 ein 1907 hatten und daß hinter 1912 bald eine Neuwahl kommen kann — denn bis 1917 wird es kaum langen —, wo wir wahrscheinlich dem gesamten reaktionären Block gegenüberstehen werden. Wir haben vor allen Dingen die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß in Zukunft derartige Dinge nicht wieder geschehen. Es muß auf dem Parteitag eine Resolution beschloffen werden, die keine Auslegung zuläßt. Diese muß aber mit übermächtiger Majorität zum Beschluß erhoben werden, damit sie auch unantastbar ist und sich nicht biegen und nicht knicken läßt.

Durch einen Schlußantrag wurde schließlich der Diskussion ein Ziel gesetzt.
Die Resolution Schmidt wurde darauf einstimmig angenommen. Auch der Antrag Woltke fand die Mehrheit der Ver-

sammlung. Der Antrag Harting wurde in gekürzter Abstimmung in beiden Teilen abgelehnt. Darauf wurden die 108 Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung, die von den Abteilungen vorgeschlagen worden sind, bestätigt.

Fünfter Wahlkreis. Geschäftsbericht

Der Vorsitzende Friedländer erstattete, erstreckte sich zum großen Teil auf die Reichstagswahlbewegung im Kreis und die Stimmenergebnisse in den einzelnen Bezirken. In gleicher Weise würdigte der Redner die Stadtverordnetenwahlen. Die Wahlbewegung hat uns Gelegenheit für Vermehrung des Mitgliederbestandes zu wirken. Am Schluß des vorigen Halbjahres (Ende Juni 1911) hatte der Verein 1500 männliche und 255 weibliche Mitglieder. Am 31. Dezember waren 2040 männliche und 297 weibliche Mitglieder vorhanden. Neu aufgenommen wurden im Laufe des Halbjahres 733 männliche und 83 weibliche, während 684 männliche und 41 weibliche Mitglieder durch Fortzug aus dem Kreis und Streichung wieder abgingen. Die Fluktuation macht sich hauptsächlich in den proletarischen Außenbezirken des Kreises bemerkbar. In den Bezirken der inneren Stadt ist die Mitgliederzahl fast stabil geblieben. Die Tätigkeit der Parteigenossen muß sich also darauf richten, auch in den äußeren Stadtteilen stabilere Verhältnisse zu schaffen. Für die Reichstagswahl wurden 235 000 Flugblätter verbreitet, 16 Versammlungen abgehalten und 5000 M. ausgegeben. — Der „Vorwärts“ wird im Kreis in 4500, die „Gleichheit“ in 90, der „Wahre Jakob“ in 1000, die „Neue Zeit“ in 25 Exemplaren abonniert. — Der Redner gedachte in anerkennenden Worten der großen Verdienste, die sich der verstorbene Genosse Liepmann um die Organisation des fünften Kreises erworben hat.

Die vom Kassierer Kirke gegebene

Abrechnung

zeigt eine Einnahme von 12 822,19 M., die Ausgabe betrug 12 101,82 M., bleibt ein Bestand von 720,37 M.

Diskussion

drehte sich lediglich um Differenzen, die seinerzeit unter den Funktionären des Kreises hervorgetreten sind aus Anlaß der Kandidatenaufstellung im 24. Kommunalwahlbezirk. — Durch den Tod Liepmanns ist das Amt des zweiten Kassierers erledigt. An seine Stelle wurde Genosse Schawalla gewählt.

Die in den Abteilungen gewählten Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden bestätigt, mit Ausnahme derjenigen der Abteilung 1a. Da gegen diese aus einem formalen Grunde Einspruch erhoben wurde, so soll die Abteilung 1a die Wahl von neuem vornehmen. — Hierauf wurden die

Anträge zur Generalversammlung von Groß-Berlin

beraten. Angenommen wurde ein Antrag, welcher die Einstellung der Sammlungen durch Pons fordert. — Ein Antrag, der die baldige Herausgabe eines Abendblattes des „Vorwärts“, eventuell unter mäßiger Erhöhung des Abonnementspreises, verlangt, wurde abgelehnt, nachdem Weis darauf hingewiesen hatte, daß niemand grundsätzlicher Gegner des Antrages sei, derselbe könne aber aus finanziellen Gründen zurzeit nicht verwirklicht werden. — Angenommen wurde ein Antrag, welcher fordert, daß der „Vorwärts“ den Genossen, die zwei Jahre Abonnenten sowie zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, nach dierwöchentlichem Krankheits- oder Arbeitslosigkeit auf Antrag unentgeltlich geliefert werde. Die weitere Forderung eines Antragstellers, die Gratislieferung auch auf Streikende und Ausgesperrte auszudehnen, wurde mit Rücksicht auf die unabsehbaren finanziellen Folgen abgelehnt.

Hierauf stellte der Vorsitzende eine Resolution über das Stichwahlabkommen

zur Debatte. Die Resolution ist vom Kreise Niederbarnim eingegangen. Sie lautet:

„Die Parteigenossen Groß-Berlins bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der Fortschrittlichen Volkspartei, durch welches unsere Genossen in 16 Kreisen, wo wir mit dem Freisinn in Stichwahl standen, verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Stimmenthaltung usw. zu sichern.“

Die Resolution veranlaßte eine lebhafte Diskussion, hauptsächlich zwischen Dr. Wehl und Weis.

Genosse Wehl sagte: Wenn von unserem Stichwahlabkommen die Rede war, so glaubten wir, es sei das Abkommen, welches der Parteitag in Jena beschlossen hat. Daß ein weitergehendes Abkommen getroffen war, davon wußte man bisher noch nichts. Der „Vorwärts“ spricht in einem Artikel über das Stichwahlabkommen; er sagt aber nicht, worin es bestand. In der Resolution wird nun Hipp und Kirke gesagt, das Abkommen ging dahin, daß wir 16 Wahlkreise, wo wir mit den Fortschrittlichen in Stichwahl standen, diesen Kampflos überlassen sollten. Wenn das wahr ist, dann kann ich ein solches Abkommen nur bedauern und stimme der Resolution in vollem Umfange zu. Obgleich der Parteivorstand für 16 Kreise das Abkommen getroffen haben soll, sind doch in zwei oder drei dieser Kreise unsere Genossen gewählt worden. War es zweckmäßig und notwendig, unsere Genossen mit einem solchen Abkommen vor den Kopf zu stoßen? Sollen vielleicht die Abgeordneten, die trotz des Abkommens gewählt wurden, den Parteivorstand

fragen, ob er erlaubt, daß sie in der Fraktion Maß nehmen dürfen? Durch solches Abkommen Mandate zu „erobern“, widerspricht doch unserem Klassenkampfstandpunkt. Durch solchen Mandatskauf dürfen wir unseren Klassenkampf nicht vernachlässigen. Hätten wir nicht 110 Mandate und einen Vizepräsidenten auf vier Wochen, dann würde man wohl schon mit Reulenschlägen gegen den Parteivorstand vorgegangen sein. Unter den Kreisen, auf die sich das Abkommen erstreckt, sind solche, wo wir Aussicht auf einen Sieg in der Stichwahl hatten. Aber auf Anordnung des Parteivorstandes mußten unsere Genossen eine gedämpfte Agitation betreiben, um dem Freisinnigen den Sieg zu sichern. Das kann dem Interesse der Partei natürlich nicht dienen.

Weis führte aus: Daß ein Abkommen getroffen war, mußte jedem klar sein, nachdem die Fortschrittler ihre Stichwahlbedingungen veröffentlicht hatten. Wir haben in der Hauptwahl den prinzipiellen Kampf geführt und unsere Stimmen gegen die für die Stichwahl kam es darauf an, den schwarzblauen Block zu schwächen und die Opposition nach Möglichkeit zu stärken. Diesem Ziel diente der Jenaer Parteitagbeschluss. Demgemäß mußten die Abmachungen in den einzelnen Kreisen getroffen werden. Das ist auch, so viel ich weiß, geschehen. Wir haben die Liberalen gegen die reaktionären Kandidaten unterstützt und die Liberalen traten, allerdings nicht am ersten Stichwahltage, für unsere Kandidaten gegen die Kandidaten des schwarzblauen Blocks ein. Die Liberalen erklärten, ob es nicht möglich wäre, ein Abkommen auch für die Kreise zu treffen, wo wir mit ihnen in der Stichwahl standen und wo wir keine Aussicht auf den Sieg hatten, wenn die Liberalen Anschließ nach rechts gesucht hätten. Für den Parteivorstand war es notwendig zu verhindern, daß die Liberalen wieder, wie sie es früher taten, Anschließ nach rechts suchten. Es mußte aus der Situation herausgeschlagen werden, was irgend erreicht werden konnte. Die Parole der Stimmenthaltung ist in keinem Kreise ausgegeben worden. Wo wir hoffen konnten, aus eigener Kraft zu siegen, haben wir uns natürlich auf nichts eingelassen. Es galt nur, zu verhindern, daß die Liberalen wieder mit den reaktionären gemeinsame Sache gegen uns machten. Das ist auch mit Ausnahme des ersten Stichwahltages gelungen. An den 110 Mandaten haben unsere Genossen Freude gehabt. Sollten wir denn nach der Hauptwahl alles gehen lassen, wie es gehen will? Wenn wir sehen, daß ein Abkommen mit den Liberalen die einzige Möglichkeit bot, den schwarzblauen Block niederzuringen, dann müssen wir sagen: das Abkommen des Parteivorstandes war zweckmäßig, es ist zu begründen. Wenn Genosse Wehl sagt, nicht auf die Mandate, sondern auf die Stimmzahl kommt es uns an, so erinnere ich daran, daß wir 1907 den Mandatsverlust trotz erhöhter Stimmzahl als eine Schlappe empfunden haben. Wir sagten, die Scharte muß ausgeweiht werden. Jetzt haben wir die Scharte ausgeweiht und freuen uns über den Erfolg. Wenn wir uns am Parlamentarismus beteiligen, dann haben wir auch die Pflicht, dahin zu wirken, daß das Parlament so zusammengesetzt wird, wie es den Interessen des Volkes entspricht.

Die Versammlung lehnte die Resolution ab. Dann wurde noch ein Antrag angenommen, welcher die Aufhebung des Parteiverhältnisses zwischen der Organisation von Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg fordert.

Schließlich erlaubte ein Redner die Genossen, davon Notiz zu nehmen, daß der Streikbrecherermittler Koch von der Hofmannstraße 11 nach Wilsdr. 61 zieht.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises fand im „Moabitier Gesellschaftshaus“ statt und war außerordentlich stark besucht. In der Besichtigung der 24 Delegierten, wie sie in Vorschlag gebracht waren, vorgenommen. Der Vorsitzende, Genosse Henschel, erstattete den

Vorstandsbericht

über die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1911. Er gedachte zunächst der verstorbenen Genossen in dem verflochtenen Halbjahr, 87 an der Zahl, deren Andenken von den Versammelten in der üblichen Weise geehrt wurde.

In dem Bericht des Vorstandes wird zunächst der Reichstagswahlkampf im sechsten Kreise besprochen. Dieser Kreis ist in Berlin der einzige, der diesmal eine starke Zunahme von eingeschriebenen Wählern zeigte. Die übrigen Kreise zeigten sogar eine Abnahme, mit Ausnahme des fünften, wo die Zunahme aber nur 376 Wähler betrug, während der sechste um 23 306 zugenommen hatte. (Die Einwohnerzahl im Kreise beträgt 865 000.) Vorstand und Kreisversammlung beschloßen, diesmal eine außerordentliche Agitation zu entfalten, und dieser Beschluß war den Mitgliedern im Wahlverein sehr willkommen. Man legte Wert auf genaue Wählerlisten und richtete einen flotten Schlepperdienst ein, worauf man bei früheren Wahlen verzichtet hatte. 47 Versammlungen, darunter 8 für Frauen und eine Versammlung für polnische Wähler, beschäftigten sich mit der Reichstagswahl, und auch die Sonntagversammlungen des Wahlkreises dienten ausnahmslos der Agitation. After dem allen Kreisen zur Verfügung stehenden Agitationsmaterial wurden im sechsten Kreise noch 4 Flugblätter in einer Gesamtauflage von 1 300 000 Exemplaren verbreitet, ferner 100 000 besondere Flugblätter für Beamte und Staatsarbeiter, Postbeamte, Eisenbahner, Privatangestellte, Gewerbetreibende und Polen. Das Resultat war denn auch recht befriedigend. Von 219 782 Wahlberechtigten stimmten 89,8 Proz., während im Jahre 1907 nur

71,5 Proz. und 1908 nur 67,9 Proz. der Wahlberechtigten stimmten. Und von den abgegebenen Stimmen erhielt unsere Partei 80,5 Proz., die Gegner 19,5 Proz., während im Jahre 1907 auf unsere Partei 71,7 Proz. und auf die Gegner 28,3 Proz. fielen. Im Jahre 1908 erhielten wir 71,2 Proz., die Gegner 28,8 Proz. — Unsere Stimmen haben sich bei der letzten Wahl um 43 000 vermehrt, die Stimmen der Gegner haben sich um 5500 vermindert, trotz der größeren Zahl eingeschriebener Wähler. — Die Tätigkeit der Mitglieder ging aber noch über den eigenen Kreis hinaus. Etwa 1000 Genossen waren am Wahltage in der Provinz tätig, 10 000 „Briefe an Verwandte“ und 20 000 Postkarten gingen zur Agitation hinaus ins Land.

Der Bericht geht dann über zu den nach einer neuen Einteilung festgefundenen Stadtverordnetenwahlen im letzten Herbst, mit denen sich 4 Wählervereinigungen und eine Generalversammlung beschäftigten. Inwiefern wurden Flugblätter in einer Gesamtauflage von 357 100 Exemplaren verbreitet. — Hervorragenden Anteil nahm der sechste Kreis an der großen Friedenkundgebung im Treptower Park am 3. September und an dem Protest gegen die Verdröhung des Weltfriedens am 12. November. — Die Bewegung gegen die Teuerung, die am 17. Oktober in 12 großen Versammlungen einen bestimmten Ausdruck fand, der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen, der am 6. Juli 5 hunderttausend Versammlungen brachte, fanden die Genossen vom sechsten Kreise auf dem Posten.

Die geschäftlichen Angelegenheiten im Wahlkreise fanden in 18 Sitzungen des Vorstandes und in 9 Kreisversammlungen ihre Erledigung. Der Agitation unter den Frauen wurde die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet und manche Anregung dazu gegeben. Am Jahresabschluss waren 488 Funktionäre vorhanden; 22 Abteilungen sind jetzt eingerichtet. — Zur Unterhaltung und Belehrung der Mitglieder fanden eine Reihe von festlichen Bekanntschaften statt, die zur allgemeinen Zufriedenheit ausgefallen sind. Die Schiedskommission hatte 37 Anträge zu behandeln, die alle, mit Ausnahme von dreien, ihre Erledigung fanden, 10 Personen wurden aus der Mitgliederliste gestrichen, in 6 Fällen wurde auf eine Klage erkannt, in 8 Fällen kam ein Vergleich zustande, 3 Anträge wurden abgelehnt und 6 zurückgewiesen, weil nicht zur Kompetenz der Schiedskommission gehörig, und ein Antrag wurde für eine neue Betreibung zurückgestellt.

Die Zahl der Mitglieder betrug am 30. Juni 1911: 26 413 männliche und 4169 weibliche, zusammen 30 584 Personen. Am 31. Dezember 1911 wurden 26 699 männliche und 4718 weibliche Mitglieder gezählt, zusammen also 31 417 Mitglieder. In diesem Punkte ist man noch unzufrieden und bezieht, die Mitgliederzahl im Wahlverein anscheinlich zu erhöhen.

Rassenbericht

Der für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1911 zeigt eine Einnahme von 98 241,46 M., eine Ausgabe von 90 056,49 M., somit einen Bestand von 8184,97 M. am Jahresluß.

Die Versammlung beehrte eine Diskussion über den Vorstandsbericht nicht und beschäftigte sich zunächst mit einigen

Kassierberichten.

die gegen die Mitglieder Schultze, Stränderg und Wagner gerichtet waren. Die ersten beiden wurden wegen Denunziation von der Mitgliederliste gestrichen, gegen Wagner soll wegen übler Nachrede das Ausschlussverfahren eingeleitet werden, obgleich die Schiedskommission ihm nur eine Klage erteilt und auf ein Jahr von der Verrichtung eines Amtes in der Partei ausgeschlossen wollte.

Verschiedene Anträge an die Verbandsgeneralversammlung kamen dann zur Besprechung. Beschlossen wurde, auf der Verbandsgeneralversammlung zu beantragen:

1. Streikenden und ausgesperrten Genossen ist der „Vorwärts“ unter denselben Bedingungen und unentgeltlich zu liefern wie den arbeitslosen und kranken Genossen.
2. Für den Antrag Niederbarnim einzutreten: das jetzige Parteiverhältnis zwischen Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg aufzuheben. Die Durchführung dieses Beschlusses wird den beiderseitigen Parteiführungen unter Zuziehung des Parteivorstandes überlassen.
3. Für den Sekretärposten an Stelle des verstorbenen Genossen Liepmann den Genossen Theodor Fischer vorzuschlagen.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich über den Antrag des Vorstandes und der Kreisversammlung, eine

Regelung der Gehälter

der Angestellten des Wahlvereins vorzunehmen. Die Versammlung entschied darüber in ablehnendem Sinne.

Nach Erledigung aller geschäftlichen Angelegenheiten, die bis gegen 11 Uhr dauerte, hörten die Versammelten noch einen einstündigen Vortrag von Georg Ledebour über das Thema: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ aufmerksam an und folgten nicht mit ihrem Beifall, als der Redner mit einem frohen Ausblick auf kommende Siege in zukünftigen Kämpfen der immer mächtiger auftauchenden Sozialdemokratie seine Rede schloß. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach einem kurzen, zur unermüdeten Weiterarbeit anfeuernden Schlusswort des Vorsitzenden Henschel löste sich die Versammlung unter Hochrufen auf die Partei auf.

Drei billige Pelerinen-Tage

Donnerstag ≡ Freitag ≡ Sonnabend

Loden-Pelerinen

grauer oder grünlicher Strichloden. „Imprägniert.“ Vorzüglich im Tragen. Mit abknöpfbarer Kapuze, Tragbändern, Armdurchgriffen und Taschen.

Für Herren und Damen

Längen 120 u. 125 cm

Qual. I 12.90 Qual. II 7.30

Für Knaben und Mädchen

Längen 70, 80, 90 cm

Längen 100 u. 110 cm

7.30 u. 4.35 9.80 u. 5.85

Gummi-Mäntel Echt englisch, spottbillig, Ulster-Formen ... 12.50

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Die Besichtigung unserer Kleiderwerke ist unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gern gestattet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei



Loden-Hüte 1.90 u. 3.40

Flugblattverbreitung.

Sonntag früh Flugblattverbreitung in Berlin, Alt-Mienide, Charlottenburg, Köpenick, Neukölln, Schöneberg, Vorstgärten, Erkner, Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Lichtenberg, Pankow, Reinickendorf-West, Rummelsburg, Zehlendorf, Weißensee.

Die Genossen, namentlich auch die Mitglieder der Konsumgenossenschaft, werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.

Partei-Angelegenheiten.

Taubstumme!

Den taubstummen Genossen zur Kenntnisnahme, daß der nächste Jahlabend am Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Haberland, Linienstraße 73, stattfindet. Alle taubstummen Wahlvereinsmitglieder werden dringend gebeten, an dem Jahlabend teilzunehmen.

Der Zentralvorstand.

Neukölln. Am nächsten Sonntag, den 10. d. Mts., findet im Neuköllner Theater die Aufführung der Operette „Die Leuchte Susanne“ statt. Billetts sind diesmal nur bei den Bezirksführern und bei den Genossen Fischer, Weisestr. 14, Pfeifer, Hermannstr. 49, Meier, Pring-Gandjery-Str. 8, und Gemmeder, Kaiser-Friedrich-Straße 232, zu haben.

Der Bildungsausschuß.

Groß-Lichterfelde. Heute Donnerstag abend 7 Uhr: allgemeine Flugblattverbreitung, morgen Freitag abend 7 Uhr: Handzettelverbreitung.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Tempelhof. Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmshagen“, Berliner Straße 9: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevwahl. 2. Aufstellung der Kandidaten.

Vogel-Hagen-Rummelsburg. Sonntag früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus, Flugblattverbreitung für die am Dienstag abend 8 1/2 Uhr stattfindende öffentliche Versammlung im Café Bellevue.

Die Bezirksleitung.

Brix-Badow. Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Chausseestr. 97: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritjof Zubeil. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Genossen sorgt für zahlreichen Besuch.

Der Einberufer.

Ober-Schöneweide. Freitag, den 8. März, von abends 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Die Bezirksleitung.

Neuenhagen (Ostbahn). Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr: Extra-Jahlabend bei Worumann. Tagesordnung: 1. Vorbereitungen zur Gemeindevereinerwahl. 2. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nieder-Schönhausen-West. Freitag, den 8. März, von abends 7 Uhr ab, findet von den bekannten Stellen aus das Austragen der Wahlurteile statt.

Die Bezirksleitung.

Bernau. Die Genossen werden ersucht, sich an der Beerdigung des verstorbenen Genossen Dersel heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Jepemid aus rege zu beteiligen. Abfahrt von Bernau 4.10 Uhr.

Die Bezirksleitung.

Berndorf. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokale von Knorr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Vorkauf in den Laubenkolonien

hat diesmal infolge des milden Wetters früher als sonst begonnen. Die letzten wärmeren Tage führten schon viele Hunderte von Kolonisten hinaus, um ihr „Rittergut“ vor den Toren der Stadt zu besichtigen und aus dem Winterschlaf zu wecken. Für nicht wenige war das wieder eine böse Verunsicherung. Die Winterstürme, die uns in den vergangenen Monaten mehrfach heimsuchten, haben auch da draußen arg gehaust und manche Laube zu Kleinholz gemacht. Wer da nicht vorsorglich alles niet- und nagelfest berrammelte oder noch besser, eine nur leichtgefügte Laube ins Stadtquartier brachte, hat neben dem Karger nicht unbeträchtlichen Schaden. Daß vieles fehlt, was nicht bloß vom Winde entführt wurde, ist leider eine alte Erscheinung. Haben es sich hier Obdachlose während des Winters „gemütlich“ gemacht, so sieht man gern darüber hinweg, falls die ungebeten Gäste nicht allzu unbescheiden waren. Die Hoffnung auf den nahenden Frühling und das noch schönere Sommerleben im Laubenheim läßt nicht viel Zeit zum Kopfschütteln. Man schimpft sich weidlich aus und geht mit Eifer an die Arbeit, um dem undankbaren märkischen Boden, der bei Berlin ganz besonders mager ist, das wenige abzurufen, was bei den heutigen Teuerungszeiten für die Proletenfamilie immerhin ins Gewicht fällt. In diesem Jahre dürfte vorzugsweise der Anbau von Kartoffeln und Kohl gepflegt werden. Man weiß ja, daß man damit den Winterbedarf einer starkköpfigen Arbeiterfamilie nicht entfernt deckt, aber es läßt sich damit doch etwas der agrarischen Raffgier vorbeugen. Schon sind auch die Kolonistenvereinigungen, die im Winter nicht rasteten, auf dem Platze, um ihren Beschlüssen gegen die bekannten Mißstände im Laubenkoloniewesen möglichst die Erfüllung zu sichern. Spielt uns Frau Holle nicht noch nachträglich einen Streich mit weißen Östern, so wird schon in weniger als fünf Wochen zwischen dem ersten grünen Grün der Laubenherrlichkeit, mag die kräfteparende Sonne auch nicht ein langes Stipen im Freien erlauben, der Frühling gefeiert werden.

Aus dem „Kinderhaus“ in der Blumenstraße

berichten wir im Januar über ein Erlebnis eines Maurers W., der dort in Prof. Neumanns Poliklinik sein Kind hatte unterziehen lassen. W. glaubte, daß er die Kosten des ihm als taubstumm bezeichneten operativen Eingriffs nicht selber werde tragen können. Der untersuchende Arzt, dem er auf Befragen seinen Beruf nannte, wunderte sich: „Maurer? Und dann suchen Sie eine Poliklinik auf!“ Auf W.'s Angabe, daß er schon seit drei Wochen arbeitslos sei, erwiderte der Arzt: „Na, da müßten Sie doch im Sommer soviel verdienen!“ W. empfand diese Bemerkung so sehr als Vorwurf, daß er, als der Arzt sich zu dem operativen Eingriff bereit erklärte, für die angebotene Hilfe dankte und das „Kinderhaus“ verließ.

Wir kommen heute auf die Angelegenheit zurück, weil die „Medizinische Reform“, Halbmonatsschrift für soziale Hygiene und praktische Medizin“, herausgegeben von Dr. Rudolf Lennhoff und Dr. Benno Kay, den

„Vorwärts“ wegen jenes Artikels angreifen zu sollen gemeint hat. Die in der Zeitschrift veröffentlichte Entgegnung, die von „R. L.“ unterzeichnet ist und die Leberschrift „Vornehme Anerkennung selbstloser Sozialhygiene“ trägt, gelangt erst jetzt zu unserer Kenntnis. Um ein Verständnis der Entgegnung R. L.'s zu ermöglichen und sie zugleich in ihrer ganzen Galtlosigkeit darzutun, müssen wir aus jenem unseren Artikel die Einleitung und den Schluß hier nochmals wiedergeben.

Der Artikel begann:

„Aus dem „Kinderhaus“ wird uns eine Klage vorgetragen, die für manchen unserer Leser von Interesse sein dürfte. In diesem Hause, das auf dem Grundstück Blumenstraße 87 steht und Eigentum des Kinderarztes Prof. Neumann ist, sind verschiedene Einrichtungen zur Kinderpflege und Kinderheilkunde vereinigt. Auch eine der Säuglingsfürsorgestellen, die von der Stadt unterhalten werden, ist hier hineingelegt und der Leitung des Prof. Neumann unterstellt worden. Die anderen Einrichtungen des „Kinderhauses“ sind private Unternehmungen des Prof. Neumann, der sie nach eigenem Ermessen leitet und Gewinn oder Verlust seinem eigenen Konto zu buchen hat. Das gilt auch von seiner im „Kinderhaus“ betriebenen Poliklinik. Wer sie benutzen will und unentgeltliche Behandlung erwartet, muß selbstverständlich — wie in allen Polikliniken — sich die Frage nach seinem Einkommensverhältnis gefallen lassen. Die Polikliniken sollen ja nur unbemittelten Personen ihre unentgeltliche Hilfe gewähren, und daß sie an diesem Grundsatz festhalten, ist ein immer wiederholter Wunsch der privaten Ärzte, die sich ihre zahlungsfähigen Patienten nicht entziehen lassen möchten. In den Polikliniken, die den großen öffentlichen Heilanstalten des Staates und der Stadt angegliedert sind, wird der Begriff der „Unbemitteltheit“ wohl nicht immer so eng umgrenzt, wie private Ärzte es fordern. Bei Herrn Prof. Neumann aber wird man sich nicht wundern dürfen, wenn er an die Besucher seiner Poliklinik einen strengen Maßstab anzulegen für nötig hält. Er allein hat darüber zu bestimmen, wer in seinem „Kinderhaus“ als unentgeltlich gelten soll, und keiner wird ihm Abweichungen zahlungsfähiger schmerzender Personen verargen können. Zu wünschen ist aber, daß in der Bevölkerung möglichst bekannt wird, was man im „Kinderhaus“ unter Umständen zu erwarten hat. Ein Maurer W., der bisher das „Kinderhaus“ für eine öffentliche Anstalt gehalten hat, teilt uns mit, welche Erfahrungen er dort gemacht hat. Er bittet uns, sein Erlebnis bekanntzugeben als Warnung für andere Arbeiter, die etwa mit ihren Kindern die Neumannsche Poliklinik aufsuchen wollen.“

Und der Schluß lautete so:

„W. entschloß sich, eine öffentliche Anstalt aufzusuchen und sein Kind einer Poliklinik zuzuführen, die den Begriff „Unbemitteltheit“ weniger eng zu ziehen genötigt ist. Wir können nur jedem Arbeiter raten, von vornherein die privaten Polikliniken möglichst zu meiden. In öffentlichen Anstalten ist man im allgemeinen doch wohl weniger geneigt, Mitte Januar bei 15 Grad Kälte einen für sein Kind um ärztlichen Beistand bittenden Maurer zu belehren, daß er „im Sommer soviel verdient“ haben müsse. Uebrigens würde die unentgeltliche Behandlung, die manchem als große Wohltat erscheint, meist dadurch abgegolten, daß der unentgeltlich behandelte Patient sich zum Studienobjekt hergibt. Was der Arzt an Unbemittelten lernt, verwertet er später bei der Behandlung bemittelter Leute, die dem Arzt seine „reichen Erfahrungen“ dann um so höher zu bezahlen haben. Auf diese Weise ist vielleicht schon mancher unentgeltlich behandelte Patient schließlich zum „Wohltäter“ der Ärzte geworden.“

Hierzu sagt R. L.: „Wie geschmackvoll muten diese Schlüsse an, gerade wenn von dem „Kinderhaus“ und Hugo Neumann die Rede ist!“ Er gesteht, daß er den Fall nicht kennt, aber er will annehmen, daß die Schilderung in allen Punkten zutrefte. „Wir stellen“, fährt er fort, „nur die einzige Frage: Selbst wenn über zehn oder mehr Fälle dieser Art zu berichten wäre, gab es kein anderes Mittel, auf eine Aenderung hinzuwirken, als die in ausreichender Grund, vor dem „Kinderhaus“ öffentlich und in dieser Form zu warnen?“ Was er an der Form auszusetzen hat, sagt er in folgendem: „Man gestatte uns, nur ein einziges herauszugreifen. Das „Kinderhaus“ ist Eigentum von Prof. Hugo Neumann, seinem eigenen Konto bucht er Gewinn oder Gewinn. Glaubt der „Vorwärts“ wirklich, daß Neumann aus dem „Kinderhaus“ Gewinn zieht? Sehr leicht kann er erfahren, ob das der Fall ist, sehr leicht, mit welchem Verlust er arbeitet. Für die Leser aber stehen die Worte da und unter ihnen das vom Gewinn.“

Es ist vielleicht nicht überflüssig, hier nochmals auf den Wortlaut unserer Ausführungen hinzuweisen. Wir haben gesagt, daß Neumann „Gewinn oder Verlust seinem eigenen Konto zu buchen hat“. Daß dem Prof. R. aus einem etwaigen Gewinn ein Vorwurf gemacht werden sollte, las R. L. heraus, weil er — blind gemacht durch jenseitigen Argwohn — den Satz nicht verstand. R. L. hat in seiner Willkür nicht begriffen, daß die Frage, ob R. tatsächlich Gewinn oder Verlust hat, für den vorliegenden Fall gleichgültig ist. Und lam es an — das müßte für jeden Unbefangenen aus dem ganzen Zusammenhang hervorgehen — auf die aufklärende Feststellung, daß diese Poliklinik keine öffentliche Anstalt ist, daß vielmehr R., der sie auf eigene Rechnung betreibt, selber für ihre finanziellen Grundlagen einzustehen und daher auch zu bestimmen hat, wer bei ihm als „unbemittelt“ gelten soll.

Ausdrücklich sagten wir auch, daß W., der das „Kinderhaus“ bisher für eine öffentliche Anstalt gehalten hatte, durch eine Bekanntgabe seiner Erfahrungen andere zu warnen wünschte. Schon daraus erklärt es sich, daß wir nicht, wie R. L. es lieber gesehen hätte, nach einem „anderen Mittel“ suchten, „auf eine Aenderung hinzuwirken“, sondern „öffentlich warnen“. Wir wollten ja gar nicht dem Prof. R. irgendwelche Vorschläge darüber geben, wie weit in seiner privaten Anstalt, in der er selber für alles aufkommen muß, der Begriff „unbemittelt“ ausgedehnt werden solle. Nein, wir wollten und müßten uns an die Bevölkerung wenden, um andere vor ähnlichen Entschlüssen zu bewahren. Wir werden uns auch weder durch R. L. noch durch sonst wen beirren lassen, das zu tun, was wir für unsere Pflicht halten.

Was R. L. gegen den „Vorwärts“ über Gewinn oder Verlust des Prof. R. deklamiert, das wird mancher Arzt mit Verwunderung lesen. Wir würden dem Prof. R., wenn er Gewinn hätte, hieraus keinen Vorwurf machen. Dagegen ist R. L. so „feinfühlig“, daß er sich schmerzlich berührt fühlt in dem Gedanken, wir könnten R. eines Gewinnes verdächtigen wollen. Ja, hält denn R. L. es für unehrenhaft, daß ein Arzt aus seiner Tätigkeit Gewinn zieht? Hier erinnern wir uns, wie sehr in neuerer Zeit die meisten Ärzte sich und das Publikum daran zu gewöhnen gesucht haben, daß auch ihre Berufstätigkeit ein Gewerbe ist, das seinen Mann nähren soll. Man kann unter den bestehenden Verhältnissen gegen diese Bestrebungen der Ärzte, wenn man auch zu manchen Auswüchsen den Kopf schütteln muß, doch grundsätzlich nichts sagen. Warum regt aber dann R. L. sich so sehr darüber auf, daß der „Vorwärts“ beim „Kinderhaus“ nicht ohne weiteres nur Verlust voraussetzt hat? R. L.'s Entrüstung wird auf manchen seiner Kollegen wirken, wie ein Fausthieb ins Gesicht, den er ihnen gibt. Die minder „feinfühlig“ unter ihnen werden verständlich genug sein, seine Deklamationen zu belächeln.

Ein Raubmordverbrechen

wurde gestern morgen auf dem Grundstück am Spittelmarkt 8-10, an der Ecke der Kurstraße verübt. Dort überfiel der 18 Jahre alte Hausdiener Alois Püttlid die 57 Jahre alte Privatierin Ernestine

Schell, geborene Hoffmann, verletzte sie durch Kopfschläge mit einer Seltersflasche lebensgefährlich. Schleifte sie nach dem Keller, raubte ihr einen Leinenbeutel mit 120 M. und verschwand mit der Beute. Die schwerverletzte Frau wurde nach dem Krankenhaus am Urban geschafft, wo sie bedenklich darniederliegt. In dem bezeichneten Hause betreibt der Schankwirt Lukas Wald eine Wirtschaft, die besonders von Hausdienern und Kutschern viel besucht wird. Ihm zur Seite steht seine Tante, die aus Alt-Mahlisch gebürtige Witwe Schell. Beide wohnen entfernt vom Geschäft in der Wallstraße 14. Auch den Hausdiener, den sie in der Schankwirtschaft beschäftigt, haben sie in ihrer Behausung bei sich. Erst vor drei Tagen nahmen sie einen neuen an, den am 11. Dezember 1893 in Königlich-Gamischlau geborenen Alois Püttlid. Frau Schell war mit diesem jungen Manne durchaus nicht zufrieden. Dienstag hatte sie, weil er wieder seine Arbeit vernachlässigte, einen heftigen Ausbruch mit ihm. Als er auf ihre Vorhaltungen in besonderer Art erwiderte, gab sie ihm eine Ohrfeige, als sie mit ihm allein im Schankraum war, und entließ ihn auf der Stelle. Püttlid ging, ohne ein Wort zu sagen. Im Laufe des Nachmittags begab er sich nach der Wallstraße und ließ sich von dem Dienstmädchen der Frau Schell seine Sachen herausgeben. Wo er dann geblieben ist, weiß man nicht. Gestern morgen um 7 Uhr begab sich Frau Schell ahnungslos wie immer nach dem Spittelmarkt, um das Geschäft zu öffnen. Wald pflegt erst später dorthin zu kommen. Weil nun der Hausdiener fehlte, so war sie allein. Während sie den großen Schankraum aufräumte, schlich ihr Püttlid, der ihre Gepflogenheiten genau kannte, nach, streckte sie durch mehrere Tische mit einer Seltersflasche, die er ihr hinterrücks über den Kopf versetzte, nieder, schleifte die Bewußtlose die Wendeltreppe hinunter nach dem Keller, raubte ihr einen Leinenbeutel mit 120 M., ließ sie dann liegen, schloß eine Tür hinter ihr ab, nahm von einer zweiten den Außengriff ab und stieg dann wieder hinauf, um sich in dem Schankraum die Hände zu waschen. Als er hiermit fertig war, vergaß er in der Eile, den Wasserhahn wieder zu schließen, und weil nun im Abflußbecken ein Lappen lag, so trat das Wasser bald über und überschwemmte das ganze Lokal. Auch nach dem Keller hinunter lief das Wasser. Unterdessen kam Frau Schell wieder zu sich. Sie öffnete ein nach der Kleinen Kurstraße hinausgehendes Fenster und rief um Hilfe. Maurer, die auf dem Grundstück arbeiten, und andere Leute hörten ihr Geschrei, drangen mit Gewalt in den Keller ein und befreiten die Schwerverletzte. Sie brachten sie nach der nahegelegenen Unfallstation am Spittelmarkt. Nachdem sie dort einen Verband erhalten hatte, wurde die Leberfallene von der Polizei des 40. Reviers, die alsbald am Tatort erschien, nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo sie lebensgefährlich darniederliegt. Der Räuber war inzwischen entkommen und ist noch nicht wieder ermittelt. Die Kriminalpolizei fahndet auf ihn mit einem größeren Aufgebot.

Im Fahrstuhlschacht totgequetscht. Ein schwerer Unfall hat sich am gestrigen Vormittag gegen 9 Uhr in der städtischen Gasanstalt in der Danziger Straße ereignet. Im Retortenhaus IV werden zurzeit die Fahrstühle mit einem neuen Forbanstrich versehen. Der Maler Joseph Stelzer von der Firma Dyppe mann strich in einem der Fahrstuhlschächte die Eisenträger und Verbindungen. Dauerlicherweise war einer der in dem Fahrstuhlschächte laufenden Fahrstühle im Betriebe. Während Stelzer seine Arbeit verrichtete, wurde er von dem Kontergewicht des laufenden Fahrstuhles so unglücklich erfaßt, daß ihm der Kopf buchstäblich vom Rumpf getrennt wurde. Der Tod des Unglücklichen trat auf der Stelle ein.

Folgschwerer Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Omnibus.

Ein heftiger Zusammenstoß, bei dem zwei Personen schwer und zwei leicht verletzt wurden, ereignete sich gestern früh kurz nach 6 Uhr an der Kreuzung der Brunnen-, Invaliden- und Veteranenstraße. Dort fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 57, der die abschüssige Veteranenstraße herabkam, mit großer Gewalt gegen einen zweispännigen Omnibus, der gerade an der Kreuzung vorüberfuhr. Bei dem Anstoß wurde der Omnibus vollständig umgeworfen und die Fahrgäste fielen zum Teil auf die Straße. Vier Personen wurden verletzt unter dem Omnibus hervorgezogen und nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Hier stellte es sich heraus, daß zwei von ihnen schwer verletzt waren. Es sind dies der Drechsler Hermann Marquardt aus der Brunnenstr. 137 (Kerbenhof und Beinverletzungen) und der Arbeiter Max Reimer aus der Ufedomstr. 34 (Schulterverrenkungen). Die beiden Leichtverletzten sind der Kutscher Wilhelm Herrfort aus der Fehrbelliner Str. 43 und die Händlerin Wilhelmine Schimanski aus der Jasmunder Str. 14. Von den Fahrgästen der Straßenbahn wurde niemand verletzt. Der Omnibus ist stark beschädigt und mußte aus dem Betrieb gezogen werden. Der Zusammenstoß hatte auch eine längere Verkehrsstörung zur Folge.

Eine Familie durch Gas vergiftet. Ein schreckliches Unglück, dem eine Mutter mit zwei kleinen Kindern zum Opfer fiel, hat sich in der Nacht zum Mittwoch in der Windener Str. 25 zu Charlottenburg zugetragen. Im zweiten Stock des Seitenflügels wohnt dort der Fabrikarbeiter Karl Wollenberg mit seiner aus Frau und zwei Kindern bestehenden Familie. Der Mann arbeitet in einer Gasanstalt und hatte die letzte Nacht Dienst. Aus Versehen ließ seine Frau Dienstag abend beim Zubettgehen einen Gasofen offen, so daß das Gas auströmete. Erst gestern früh, als der Mann von der Arbeit heimkehrte, wurde der Unfall bemerkt. Die Frau lag mit den beiden Kindern tot im Bett; alle drei waren der Gasvergiftung erlegen. Zuerst verbreitete sich in der Nachbarschaft die Kunde, daß eine Mordtat vorliege, doch trifft diese Annahme nach den bisherigen Ermittlungen nicht zu. Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Ein Amtsanwalt während der Verhandlung vom Tod überrocht. Ein tragischer Vorgang hat sich gestern in Oranienburg abgespielt. Im dortigen Schöffengerichtssaale hatten Verhandlungen stattgefunden, wobei Amtsgerichtsrat Bürgermeister a. D. Seidel als Amtsanwalt fungierte. Witten in einer Verhandlung fand S. plötzlich leblos vom Stuhl und war auf der Stelle tot. Die Sitzung mußte sofort unterbrochen werden. Wie ein hinzugezogener Arzt feststellte, hatte ein Herzschlag dem Leben des Amtsanwalts ein jähes Ziel gesetzt.

Von der „siebenköpfigen Einbrecherbande“

über deren Verhaftung wegen Pleureusendiebstähle im November vorigen Jahres die Blätter berichteten, standen dieser Tage fünf Personen als Angeklagte vor dem Schöffengericht Neuzölln (Rizdorf). Beschuldigt waren zwei Angeklagte des Diebstahls und drei der Hehlerei, unter letzteren der Hausdiener Friedrich Schollmeier und ein früherer Hausdiener Max Geise. Unsere Leser werden sich erinnern, daß im November fälschlich als „sozialdemokratischer Arbeitersekretär“ bezeichnete Schollmeier und Geise wurden dann schon nach einer Untersuchungshaft von wenigen Tagen, wie wir

damals meldeien, wieder auf freien Fuß gesetzt. Wir erfahren jetzt, daß Schollmeier und Gesche in der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Neulöwen freigesprochen worden sind.

Sechs neue Fahrkarten-Druckmaschinen sind von der Staatsbahnverwaltung auf dem Bahnhöfen Alexanderplatz und Zoologischer Garten, sowie auf dem Schlesischen und Potsdamer Bahnhof probeweise aufgestellt worden. Es sind die sogenannten Regina-Apparate, die jetzt für 2000 Relationen eingerichtet sind, d. h. man kann auf ihnen Fahrkarten nach 2000 Stationen drucken. Die Handhabung dieser Apparate ist nicht ganz einfach, auch genügen sie nicht dem Massenverkehr. Diefem wird dagegen der elektrische Fahrkartendrucker, der „Etabag“, gerühmt, welcher auf dem Briesener Bahnhöfen am Schlesischen Bahnhof seit vielen Monaten im Gebrauch ist. Die Anzahl der Relationen soll bei diesem erhöht und ein zweiter Apparat auf dem Wanneseebahnhof aufgestellt werden. Die Ueberlegenheit dieser Drucker zeigt sich u. a. darin, daß die Fahrkarten von einer endlosen Kasse abgeschnitten und ein und dieselbe Karte, nach Einstellung eines Zeigers, beliebig oft und schnell hintereinander gedruckt wird. Demnächst soll noch ein drittes System (Electra) auf einzelnen Bahnhöfen erprobt werden, das aber nur die bereits zugeschnittenen Karten bedruckt.

Der Selbstmord eines Schuymannes wird aus dem Zentrum der Stadt gemeldet. Auf einem Dienstag erstickte sich in der vergangenen Nacht der 31 Jahre alte Schuymann Paul Heiser vom 20. Revier. Heiser gehörte früher 9 Jahre lang der Marine an. Vor 1 1/2 Jahren trat er zur Schuymannschaft über und diente im 20. Revier. Er glaubte an einer unheilbaren Brustkrankheit zu leiden, ging viel zum Arzt, verlor aber fast immer seinen Dienst. Nicht nur seiner Verrücktheit, bei der er in der Elisabethstr. 80 ein möbliertes Zimmer bewohnte, sondern auch Kameraden gegenüber klagte er häufig. Auf alle aber machte es den Eindruck, daß er sich sein Leiden wohl mehr einbildete. In der vergangenen Nacht hatte er mit einem Kameraden die Räume des Bahnbureaus der 5. Abteilung des Polizeipräsidiums, die im II. Stock der Alexanderplatz-Passage liegen, zu überfallen. Um 1 1/2 Uhr erstickte er sich hier auf einem Rundgang, während sich sein Kamerad in einem anderen Zimmer befand. Als er später vermißt wurde, fand man ihn tot auf.

Zur Warnung wird uns geschrieben: Nicht genug können Eltern ihre Kinder warnen, das leidige Herunterrutschen an dem Treppengeländer zu unterlassen. Ein Fall zeigt es wieder. In dem Hause Demminerstraße 9 stürzte die 7 Jahre alte Hildegard S. beim Herunterrutschen an dem Geländer ziemlich eine Treppe hoch auf den Hausflur ab, wo sie aus Nase und Mund blutend liegen blieb. Regen abend stellte sich Bluterbrechen ein. Sofort wurde ein in der Nähe wohnender Arzt angerufen, der erklärte, er könne absolut nicht abhelfen. Dann wurde die Unfallstation antelephoniert, und erst die dritte in der Gaudigstraße schickte ärztliche Hilfe. Schnellste Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhaus wurde angeordnet. Das Kind wurde zur weiteren Beobachtung im Krankenhaus behalten.

Zu der Arzttagung in der Bülowstraße wird mitgeteilt, daß Dr. Louis Philipp Dienstagabend in der Charité gestorben ist. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft zur endgültigen Bestimmung der Todesursache beschlagnahmt.

Ringkämpfe finden seit einigen Tagen im Zirkus Busch statt, die unter Ausschaltung der bisherigen Unsitte des Ringkampfes mehr dem Sport dienen sollen.

Gefunden. In der Generalversammlung des dritten Kreises im Gewerkschaftshause ist ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Der Verlierer kann sich dasselbe bei dem Genossen K. Pohl, Raumpstr. 30, dort 4 Treppen, abholen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Ein trauriges Bild mangelhafter hygienischer und gesundheitlicher Zustände entrollt der Schularztbericht für 1911. Die 1. und 2. Gemeindefschule beherbergt im Keller den Abort! Der Schularzt konstatiert „zeitweilig starke Ueberschwemmungen“ aus den Odeurquellen. Infolge zu starker Belegung ist in einer anderen Schule die Luft „dampf und unrein“. Durch Unfallgefahren ragt eine andere Volkshochschule hervor. Die Bänke sind teilweise schlecht, so daß der Arzt im Jahre achtmal Gelegenheit hatte, verletzten Kindern Splinter, die sie sich an den Bänken einfügten, herauszuziehen. Ventilation und Luft haben „unabsehbare Mängel“. Von den Mädchen waren, streng genommen, über 90 Prozent Mätern und bleichsüchtig. So sagt der Schularzt der 4. Gemeindefschule. Aus der 5. wird berichtet, daß die Haltung der Schulkinder leide, weil die Bänke zu klein seien, die Ventilation genüge nicht! Eine Anzahl Kinder ist als „so leidend“ befunden worden, daß ihr Aufenthalt in einer Ferienkolonie nicht in Frage kommen kann. Diese Kinder erkrankten zu leicht und zu häufig akut, als daß sie das Elternhaus verlassen könnten. Eine Untersuchung der Säuglinge der Kinder in der 10. und 11. Gemeindefschule ergab als Resultat: 99 Prozent aller Kinder hatten kariöse Zähne. Die Zahl der tuberkulösen Kinder ist sehr groß. Aus der 12. Schule lautet das Urteil: Die Zähne sind zu meist sehr schlecht! Der Arzt dieser Schule meint, daß gerade bei den sich etwas geistig glänzender entwickelnden Kindern in mehreren Fällen verdrehtes Schiefhals vorhanden waren. Von den 1079 Anaben der 1. Gemeindefschule konstatierte der Befund bei 55 allgemeine Körperliche Mängel, 30 mit dem Prädikat „schlecht“, dagegen waren unter 57 Mädchen mit geschwächter Konstitution 49, bei denen der Arzt „schlecht“ vermerkte. Starke betretene sind Erkrankungen der Nierenhöhle; Stoffwechsellinien und Skrofuloie stellen ebenfalls erhebliche Zahlen. 180 Anaben, von insgesamt 538, der 11. Gemeindefschule wiesen schwache Körperkonstitution auf, von 75 der 10. Mädchenfchule 98 Kinder denselben Fehler. Der schlechte Gesundheitszustand ist vielfach eine Folge schlechter Wohnungen und sonstiger wirtschaftlicher Verhältnisse. Die ist das Einkommen zu klein, um eine kräftige, ausreichende Nahrung auf den Tisch bringen zu können, in anderen Fällen fehlt es an der erforderlichen Pflege und Wartung. Die Mutter geht schon früh zur Arbeit und überläßt das Kind der mangelhaften Fürsorge eines älteren Kindes, so daß das Kind häufig ohne Rücksicht zur Schule kommt. Damit stößt man auf das Kapitel der Schulpeinung. Was in dieser Hinsicht geboten wird, ist bergahlig wenig. Zuerst wurden unsere Genossen mit den entsprechenden Anträgen verhöhnt und verspottet, schließlich bequamen sich die Herren der privilegierten Klasse dazu, 1000 M. für die Schulpeinung zu bewilligen. Im letzten Jahre muhten trotz aller Sparsamkeit 200 M. nachgefordert werden; der neue Etat sieht aber wiederum nur 1000 M. vor, trotz der wachsenden Bevölkerung. Die hiesige Werkerschaft unternahm es vor einem halben Jahre, die kommunale Säuglingsfürsorge zu propagieren. Die Stadtverwaltung geht jedoch an dem Problem vorbei, als sei Lichtenberg gegen solche Bestrebungen vollständig immun. Dabei ist bekannt, daß unsere Stadt in der Statistik über die Säuglingssterblichkeit beinahe den allerersten unglücklichen Platz einnimmt. Der schlechte Gesundheitszustand der Mädchen dürfte nicht zuletzt auch auf den Mangel der Klassenüberwachung zurückzuführen sein. Mehrere Kerle monieren, daß die Ueberwachung der schwachbegabten Kinder in die Hiesfchule noch sehr der Regelung und Systematik bedürfte. Unsere Genossen im Stadtverordnetenkollegium werden heiße Arbeit bekommen, um die Weisheit auf den Weg sozialer Arbeit zu weisen.

Charlottenburg.

Soziale Nützlichkeit in den Krankenhäusern. Aus den Kreisen der hiesigen Arbeiter wird uns geschrieben: Trotdem der Mangel an Nahrung gegenüber dem Vorwurfe der Nützlichkeit äußerlich empfindlich ist, muß festgestellt werden, daß die Entlohnung des Pflege- und Hauspersonals schlechter als in irgend einer anderen hiesigen Pflegeanstalt Groß-Berlins ist. Die Folge ist eine ganz ungeheure Malfunktion, die keineswegs geeignet erscheint, die Aufgaben der Krankenhäuser zu sichern. Kein Ruheblatt für die Charlottenburger ist die Anwendung der Besondereordnung auf das Pflege- und Hauspersonal. Die Verwaltung hätte es in den Händen, das Personal aus den Kreisen dieser mittelalterlichen Bestimmungen zu befreien. Allein diese Unterlassung ist bezeichnend für das soziale Verständnis der „liberalen“ Männer Charlottenburgs. Noch schlimmer aber und in ihren Folgen für das Personal noch verderblicher ist die Tatsache, daß gemäß den Bestimmungen über die Lohn- und Dienstverhältnisse der städtischen Arbeiter, das Haus- und Pflegepersonal nicht der Krankenversicherung unterstellt ist. Leider untersteht ja, nach den zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen, das Pflege- und Hauspersonal nicht der Versicherungspflicht. Dieser Mangel ist in einer Anzahl Gemeinden, auch in Groß-Berlin, dadurch beseitigt, daß die Verwaltungen das Personal den bestehenden Kassen überwiesen. In Charlottenburg ist man diesen Weg nicht gegangen. Die Folgen sind für das Personal außerordentlich traurige, wie nachstehender Fall beweist. Der Krankenwärter J. war längere Zeit in den hiesigen Anstalten tätig. Am 27. Dezember d. J. erkrankte er an einem Lungenleiden und wurde J. deshalb dem Krankenhaus Westend zugeführt. Hier wurde er am 31. Januar als gebessert entlassen, jedoch eine 14tägige Schonung als wünschenswert erachtet. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus, am 30. Januar, ging ihm von der Leitung des Krankenhauses Kirchstraße folgendes Schreiben zu:

„Wir kündigen Ihnen hiermit Ihren Dienst als Krankenwärter im hiesigen Krankenhaus Kirchstraße zum 15. Februar 1912. Der leitende Arzt. (Unterschrift).“ Jeder private Arbeitgeber würde sich schämen, in so rigoroser Weise vorzugehen. Mit Mühe und Not erreichte J., daß ihm neben seinem Lohn bis zum 15. Februar noch die Kostenschuldung ausgezahlt wurde. Auf seine Bemühungen um weitere Beschäftigung oder weitere Unterstützung wurde ihm geantwortet, daß ihm weitere Ansprüche nicht mehr zuständen. J. wandte sich nunmehr an die Krankenhausdeputation. Auch hier blieb er auf Ablehnung. Nunmehr verfuhr J., dem Deputierten Herrn Stadtrat Pohl seine Angelegenheit persönlich zu unterbreiten. Hier wurde ihm erklärt, daß sich der Herr Stadtrat mit solchen Dingen nicht abgibt. Im übrigen stellte man ihm frei, sich an die Armenverwaltung zu wenden. Mit welcher Harmlosigkeit sich bei alledem die Verwaltung bewegt, zeigt der Umstand, daß in dem Entlassungszeugnis als Grund der Entlassung Krankheit angegeben wurde. Diese Kennzeichnung macht es dem J. natürlich doppelt schwer, anderweitig Stellung zu bekommen. Diese Vorgänge und die Möglichkeit, daß so etwas überhaupt geschehen konnte, zeigt deutlich, wie weit Charlottenburg davon entfernt ist, als sozialpolitische Musterstadt zu gelten. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Ursachen dieser Zustände baldigst beseitigt werden. Wie bekannt wird, ist einem höheren Beamten, der infolge Ueberarbeitung leidend ist, ein halbjähriger Urlaub bewilligt worden. Die Verwaltung wehrt aufopfernde Tätigkeit zu schätzen, und wir nehmen an, daß im Falle des Krankenwärters J. nur nicht nach den Intentionen der maßgebenden Stellen verfahren wurde. Wenn auch natürlich für einen lungenkranken Arbeiter nicht dasselbe beanprucht werden kann, so dürfte doch die Sorge um das Notwendigste von dem kranken Arbeiter genommen werden. Oder sollten wir uns täuschen?

Ein Vertriebsunfall, bei dem sechs Personen in Lebensgefahr schwebten, ereignete sich vorgersten am Rummelplatz. Dort waren Arbeiter der Charlottenburger Wasserwerke mit Aufschachtungsarbeiten beschäftigt, bei denen sie ein Druckrohr der Wasserleitung in der Stärke von 40 Zentimetern im Durchmesser auf einer Strecke von mehreren Metern freigelegt hatten. Als sich sechs Arbeiter in dem mehr als 2 Meter tiefen Schacht befanden, löderte sich eine Ruffe des Rohres und das Wasser drang mit großer Gewalt in die Baugrube, die sich schnell füllte. Den Arbeitern war es trotz größter Anstrengung nicht möglich, sich selbst zu befreien und sie gerieten in die größte Gefahr. Als das Wasser ihnen bereits bis zur Brust reichte, wurde die bedrängte Lage der sechs Männer von Arbeitkollegen bemerkt, deren vereintes Bemühen es gelang, die Gefährdeten aus der Grube herauszuziehen. Der Zufall zu dem besten Zeitpunkt wurde dann abgefeuert und der Schacht durch eine Dampfmaschine der Charlottenburger Feuerwehr ausgepumpt.

Neulöwen (Niedorf).

Der „Eiterverein für Sport und Wandern“ veranstaltet am Sonntag, den 10. März, eine Frühjahrsparade nach Niedorf. Abfahrt 1/8 Uhr früh vom Ringbahnhof Niedorf. Für Rückfahrer Treffpunkt 4 Uhr nachmittags in Niedorf, Restaurant Witwe Klemm.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Der Schuldeputation war Ende vergangenen Jahres der Antrag überwiesen, betreffend der Schulzahnpflege Erhebungen anzustellen. Der Gemeindevorstand schlägt nunmehr vor, für die Unternehmung der Zähne inkl. Zahnziehen 600 M. und als Beihilfe zum Plombieren und für Nervbehandlung 1000 M. in den Etat einzustellen. Zur Begründung der Vorlage weist der Bürgermeister darauf hin, daß etwa 90 Prozent aller Volksschulkinder zahntkrank seien. Die Unternehmung und das Zahnziehen soll unentgeltlich stattfinden, während für Plombieren 1,50 M. und für Nervbehandlung 1 M. gezahlt werden muß, wovon die Gemeinde 50 Pf. pro Zahn zuzahlt. Die Einziehung der Kosten übernimmt die Gemeinde. Genosse Miele erklärt sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden. Im Interesse der Arbeiterschaft liege es, wenn die Zahnpflege nach dem Duisburger System eingerichtet werde, welches in einer freiwilligen Versicherung besteht. Für das erste Kind würde dort 1 M. und für jedes weitere 50 Pf. pro Jahr gezahlt; und dafür werde freie Zahnbehandlung gewährt. Von der Bewährung dieses Systems zeuge es, daß der Veränderung von 22 000 Schulkindern sofort 19 400 Kinder beitreten, von denen im ersten Jahre 8795 Kinder 18 128 Behandlungen erhielten. Sollte dieser Antrag aber abgelehnt werden, so beantrage die sozialdemokratische Fraktion, den Beitrag der Eltern auf 50 Pf. pro Kind herabzusetzen. Nach längerer Debatte wurden die Anträge unserer Genossen abgelehnt und der Antrag des Gemeindevorstandes angenommen, wobei noch bemerkt wurde, daß auf Antrag von Unbemittelten die Gemeinde die Kosten ganz übernimmt. Zwei Anträge des Gemeindevorstandes auf Eingemeindung der Jagden 312a und 312b, 316b und 320b, welche am Bahnhof Dirschgarten liegen, und Uebernahme des Fluges M bei der Gasanstalt wurden angenommen. Bei der nun folgenden Stadtratung, deren Einzelpositionen am Dienstag, den 27. Februar, veröffentlicht sind, regte Genosse Miele beim Titel Gasanstalt an, daß die Gasanstaltsdeputation sich mit der Frage der Herabsetzung des Gaspreises event. eines Einheitspreises befassen möge. Gleichzeitig sei eine bessere Verteilung einzelner Straßen dringend nötig. Bei der Konstatation fand Genosse Frau die Beträge für die Unterhaltung der Sauggasanlage und die Instandhaltung der Maschinen zu hoch und wünschte eine Rentabilitätsberechnung, welche zugefagt wurde. Genosse Barth brachte beim Gesundheitswesen die Gemeindegasanstalt in Erinnerung. Der Bürgermeister teilte hierbei mit, daß in der nächsten Sitzung über das Preisabhandelt wird und bei dieser Gelegenheit auch die Gemeindegasanstalt zur Diskussion liege. Des weiteren wurde auch die Herabsetzung des Mägelgeldes ihre Erledigung finden. Eine längere Debatte entspann sich dann beim Titel Unternehmung arbeitsloser Einwohner. Genosse Miele forderte in erster Linie eine Herabsetzung der Karenzzeit, da nach dem jetzt geltenden Bestimmungen von einer Unternehmung an Arbeitslose überhaupt nicht die Rede sein könne. Es seien wohl im Etat für Unterhaltung des Arbeitsnachweises 500 M., für Notstandsarbeiten 1000 M. und für Unternehmung an Arbeitslose 1500 M. ausgeweist, doch sei für letztere Position so gut wie gar nichts ausgegeben worden. Im weiteren solle sich die Kommission noch einmal mit der ganzen Angelegenheit befassen, um auf Grund der in anderen Orten gemachten Erfahrungen auch bei uns andere Bestimmungen betreffend der Arbeitslosenfürsorge einzuführen. Der Bürgermeister erklärte hierzu, daß er in der Bau-

verwaltung etwa Anweisung gegeben habe, möglichst für den Winter Arbeit bereitzustellen, um dadurch unseren arbeitslosen Genossen zu geben, eventuell Notstandsarbeiten für 1910 nur 1081 Mark verbucht seien. In Wirklichkeit sind dafür mehrere tausend Mark ausgegeben, die unter Baubewaltung verrechnet worden sind. Genosse Barth trat ebenfalls für Kürzung der Karenzzeit ein und stellte noch den Antrag, daß die nicht verausgabten Gelder dem Arbeitslosenfonds zugeführt werden. Die ganze Angelegenheit wurde darauf der Arbeitslosenkommission überwiesen.

Die Zuschläge zu der Staatseinkommensteuer wurden nach den Vorschlägen der Finanzkommission auf 135 Proz. gegen 140 Proz. im Vorjahre festgesetzt. Bei den fingierten Steuerfahnen hat die Kommission beschloffen, die Steuerfahnen bis 900 M. nicht zu erhöhen. Genosse Barth bemerkte hierzu, daß er in der Kommission nur unter der Bedingung für die Steuerfreiheit dieser Position eingetreten sei, wenn die Wähler dabei nicht das Wahlrecht verlieren. Die Vertretung beschloß, die fingierten Zuschläge zur Veranlagung zu bringen, aber von der Einziehung Abstand zu nehmen. Die Gewerbesteuer für die 1. und 2. Klasse wurde auf 270 Proz., für die 3. und 4. Klasse auf 202 1/2 Proz. festgesetzt gegen 280 Proz. bez. 210 Proz. im Vorjahre. Bei der Grundwertsteuer bleibt der alte Satz von 35 pro Mille für bebaut und 7 pro Mille für unbebaute Grundstücke bestehen. Der öffentlichen Sitzung schloß sich noch eine geheime an.

Röpenitz.

Eine schwere Gasexplosion, die leicht die verhängnisvollsten Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich vorgersten in dem Hause Lindenstr. 16. Der dort wohnhafte Gastwirt Schulz verzicht nach Spandau und wollte deshalb am Vormittag die Gaslampen abnehmen. In diesem Zweck wollte er vorher den Dampfhaß der Gasanlage löschen, drehte ihn aber, der geschlossen war, versehentlich auf. Als dann der Restaurateur einen Raum betrat, in welchem er schon vorher die Gasleitung durch einen Stöpsel verschlossen hatte, nahm er Gasgeruch wahr. Er beging nun die Unvorsichtigkeit, ein Streichholz anzuzünden, um die Gasleitung abzuschneiden. In demselben Moment erfolgte eine heftige Explosion. Der Stöpsel wurde aus dem Gasrohr herausgeschleudert und traf den Gastwirt mit solcher Wucht an den Kopf, daß er eine schwere Schädelwunde davontrug. Die Tür und die Fensterscheiben des Raumes wurden zertrümmert, in einem Nebenzimmer wurde das Fensterzeug herausgerissen und eine Mauerwand in zwei Teile gespalten. Auch eines der großen Schaufenster wurde demoliert. Der Restaurateur hatte außer den Kopfverletzungen noch erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen davongetragen. Zum Glück befanden sich die Angehörigen des Gastwirts in einem von dem Schauplatz der Explosion entlegenen Räume, so daß sie mit dem Schrecken davonkamen.

Tempelhof.

Unter wenig günstigen Verhältnissen hat vor Jahrzehnten die Gemeinde Tempelhof mit den Charlottenburger Wasserwerken einen Vertrag abgeschlossen, der bis 1938 einen bestimmten Tarif für die Wasserentnahme zugrunde legte. Es sind darin Bestimmungen enthalten, die heute zu Unbilligkeiten führen und der Entwicklung Tempelhofs hinderlich sind. Jetzt, wo sich diese Geseilschaft im Grundwald sowie in Rudow-Johannisthal neues Terrain zum Zwecke der Wasserversorgung gekauft hat, muß sie sich als Interessentin auch den nötigen Absatz sichern. So fanden sich denn auch die Gemeinde Tempelhof und die Wasserwerksgesellschaft in Charlottenburg zusammen, um den erst im Jahre 1938 ablaufenden Vertrag bis zum Ende dieses Jahrhunderts (1971) unter Ausschließung jeder Konkurrenz zu verlängern. Ein eigenes Wasserwerk glaubt die Gemeinde nicht errichten zu können, und mit Berlin zu verhandeln, sei nicht angängig, da die Berliner Wasserwerke an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien. Die nicht anders zu erwarten, hat die Geseilschaft sich jetzt entgegenkommend gezeigt. Neben der Beseitigung der laubar gewordenen Mängel über Anschlüsse wird sie 5 Proz. der Bruttoentnahme erstatten, ferner das zur Verpflanzung und Spülung der der Straßen auf 10 000 Meter Länge das nötige Wasser ohne Rücksicht auf die Straßenbreite gratis abgeben. Außer der kostenfreien Wasserlieferung für das Verordnungsgebäude, für das zukünftige Rathaus sowie für das noch nicht einmal in Aussicht genommene Krankenhaus und für die noch in nebelhafter Ferne liegende Wabeanstalt sollen auch noch 5 Brunnen gebührenfrei gespeist werden. Dagegen kostet der Kubikmeter Wasser für den in naher Zukunft auf dem Felde anzuliegenden Teich für den ersten 25 000 Kubikmeter 4 Pf., für die weiteren 25 000 pro Kubikmeter 1 Pf. mehr. Eine Ermäßigung des bestehenden Wasserpreises wurde nicht erreicht. Die drei Sozialdemokraten konnten die Verantwortung für einen derartigen langen Vertrag nicht übernehmen. Die bürgerlichen Parteien begannen den Fehler, den andere Gemeinden vor Jahren begangen haben, aber heute schon bereuen. — Bezüglich der Schöneberger Straße wurde mitgeteilt, daß diese „hoffentlich“ in diesem Sommer reguliert wird; zurzeit befinden sich Schwierigkeiten mit dem Eisenbahnministerium. Für die diesjährigen Gemeindevahlen sind der 13. und 14. März in Aussicht genommen. Für die vom Genossen Müller angeregte Sonntagswahl konnte sich der Vorsteher noch nicht begeistern; es dürften jedoch auf sozialdemokratische Anregung diesmal amtliche Wahlaufrorderungen an die Wähler der dritten Abteilung zur Verendung gelangen.

Zepernick.

Ein braver Genosse ist am Sonntag in dem Maurer Emil Dersel der hiesigen Organisation durch den Tod entriren worden. Dersel hat stets, wenn der Ruf zur Parteiarbeit erklang, als einer der ersten selbstlos und mit Eifer für die sozialistische Sache getwirkt. An ihm konnte sich so mancher junge Genosse ein Vorbild nehmen. Die Beerdigung des Verstorbenen findet am heutigen Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Nowawes.

Die Ortskrankenkasse veranstaltet am Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Volkshaus, Eshornstr. 1, ihren zweiten Vortragsabend über das bereits am 23. Februar von Herrn Dr. Bieneck-Neulöwen behandelte Thema „Erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen“. Der Zutritt steht jedermann frei.

Die Wahlen der Wähler zum Kaufmannsgericht am 14. und 15. März d. J. finden nach einer Bekanntmachung des Wahlausschusses nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, im Sitzungssaal des Rathhauses, sondern in der Aula der Höheren Mädchenschule, Lindenstraße 86, statt.

Leser- und Diskutierklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Dugge, Kasernenallee 95/96. Gäste willkommen.

Witterungsbericht vom 6. März 1912.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Eutinende	748	SW	4	beiler	5	Spandau	752	SD	6	bedekt	-14
Damburg	746	SW	5	Regen	5	Ortenburg	757	SD	6	bedekt	1
Berlin	749	SW	2	wolkig	7	Bellin	749	SW	2	wolkig	6
Kranz a. M.	752	SW	5	bedekt	6	Kberdeen	741	SW	6	bedekt	4
Mündgen	757	SW	5	bedekt	4	Paris	755	SW	3	beiler	5
Wien	756	SW	1	wolkig	7						

Wetterprognose für Donnerstag, den 7. März 1912.

Ein wenig kühler, vielach beiler, aber noch sehr veränderlich mit einzelnen Regenschauern und kühlen nebligen Wänden. Berliner Wetterbureau.